

Kurzschriftlicher Bericht

59. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 7. Mai 2009

Inhalt:

Fragestunde:

L-8219/1-XXVI: Anfrage Abg. Mag. Steinkellner an Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl (Seite 5)

L-8220/1-XXVI: Anfrage Abg. Mag. Baier an Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 7)

Verlesung und Zuweisung des Einganges (Seite 10)

Dringlichkeitsanträge:

Beilage 1860/2009: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Nahverkehrsgerechter Ausbau der Verkehrsstationen auf der Donauuferbahn und der Almtalbahn einschließlich Umbau der im Bereich der Verkehrsstationen liegenden Eisenbahnkreuzungen.

Redner: Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 12)
Abg. Hüttmayr (Seite 13)
Abg. Trübswasser (Seite 14)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 15)
Abg. Prinz (Seite 16)

Beilage 1866/2009: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Konjunkturpaket Oberösterreich; Aufstockung der Drittmittelfinanzierung für Investitionen der Ordenskrankenanstalten.

Redner/innen: Landesrätin Dr. Stöger (Seite 16)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 17)
Abg. Mag. Stelzer (Seite 17)
Abg. Schwarz (Seite 18)
Abg. Dr. Röper-Kelmayr (Seite 20)

Beilage 1868/2009: Initiativantrag betreffend ein Maßnahmenpaket für mehr Steuergerechtigkeit.

Redner: Abg. Dr. Fraiss (Seite 20)
Abg. Mag. Stelzer (Seite 22)
Abg. Hirz (Seite 23)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 25)

Beilage 1869/2009: Initiativantrag betreffend ein Spekulationsverbot auf Grundnahrungsmittel, Wasser und Energie.

Redner/in: Abg. Schenner (Seite 26)
Abg. Mag. Strugl (Seite 27)
Abg. Schwarz (Seite 28)
Abg. Ing. Aspöck (Seite 30)

Beilage 1870/2009: Initiativantrag betreffend die Rücknahme des Regierungsbeschlusses über die Streichung von Finanzmitteln für Abgangsgemeinden, welche kostenloses Mittagessen in Kinderbetreuungseinrichtungen anbieten.

Redner/innen: Abg. Kraler (Seite 31)
Abg. Hingsamer (Seite 32)
Abg. Moser (Seite 33)
Abg. Wageneder (Seite 34)

Beilage 1871/2009: Initiativantrag betreffend die Einführung eines kostenlosen warmen Mittagessens in Kinderbetreuungseinrichtungen.

Rednerinnen: Abg. Schreiberhuber (Seite 35)
Abg. Pühringer (Seite 37)
Abg. Moser (Seite 38)
Abg. Wageneder (Seite 39)

Beilage 1872/2009: Initiativantrag betreffend die Finanzierung des vom Oö. Landtag beschlossenen Konjunkturpakets für die oberösterreichische Tourismus- und Freizeitwirtschaft.

Redner/innen: Abg. Kapeller (Seite 40)
Abg. Lackner-Strauss (Seite 42)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 42)
Abg. Schwarz (Seite 43)

Beilage 1874/2009: Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Jagdgesetz geändert wird.

Redner/in: Abg. Brandmayr (Seite 45)
Abg. Lindinger (Seite 46)
Abg. Präsidentin Eisenriegler (Seite 47)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 48)

Beilage 1875/2009: Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderpornografie.

Redner/innen: Abg. Mag. Strugl (Seite 49)
Abg. Dr. Schmidt (Seite 50)
Abg. Moser (Seite 51)
Abg. Hirz (Seite 52)

Beilage 1876/2009: Initiativantrag betreffend ein atomkraftfreies Europa.

Redner/innen: Abg. Schwarz (Seite 53)
Abg. Jachs (Seite 54)
Abg. Dr. Frais (Seite 55)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 56)

Beilage 1878/2008: Initiativantrag betreffend die Vermeidung von Verkehrslärm.

Redner/in: Abg. Pilsner (Seite 58)
Abg. Frauscher (Seite 59)
Abg. Trübswasser (Seite 60)
Abg. Moser (Seite 61)

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 1851/2009: Bericht des Geschäftsordnungsausschusses betreffend das Landesgesetz über die Geschäftsordnung des Oö. Landtags (Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 - Oö. LGO 2009).

Berichterstatter: Abg. Mag. Strugl (Seite 63)

Redner/innen: Abg. Mag. Strugl (Seite 63)

Abg. Hirz (Seite 65)

Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 67)

Abg. Mag. Steinkellner (Seite 69)

Abg. Mag. Chansri (Seite 71)

Beilage 1852/2009: Bericht des Ausschusses für allgemeine innere Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Tanzschulgesetz geändert wird (Oö. Tanzschulgesetz-Novelle 2009).

Berichterstatter: Abg. Affenzeller (Seite 71)

Redner/in: Abg. Affenzeller (Seite 72)

Abg. Eisenrauch (Seite 72)

Abg. Mag. Steinkellner (Seite 73)

Beilage 1853/2009: Bericht des Ausschusses für allgemeine innere Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Gemeinde-Unfallfürsorgegesetz geändert wird (Oö. Gemeinde-Unfallfürsorgegesetz-Novelle 2009).

Berichterstatter: Abg. Lindinger (Seite 74)

Redner: Abg. Lindinger (Seite 74)

Abg. Weinberger (Seite 75)

Beilage 1854/2009: Bericht des Ausschusses für Umweltangelegenheiten betreffend das Landesgesetz über die Abfallwirtschaft im Land Oberösterreich (Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009 - Oö. AWG 2009).

Berichterstatterin: Abg. Schwarz (Seite 76)

Redner/in: Abg. Schwarz (Seite 76)

Abg. Steinkogler (Seite 81)

Abg. Mag. Steinkellner (Seite 82)

Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 83)

Abg. Schillhuber (Seite 86)

Abg. Schenner (Seite 87)

Landesrat Anschober (Seite 88)

Beilage 1860/2009: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Nahverkehrsgerechter Ausbau der Verkehrsstationen auf der Donauuferbahn und der Almtalbahn einschließlich Umbau der im Bereich der Verkehrsstationen liegenden Eisenbahnkreuzungen.

Berichterstatter: Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 90)

Beilage 1866/2009: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Konjunkturpaket Oberösterreich; Aufstockung der Drittmittelfinanzierung für Investitionen der Ordenskrankenanstalten.

Berichterstatterin: Landesrätin Dr. Stöger (Seite 91)

Beilage 1870/2009: Initiativantrag betreffend die Rücknahme des Regierungsbeschlusses über die Streichung von Finanzmitteln für Abgangsgemeinden, welche kostenloses Mittagessen in Kinderbetreuungseinrichtungen anbieten.

Berichterstatterin: Abg. Kraler (Seite 91)

Beilage 1871/2009: Initiativantrag betreffend die Einführung eines kostenlosen warmen Mittagessens in Kinderbetreuungseinrichtungen.

Berichterstatterin: Abg. Schreiberhuber (Seite 92)

Beilage 1874/2009: Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Jagdgesetz geändert wird.

Berichterstatter: Abg. Brandmayr (Seite 92)

Beilage 1875/2009: Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderpornografie.

Berichterstatter: Abg. Mag. Strugl (Seite 92)

Beilage 1876/2009: Initiativantrag betreffend ein atomkraftfreies Europa.

Berichterstatterin: Abg. Schwarz (Seite 93)

Redner: Abg. Dr. Frais (Seite 93)

Beilage 1878/2008: Initiativantrag betreffend die Vermeidung von Verkehrslärm.

Berichterstatter: Abg. Pilsner (Seite 94)

Vorsitz: Erste Präsidentin Orthner
Zweite Präsidentin Weichsler-Hauer
Dritte Präsidentin Eisenriegler

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Bernhofer

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Dr. Pühringer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider und Hiesl, die Landesräte Ackerl, Anschöber, Dr. Kepplinger, Sigl, Dr. Stockinger und Dr. Stöger

Die Mitglieder des Landtags

Landesamtsdirektor-Stellvertreter WHR Dr. Mayer

Landtagsdirektor-Stellvertreter HR Mag. Dr. Grabensteiner

Amtsschriftführer: Mag. Zahradnik-Uebe

(Beginn der Sitzung: 10.09 Uhr)

Erste Präsidentin: Grüß Gott meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 59. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags in dieser Legislaturperiode. Ich begrüße im Besonderen die Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung, den Herrn Landeshauptmann, die Regierungsmitglieder. Ich begrüße die Abgeordneten des hohen Hauses, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses, die Damen und Herren und jungen Leute auf der Galerie und die Vertreterinnen und Vertreter der Presse ebenso herzlich wie die anwesenden Bundesräte Herr Dr. Gumpelmayer, Herr Mag. Hammer. Die amtliche Niederschrift über die 58. Sitzung liegt in der Landtagsdirektion vom 8. bis 22. Mai 2009 zur Einsichtnahme auf. Das Protokoll der 57. Sitzung finden sie auf ihren Plätzen vor.

Wir beginnen diese Sitzung mit einer Fragestunde. Eine Zusammenstellung der Anfragen liegt ihnen vor. Ich beginne mit der Anfrage des Herrn Klubobmann Mag. Günther Steinkellner an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl.

Abg. Mag. Steinkellner: Herr Landeshauptmann, darf ich dich bitten? Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Anfrage: Der Linzer Westring mit Donaubrücke ist ein Projekt, das erstmals 1972 in einem Generalverkehrskonzept enthalten war. Seither wurde der Baubeginn oftmals angekündigt und verschoben. Wann konkret erfolgt der Spatenstich zum Bau der 4. Linzer Donaubrücke?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Herr Klubobmann, konkret die Antwort, die ich geben kann, lautet: Sobald rechtlich alle Voraussetzungen für einen Baubeginn gegeben sind.

Erste Präsidentin: Eine Zusatzfrage.

Abg. Mag. Steinkellner: Üblicherweise findet eine Anhäufung von Spatenstichen vor Wahlen statt. Nach unserer Wahl jetzt im Herbst haben wir wieder sechs Jahre Pause. Ist damit zu rechnen, dass diese rechtliche Klärung jedenfalls in der nächsten Gesetzgebungsperiode erfolgt?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Zu den Spatenstichen möchte ich dir mitteilen, dass nie sechs Jahre Pause sein kann. Ich habe erst gestern wieder einen Spatenstich gehabt. Und es waren in jedem Monat Spatenstiche und (Unverständliche Zwischenrufe) es gibt sicher keine sechsjährige Pause, sondern das ist ein kontinuierliches Programm, das abgearbeitet wird. Aber das nur zur Nebenbemerkung.

Ich darf zum Projekt ein bisschen was sagen, weil ich ja denke, dass allgemein das Projekt soviel Interesse hervorruft, dass man die Zusammenhänge sehen sollte. Wir haben am 7. Jänner 2000 bei der Stunde Null dieses Projekt gestartet. Da warst du, glaube ich, selber dabei. Das war eine Tagung in der Landesbaudirektion in der Kärntnerstraße, wo Land und Stadt, drei Parteien ÖVP, SPÖ und FPÖ jeweils auf Stadt- und Landesebene festgelegt haben, dass wir ein neues Projekt entwickeln, das eben über Monate vorher neu entwickelt wurde. Der Herr Landeshauptmann hat dann als Finanzreferent verfügt, dass ich 150 Millionen Schilling bekomme für die die Projektentwicklung. Wir haben damals am 7. Jänner 2000 festgelegt, dass wir einen Projektteil eins verfolgen, nämlich Bindermichl bis Donau und den Norden gleich mit überlegen als anschließendes zweites Projekt. Mit Landesgeld haben wir dieses Projekt entwickelt, so dass wir es ins Laufen gebracht haben. Mit 1. April 2002 hat das Österreichische Parlament im Zuge der Verlängerung der Bundesstraßen entschieden, dass dieses Projekt ein Bundesprojekt wird und der Asfinag zur Ausführung übertragen wird.

Hintergrund war, dass wir abgetauscht haben die B309, die jetzt schon im Bau ist, mit dem Westring in Linz. Und damit war die Zuständigkeit in dem Moment aufgrund des Parlamentsbeschlusses auch bei der Asfinag. Wir haben der Asfinag alles übergeben, was wir erarbeitet haben, war aber eine ganz wichtige Voraussetzung, dass wir vorher gearbeitet haben, sonst hätten wir dieses Projekt nie in das Asfinag-Programm gebracht. Änderung war dann auch noch, dass ein einröhriger Tunnel dann als Autobahn logischerweise zweiröhrig werden musste. Dann hat die Asfinag das Projekt weiterentwickelt. Im Mai 2008 – das ist nur kurz skizzierend – also jetzt vor einem Jahr hat die Asfinag den Antrag auf UVW-Prüfung an das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur gestellt. Seither läuft dort das Vorverfahren zur UVP-Prüfung. Wir haben 2008 auch mit der Hausablöse begonnen, allerdings nur auf freiwilliger Basis. Es hat auch einen Landtagsbeschluss dazu gegeben, dass eine Immobiliengesellschaft der Stadt gemeinsam mit dem Land mit Haftung ausgestattet die Hausablöse machen kann. Denn es gibt ja theoretisch die Möglichkeit, dass das Projekt nicht genehmigt wird. Dann haben wir aber die Häuser schon gekauft. Wenn wir die Häuser nicht kaufen, haben wir eine lange Zeit, bis wir die Häuser dann alle beinander haben. Wir haben jetzt rund sechzig Prozent der einzulösenden Objekte bereits unterschrieben angekauft. Bei einigen wird es keine Unterschrift geben, da brauchen wir die rechtliche Basis, dass wir weitere Schritte setzen können. Wir haben 2008 und 2009 ein ganz umfangreiches Vorprogramm laufen lassen, das läuft jetzt noch. Die ganz Bodenerkundung, die Ankerversuche an den Hangbereichen müssen genau überprüft werden, da wird zum Teil hundert oder hundertzehn Meter hinuntergebohrt, um die Geologie ganz genau zu erforschen. Die nächsten Schritte werden sein, dass im Juni – also im nächsten Monat – das öffentliche Planaufungsverfahren mit einer Informationsveranstaltung beginnen wird. Das ist der nächste ganz konkrete Schritt, den das Bundesministerium anordnen wird - Start im Juni. Dann ist die Einspruchsfrist für die Bürger wahrzunehmen und dann wird es die Verhandlungstermine geben. Bei der S10 waren es vier Verhandlungstermine mit ungefähr vierzig Juristen. Das sind öffentliche Verhandlungen, das ist entsprechend des Regelwerks abzuwickeln.

Wir gehen davon aus, da kann ich aber schon nicht mehr bestimmen, dass im nächsten Jahr der UVP-Bescheid vorliegen wird, dass anschließend die EU-weite Bauausschreibung stattfinden wird und dann anschließend der Baubeginn sein wird. Herr des Verfahrens ist zurzeit das Bundesministerium und Bauherr ist die Asfinag. Das Land Oberösterreich und die Stadt Linz, bei der ich mich besonders bedanke, sind aber wahnsinnig dahinter, dass wir im Umfeld alle Unebenheiten bereinigen. Wir treten wirklich als Antreiber dort auf, aber wir nehmen zur Kenntnis, dass wir nicht Herr des Verfahrens sind.

Und konkreter Baubeginn wird sofort nach Vorliegen aller genehmigungsfähigen Pläne sein. Die Finanzierung ist im Programm der Asfinag abgebildet.

Erste Präsidentin: Haben Sie noch eine Frage?

Abg. Mag. Steinkellner: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, jetzt gibt es noch keinen konkreten Baubeginn, aber es gibt konkrete Termine für Menschen mit Eigentumswohnungen an diesen Straßenzügen, die wissen, dass sie im Frühjahr 2010 ihre Wohnung zu verlassen haben, aber es gibt noch keinen Konsens mit diesen Eigentümern der Wohnungen. Wer vom Land wird sich bemühen, dass mit diesen betroffenen Eigentümern ein Konsens erzielt wird?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Herr Klubobmann, auch dazu darf ich ein paar Anmerkungen machen. Ich habe gemeinsam mit dem Linzer Stadtrat Mayr, gemeinsam mit dem Wohnbaureferenten Landesrat Kepplinger vor ungefähr einem Jahr an einer Bespre-

chung teilgenommen, wo wir die Wohnungsgenossenschaften eingeladen hatten und die Wohnungsgenossenschaften ersucht haben, Wohnungen bereitzuhalten für die Leute, die dort abgesiedelt werden müssen. Wir haben rund 800 Bewohner in der Waldeggstraße, ungefähr 200 Wohnungen. Ein Teil wird sich was kaufen oder hat sich schon was gekauft und ein Teil wird woanders hin übersiedeln. Ich behaupte einmal, dass sowohl die Stadt Linz als auch das Land Oberösterreich mitwirken, dass wir diese Wohnungen zustande bringen. Viele werden sich nicht eine neue Wohnung nehmen, das sind viele Mietverhältnisse, aber es ist der gute Wille von allen Bauträgern zum Ausdruck gebracht worden, dass jeder ein paar Wohnungen reserviert für eventuelle Absiedler aus der Waldeggstraße.

Das Verfahren läuft jetzt so, dass zurzeit nur auf freiwilliger Basis ein Rechtsanwalt, der von der Asfinag beauftragt ist, mit allen Eigentümern verhandelt oder ins Gespräch eintritt. Wir kriegen Briefe zurück oder der Rechtsanwalt kriegt die zurück, wo Eigentümer mitteilen, aufgrund des Angebotes – das hat ein gerichtlich beeideter Sachverständiger gemacht – bin ich zu keinen weiteren Gesprächen bereit. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Da kann dann nur ein Behördenverfahren als nächster Schritt gesetzt werden. Alle, die signalisiert haben, wir sind verhandlungsbereit, mit denen wird verhandelt. Aber, wenn einer sagt, ich habe ein Angebot mit 400.000 Euro - das Mindeste ist eine Million, dann hat es nicht recht viel Sinn, wenn man dort sich sehr anstrengt zurzeit. Mit sechzig Prozent hat man sich schon geeinigt, da gibt es schon eine Unterschrift. Und dann sind halt welche dabei, die pokern natürlich beim Preis und das kann dann nur im Behördenverfahren abgeklärt werden.

Erste Präsidentin: Danke. Gibt es weitere Zusatzfragen? Das ist nicht der Fall. Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Die nächste Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Magister Baier an den Herrn Landeshauptmann Doktor Josef Pühringer, bitte.

Abg. **Mag. Baier:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, von der zuständigen Innenministerin wurde angekündigt in den nächsten drei Jahren 400 Polizeibeamte mehr für Oberösterreich bereitzustellen. Vom Oberösterreichischen Landtag wurde am 12. Juni 2008 ein Planstellenpool gefordert, um dafür zu sorgen, dass die für die Planstellen vorgesehenen Exekutivbeamtinnen und Exekutivbeamten ihren Dienststellen auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Ist durch die angekündigte Zuteilung gewährleistet, dass künftig auch der Mitwirkungsverpflichtung der Polizei bei landesgesetzlichen Regelungen hinreichend nachgekommen werden kann?

Erste Präsidentin: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, hohes Haus, Herr Abgeordneter, meine Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Zum Ersten ist es sehr erfreulich, dass nach wirklich langen und intensiven Verhandlungen zwischen der Frau Bundesminister, zum Teil noch ihren Vorgängern und mir in den letzten Wochen endgültig fixiert wurde, dass in den Jahren 2009, 2010 und 2011 insgesamt 400 Neuaufnahmen, das heißt Einrückungen in die Polizeischule erfolgen. Davon heuer noch 125, dass im selben Zeitraum erfreulicher Weise nur rund 180 bis 200 Polizistinnen und Polizisten in Pension gehen, so dass es eine echte Nettoaufstockung gibt und dass sich vor allem auch die geänderte Rechtssituation an der Grenze nicht auf den Dienstpostenplan auswirken wird. Das heißt, wir werden in Zukunft, das ist mir besonders wichtig, für die Sicherheit in Oberösterreich mehr Personal zur Verfügung haben. Es steht ja in der Regierungserklärung der neuen Bundesregierung, dass insgesamt 1.000 Dienstposten neu geschaffen werden, wir haben 17 Prozent der Einwohner, wenn wir in den ersten drei Jahren 200 Dienstposten netto neu dazu bekommen, dann sind wir ordentlich bedient, weil natürlich, das darf man ja nicht übersehen,

in der Bundeshauptstadt Wien mit ihren besonderen Sicherheitsproblemen, ein besonderer Schwerpunkt auch in der Personalzuteilung erfolgt. Es ist sichergestellt, dass es einen Flexi-Pool geben wird, damit genau diese Anforderungen, die du in deiner Anfrage erwähnt hast und die der Landtag verlangt hat, entsprechend erfüllt werden können.

Die neuen Beamten werden eingesetzt erstens an den besonderen sicherheitsneuralgischen Punkten. Zweitens natürlich im Flexi-Pool, der Flexi-Pool soll dazu dienen, dass man rasch über Einheiten der Exekutive verfügt, dort, wo sie gebraucht werden. Daneben wird es auch noch einen Karenz-Pool geben, da die Anzahl der Damen in der Exekutive beachtlich steigt, es ist vor wenigen Tagen, am 2. Mai, der erste Kurs mit 25 eingerückt von diesen 125, ich war dabei bei der Angelobung, es waren 13 Frauen und 12 Männer.

Erste Präsidentin: Bitte eine Zusatzfrage.

Abg. Mag. Baier: Herr Landeshauptmann, einige Bereiche wurden von dir ja bereits genannt, wo genau besteht ein besonderer Bedarf, die jungen gut ausgebildeten Exekutivbeamtinnen und –beamten einzusetzen, bei welchen Brennpunkten ist es sinnvoll, das Personal aufzustocken?

Landeshauptmann Dr. Pühringer: Die Brennpunkte sind vor allem in den städtischen Bereichen und in den Speckgürteln rund um die Städte. Dort ist deutlich, dass die Anzahl der Delikte höher ist als im übrigen Raum, das gilt aber nicht nur für die drei Statutarstädte, das gilt auch für die Bezirksstädte. Ich war erst gestern in der Polizeiinspektion in Braunau und habe mir über die Situation berichten lassen, da gibt es drei ländliche Gerichtsbezirke, die haben de facto keine besonderen Probleme, aber Braunau-Stadt und die Umgebung hat erhebliche. Ganz besonders natürlich kulminieren diese Probleme im Zentralraum, daher wurde bereits bei der Autobahnpolizei in Linz um 12 Polizisten aufgestockt, bei der Autobahnpolizei Neumarkt um 8 und bei der Autobahnpolizeiinspektion Haid und Ried um jeweils 12 Dienstposten, weil dort besonders neuralgische Punkte sind und weil dort der Personalbedarf am höchsten ist.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Abgeordneter Prinz.

Abg. Prinz: Herr Landeshauptmann, Sie haben gerade berichtet, dass das ausreichen wird. Ich bin anderer Meinung und kann das folgend widerlegen: Von 2000 bis 2009 wurden in Oberösterreich 320 Exekutivbeamte eingespart, österreichweit über 3.200, speziell die Städte wurden geschwächt, zum Beispiel hat Linz in diesen Jahren um 240 Exekutivbeamte weniger, Sie haben gesagt, 400 sollen neu eingestellt werden, bis sie ausgebildet werden, wird es sicher zwei Jahre dauern. Das heißt, die 2010, 2011 Aufgenommenen werden 2013 in den Dienst gestellt, das heißt, in dieser Zeit werden in Oberösterreich 409 Beamte in Pension gehen, also mit diesen 400 können wir gerade die Pensionierung dieser 409 Beamten abdecken. Die 320, die uns noch immer fehlen, die seit 2000 eingespart wurden, können dadurch nicht ersetzt werden, es wird noch immer einen Mangel bei der Polizei geben. Ist Ihnen bewusst, dass mit dieser Personaleinstellung nur der Abgang zur Pensionierung abgedeckt werden kann, dass jedoch die fehlenden Beamten, diese über 300 Exekutivbeamte nicht eingesetzt werden können, daher auch eine Mitwirkungsverpflichtung der Polizei bei landesgesetzlichen Regelungen nur schwer, und ich fürchte, kaum nachgekommen werden kann?

Landeshauptmann Dr. Pühringer: Herr Abgeordneter Prinz, Sie übersehen in Ihren Berechnungen, dass auch derzeit Ausbildungslehrgänge laufen, ich rede ja nur von jenen, die neu

aufgenommen werden. Wenn Sie den Stichtag 1. Jänner 2009 hernehmen, wir müssen von der Jetztzeit ausgehen, dass es in der Vergangenheit Reduzierungen gegeben hat, das war österreichweit so, das war nicht nur in der Zeit der ÖVP-Minister so, um das ganz deutlich zu sagen, das geht zurück auch auf jene Zeit, wo Sie noch die Innenminister gestellt haben, diese Entwicklung begrüße ich nicht, aber wir müssen vom Ist-Zustand ausgehen. Wenn Sie vom 1. Jänner 2009 ausgehen und dann den 1. Jänner 2012 nehmen, also die nächsten drei Jahre, dann werden Sie am 1. Jänner 2012 um 200 Exekutivbeamte mehr im Dienst haben, als Sie am 1. Jänner 2009 hatten. (Beifall) Das ist ganz klar die Rechnung, man kann natürlich immer Zeiträume hernehmen, um das anders dazustellen, ich kann Ihnen auch noch Presseaussendungen Ihrer Partei vorlegen, wo Sie vor eineinhalb Jahren gefordert haben, 100 Dienstposten mehr für die oberösterreichische Polizei, jawohl, dann haben Sie geändert auf 200, ich stelle fest, dass beiden Forderungen durch meine Verhandlungen entsprochen wurde. (Beifall)

Erste Präsidentin: Gibt es noch eine Wortmeldung? Bitte, Frau Kollegin Eisenriegler.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler:** Herr Landeshauptmann, werden Sie initiativ werden, damit die neuen Polizisten und Polizistinnen eine entsprechende psychologische Schulung bekommen, um künftig Eskalationen wie die vom 1. Mai vermeiden zu können?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! In dem Zusammenhang muss ich Ihnen mitteilen, dass ich mit den Vorkommnissen vom 1. Mai voll und ganz hinter der Exekutive stehe. (Beifall) Wenn in einem freien Land, mit freier Meinungsäußerung, mit Demonstrationsrecht, wo niemand etwas zu befürchten hat, sich Leute vermummen, dann hat die Polizei einzuschreiten, aus, das ist so, dann hat die Polizei einzuschreiten. Ich sage Ihnen eines, wenn die Politik nicht hinter den Exekutivbeamten steht, was die Exekutivbeamten zu Recht von uns verlangen, dann hört sich alles auf. Die Exekutive muss sich auf die Politik verlassen können, selbstverständlich wird man die Vorfälle genau analysieren. Ich bin der festen Überzeugung, dass sie korrekt gehandelt haben, ich muss den Exekutivbeamten einräumen, dass sie einschreiten, wenn es Vermummte gibt. Warum vermumme ich mich? Wenn ich nur an einer Demonstration teilnehmen will, brauche ich mich nicht vermummen, wenn die das machen, dann ist der Verdacht nahe, dass sie irgendetwas vorhaben, da kann die Polizei nicht zuschauen, da muss sie einschreiten. (Beifall)

Zu Ihrer Frage, die Ausbildung beinhaltet auch eine psychologische Ausbildung, ich glaube, dass die Ausbildung, wie sie derzeit für unsere Polizistinnen und Polizisten praktiziert wird, in Ordnung ist. Ich habe da auch keine Kompetenz etwas zu verändern, ich glaube, dass wir ausgezeichnete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Polizei haben.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler:** Herr Landeshauptmann, schauen Sie sich bitte die Videos an, da sind keine Vermummten zu sehen, aber schlagende Polizisten, das ist mehr als aufklärungswürdig?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Ich vertraue dem Bericht des Sicherheitsdirektors, denn der hat mich bisher in seiner Arbeit nicht enttäuscht.

Erste Präsidentin: Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Man sieht auch am Video nicht, wie zuerst die Polizisten entsprechend attackiert und verletzt wurden und dergleichen, ich bedanke mich für die entsprechend

klare Stellungnahme. Herr Landeshauptmann, können Sie sich auch vorstellen, dass die Strafen für eine Vermummung verschärft werden?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Dafür hat das Land Oberösterreich keine Kompetenz, ich bin derzeit nicht im Wissen, wie die Strafraumen genau ausschauen, daher bitte ich um Verständnis, auch ein Landeshauptmann weiß nicht alles, dass ich Ihnen diese Frage nicht beantworten kann.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Fragen? Bitte, Herr Abgeordneter Stanek.

Abg. **Stanek**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, du hast erfreulicher Weise berichtet, dass 400 Polizistinnen und Polizisten mehr nach Oberösterreich kommen. Gibt es zusätzlich zu diesen personellen wesentlichen Verbesserungen auch Verbesserungen im technischen Bereich unserer Exekutive?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Das war natürlich auch Gegenstand der Verhandlungen in den letzten Monaten, nachdem bereits in den letzten Jahren, insbesondere in der Zeit der Innenminister Platter, Strasser und der leider verstorbenen Frau Innenminister Prokop sehr viel auf diesem Sektor geschehen ist, ist es trotzdem gelungen, ein erneutes Paket auch diesbezüglich zu schnüren. Es wird zahlreiche Verbesserungen geben, so werden 249 neue Einsatzfahrzeuge zur Verfügung gestellt, die EDV-Ausstattung kontinuierlich verbessert, erst kürzlich wurde im Bezirk Linz-Land ein wichtiger Server erneuert, um auch entsprechend schnelle Netzverbindungen zu gewährleisten, nachdem es bei der Datenübertragung zu Verzögerungen gekommen ist, wie dir als Abgeordneter des Bezirkes wahrscheinlich konkret bekannt sein wird.

Darüber hinaus gab es auch zahlreiche Baumaßnahmen an Polizeiinspektionen, 13 Dienststellen wurden noch 2008 fertig gestellt, zwei im Jahr 2009 und sechs weitere Bauvorhaben stehen dieses Jahr vor der Fertigstellung, dabei wurde aber nicht nur die bauliche Modernisierung der Dienststellen, sondern vor allem auch die Verlegung an strategisch gute Standorte vorgenommen. Die Polizeiinspektion Wels Innere Stadt, die in wenigen Wochen eröffnet wird, ist hier ein sehr gutes Beispiel, sie wurde um einige hundert Meter verlegt, um ins Zentrum der Stadt zu kommen, um dem Drogenhandel und Vandalismus besser entgegen wirken zu können. Ich habe vor drei Wochen dort einen Lokalaugenschein vorgenommen, die Mitarbeiter haben mir dort vor Ort gezeigt, was diese Verlegung bringt, wie sie jetzt strategisch besser in diesem Zusammenhang positioniert sind. Wir haben also auch ein ordentliches Bau- und Ausstattungspaket für die nächsten Jahre vereinbaren können.

Abg. **Stanek**: Danke.

Erste Präsidentin: Danke, Herr Landeshauptmann. Ich erkläre die Fragestunde für geschlossen. Den Herrn Schriftführer bitte ich den Eingang bekanntzugeben.

Abg. **Bernhofer**: Frau Präsidentin, ich darf den Eingang der heutigen Sitzung bekanntgeben, es handelt sich um 18 Beilagen. Die Beilage 1858/2009, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Tätigkeitsbericht der Oö. Antidiskriminierungsstelle über den Zeitraum von April 2007 bis März 2009. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zugewiesen.

Die Beilage 1859/2009, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Parkgebührengesetz geändert wird (Oö. Parkgebührengesetz-Novelle 2009), wird dem Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten zugewiesen.

Die Beilage 1860/2009, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend nahverkehrsgerechter Ausbau der Verkehrsstationen auf der Donauuferbahn und der Almtalbahn einschließlich Umbau der im Bereich der Verkehrsstationen liegenden Eisenbahnkreuzungen soll gemäß Paragraf 26 Absatz 5 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1861/2009, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Landesgesetz betreffend die Chancengleichheit von Menschen mit Beeinträchtigungen geändert wird (Oö. ChG-Novelle 2009), wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1862/2009, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird, wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1863/2009, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Jahresbericht 2008 zur Oö. Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Oberösterreich, wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zugewiesen.

Die Beilage 1865/2009, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Krankenanstaltengesetz 1997 geändert wird (Oö. KAG-Novelle 2009), wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1866/2009, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Konjunkturpaket Oberösterreich; Aufstockung der Drittmittelfinanzierung für Investitionen der Ordenskrankenanstalten soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1867/2009, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Verlängerung der Oö. Forschungsinitiative für den Zeitraum 1.1.2010 bis 31.12.2013, wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1868/2009, ein Initiativantrag betreffend ein Maßnahmenpaket für mehr Steuergerechtigkeit soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Beilage 1869/2009, ein Initiativantrag betreffend ein Spekulationsverbot auf Grundnahrmitteln, Wasser und Energie soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1870/2009, ein Initiativantrag betreffend die Rücknahme des Regierungsbeschlusses über die Streichung von Finanzmitteln für Abgangsgemeinden, welche kostenloses Mittagessen in Kinderbetreuungseinrichtungen anbieten soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1871/2009, ein Initiativantrag betreffend die Einführung eines kostenlosen warmen Mittagessens in Kinderbetreuungseinrichtungen soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1872/2009, ein Initiativantrag betreffend die Finanzierung des vom Oö. Landtag beschlossenen Konjunkturpakets für oberösterreichische Tourismus- und Freizeitwirtschaft soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1874/2009, ein Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Jagdgesetz geändert wird soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1875/2009, ein Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderpornografie soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1876/2009, Initiativantrag betreffend ein atomkraftfreies Europa soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1878/2009, ein Initiativantrag betreffend die Vermeidung von Verkehrslärm soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Erste Präsidentin: Ich bedanke mich beim Herrn Schriftführer für die Verlesung des Einganges. Alle diese Unterlagen dazu haben Sie Ihrem Wunsch gemäß entweder schriftlich auf den Plätzen oder auf elektronischem Weg zugeleitet bekommen. Wir haben Ihnen auch als Beilage 1864/2009 den Tätigkeitsbericht 2008 und den Rechnungsabschluss 2008 des Oö. Landmaschinenfonds auf Ihren Plätzen aufgelegt, diese Beilage mit der Nr. 1864/2009 habe ich dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zugewiesen.

Wir behandeln die Dringlichkeiten, der Herr Schriftführer hat angekündigt, dass die Landesregierung im Rahmen Ihres Antrages vorschlägt, der Beilage 1860/2009 die Dringlichkeit zuzuerkennen. Es handelt sich hier um den nahverkehrsgerechten Ausbau der Verkehrsstationen auf der Donauuferbahn und der Almtalbahn einschließlich des Umbaus der im Bereich der Verkehrsstation liegenden Eisenbahnkreuzungen. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich, ich eröffne über den Antrag zur Dringlichkeit die Wechselrede und erteile dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Erich Haider das Wort.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns in Oberösterreich auf ein Konjunkturpaket und Sofortmaßnahmen dahingehend verständigt, alle Projekte, die noch in diesem Jahr begonnen werden können, damit auftragswirksam werden und damit die Sicherung der Arbeitsplätze in Oberösterreich unterstützen können, umzusetzen. Es gibt auch ein entsprechendes Maßnahmenpaket im Bereich des öffentlichen Verkehrs, ein Teil daraus sind die Ausbau- und Verbesserungsmaßnahmen auf der Donauuferbahn und der Almtalbahn. Die Maßnahmen sehen vor: Die Errichtung barrierefreier Bahnsteige an allen Verkehrsstationen der Donauuferbahn zwischen Mauthausen und St. Nikola, insgesamt acht Haltestellen, sowie der Almtalbahn zwischen Grünau und Wels Lokalbahnstation sechs Haltestellen. Zweitens den Umbau der im unmittelbaren Bereich der Verkehrsstationen situierten Eisenbahnkreuzungen, sechs an der Mühlkreisbahn, sieben an der Almtalbahn, sowie den Ausbau der P&R-Anlagen und Errichtung von Busanbindemöglichkeiten in den Bahnhöfen Mauthausen, Perg und Sattledt.

Die angeführten Maßnahmen belaufen sich auf insgesamt 20 Millionen Euro, der auf das Land Oberösterreich entfallende Anteil beträgt 6,4 Millionen Euro, 40 Prozent der Planungskosten, 50 Prozent der Eisenbahnkreuzungserrichtungskosten und 20 Prozent der Bahnsteigerichtungskosten.

Die Oö. Landesregierung beantragt, der hohe Landtag möge - da es sich um eine Maßnahme des im Namen aller Fraktionen vereinbarten Konjunkturprogrammes handelt, sowie auf Grund der Tatsache, dass ein Realisierungsbeginn seitens der ÖBB für unmittelbar nach Vertragsabschluss in Aussicht gestellt wurde - beschließen:

1. Diese Regierungsvorlage wird gemäß § 26 Abs. 5 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen.
2. Der Bericht der Oö. Landesregierung wird zur Kenntnis genommen.
3. Der Oö. Landtag genehmigt gemäß § 26 Abs. 8 Haushaltsordnung des Landes Oberösterreich die Bereitstellung eines Betrages von max. 6,4 Mio. Euro in den Jahren 2010 und 2011 für die Bezuschussung des nahverkehrsgerechten Ausbaus der Verkehrsstationen auf der Donauuferbahn und der Almtalbahn.

Ich bitte um Zustimmung. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter auch quasi gleich für die Berichterstattung. Jetzt stimmen wir ja nur einmal über die Dringlichkeit ab. Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Hüttmayr, bitte.

Abg. **Hüttmayr:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren, Besucherinnen und Besucher auf der Galerie! Bevor ich zum Detail komme, möchte ich die Gelegenheit nutzen und möchte zum Konjunkturpaket insgesamt einige Sätze sagen. Weil wir wissen, dass die Zeiten schwierig sind, hat unser Landeshauptmann in den letzten Wochen und Monaten ja diese Konjunkturpakete vorgelegt. Und ich möchte es nicht verabsäumen, am Beginn der heutigen Tagesordnung und Landtagssitzung mich dafür zu bedanken, dass es möglich war, dass wir in den letzten Jahren die Finanzgrundlage in unserem Land so gelegt haben, dass eben diese Konjunkturpakete möglich sind. (Zwischenruf Abg. Lindinger: "Was ist jetzt auf der Tagesordnung?") Es ist, glaube ich, das wichtigste, dass wir jetzt Maßnahmen treffen, dass wir jetzt Maßnahmen treffen, die aber auch von der Finanzierung her überschaubar sind und uns nicht überfordern. Das heißt, es wird hier wirklich eine gute Grundlage gelegt, dass wir die Finanzsituation in Oberösterreich weiterhin in Ordnung halten. Dafür ein ganz großes Dankeschön an den Herrn Landeshauptmann. Weil wer rasch hilft, hilft doppelt. Und das hat der Herr Landeshauptmann Dr. Pühringer natürlich bewiesen. Und er sichert mit diesen Konjunkturpaketen viele viele Arbeitsplätze.

Und jetzt ein Punkt zur direkten Antragstellung. Die Maßnahmen und die Inhalte hat mein Vorredner bereits eingehend erörtert. Darauf kann ich dann verzichten. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass die Maßnahmen notwendig sind und dass die Maßnahmen uns helfen, in unserem Land wiederum die Lebensqualität zu verbessern. Hier werden Bahnsteige gelegt, hier wird viel zur Verkehrssicherung beigetragen, hier wird viel dazu beigetragen, dass insgesamt die soziale Komponente, Barrierefreiheit, ihren dementsprechenden Platz hat. Und somit sind diese Maßnahmen, die jetzt an der Donauuferbahn und an der Almtalbahn direkt gelegt werden, 20,3 Millionen Euro ist das Investitionsvolumen, davon zahlt das Land Oberösterreich 6,3 Millionen Euro, zukunftsweisend und wie gesagt auch überschaubar in der Bauausführung, dass wir hier Projekte haben, die viele Arbeitsplätze beinhalten. Eine Großbaustelle wissen wir ja beschäftigt viele Maschinen, ist auch wichtig. Diese Projekte sind überschaubare Projekte, wo direkt Hand angelegt wird. Und darum noch einmal ein sehr attraktives Programm.

Ich möchte aber auch die Gelegenheit nutzen und möchte, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haider, noch weiter fortfahren. Wir haben ja noch mehrere Nebenbahnen in Oberösterreich. Und da, glaube ich, ist auch Handlungsbedarf, dass wir hier nicht locker las-

sen und dass wir hier vielleicht auch noch das eine oder andere Projekt in die Umsetzungsphase bringen. Gerade diese Konjunkturmaßnahmen könnten uns helfen, dass wir hier die Finanzierung dazu beistellen. Ich möchte ganz konkret, aber natürlich uneigennützig, die Bahnstrecke im Bezirk Vöcklabruck, den sogenannten Kammerer Hansl, auf die Tagesordnung bringen. Hier ist natürlich gerade jetzt vor der Urlaubszeit wieder der Attersee, die Strecke Schörfling – Vöcklabruck, und besser bis nach Schwanenstadt. Es liegt an der Sache, dass wir hier Maßnahmen setzen. Es ist leider in den letzten Jahren verabsäumt worden, dass man hier Attraktivierungen macht, sondern man hat eine ganz konkrete Ausdünnung vorgenommen. (Zwischenruf Abg. Lindinger: "Bist schon einmal gefahren mit der Bahn?") Natürlich lieber Kollege Lindinger bin ich schon gefahren. Und wenn du willst, kannst du mit mir gern einmal mitfahren. Natürlich sind die Fahrzeiten so unattraktiv, dass sie nicht wirklich angenommen werden. Und das System muss man hintanhaltend. (Zwischenruf Abg. Lindinger: "Weißt du wie ein Zug aussieht?") Die anderen Verkehre, den privaten Verkehr, die Buslinien, vertaktet, dann kann man hier auch diese sicher notwendige Strecke attraktiver machen und dann wird sie auch angenommen. (Zwischenruf Abg. Lindinger: "Bist schon einmal gefahren mit der Eisenbahn?") Und Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haider, ich bitte, dass du in dieser Richtung tätig wirst und dass uns du das eine oder andere Projekt noch vorlegst in unserem Land, in unserem Bezirk vorlegst. Wie gesagt, wir werden heute der Dringlichkeit logischer Weise gerne zustimmen, aber wir werden aus Überzeugung auch den inhaltlichen Vorschlägen gerne zustimmen. Ich danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Trübswasser.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Über diesen Antrag spreche ich heute mit großer Freude. Es ist ein Antrag, wo auch im Rahmen des Konjunkturpaketes massiv in den öffentlichen Verkehr investiert wird und wir wissen, dass hinsichtlich Beschäftigung in den öffentlichen Verkehr investiert im Vergleich zum Straßenbau sogar mit dem Faktor 1,7 zu rechnen ist. Das heißt, die Wirksamkeit auf dem Arbeitsmarkt ist eine höhere, weil es einfach mehr Menschenkraft braucht auch. Und ich betone, dass diese Maßnahme zu diesem Zeitpunkt äußerst sinnvoll ist. Wir werden natürlich der Dringlichkeit und auch dem Antrag selbst die Zustimmung erteilen.

Ich spreche nicht nur als Verkehrssprecher, sondern auch als ein Vertreter, der sich stark für die Gleichberechtigung und der Demokratisierung auch im öffentlichen Verkehr stark gemacht hat, nämlich was den Ausbau der Verkehrssituation hinsichtlich Barrierefreiheit betrifft. Sie wissen alle, von dieser Stelle aus habe ich schon sehr oft zu diesem Thema gesprochen. Und 1997, als ich in den Landtag gekommen bin, war das durchaus eine Situation, wo das Wort Barrierefreiheit besonders im öffentlichen Verkehr noch keinen großen Wert gehabt hat. Ich kann mich erinnern, dass ich aber sehr rasch Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden habe, die natürlich nicht nur den Kreis der RollstuhlfahrerInnen gesehen haben, sondern die allgemeine Situation der Bevölkerung, auch Menschen, die aus anderen Gründen sich leichter tun, wenn ihnen keine Barrieren in den Weg gestellt werden.

Ich kann mich noch genau erinnern, dass am Anfang sogar eine Stimmung war, wie wenn ich so quasi das Monopol auf dieses Thema gehabt hätte. Ich erinnere mich an Kollegen Stelzer, der am Anfang, ich glaube wir diskutierten über die Linzer Straßenbahn und den Landeszuspruch der geleistet wurde für die City-Runner, wo er gesagt hat, ich soll quasi nicht böse sein, aber er will dieses Thema auch ansprechen. Das hat mich sehr gefreut damals, weil ich gemerkt habe, das ist ein Thema, das andere auch interessiert.

Es geht hier nicht um Einzelne, schon gar nicht um mich, sondern es geht um ein demokratisches System, wo alle an einem öffentlichen System teilhaben können. Und da ist viel passiert. Ich werde nicht mehr sehr viel Gelegenheiten haben, zu diesem Thema zu sprechen in diesem Haus, aber natürlich außerhalb dieses Hauses weiterhin. Das kann ich jetzt schon versprechen. Aber ich möchte mich auch einmal bedanken für die Unterstützung, dass dieses Thema so breit mitgetragen wurde, dass aus diesem Thema etwas gemacht wurde auch in anderen Politikbereichen, aber auch in der Verkehrspolitik.

Und wenn wir heute einen Beschluss fassen, dass vordringlich auf der Donauuferbahn und auf der Almtalbahn die Bahnhöfe und Haltestellen barrierefrei umgebaut werden, dann heißt das, dass ich mit den modernen Verkehrsmitteln, wie zum Beispiel Desiro auf der Donauuferbahn, wirklich ohne dass ich vorher anrufen muss oder dass ich fragen muss, sondern dass ich einfach einsteigen kann und fahre. Das muss die Zukunft sein. Ich bedanke mich für die wirklich breite Unterstützung. Es hat, glaube ich, diesbezüglich keinen Antrag gegeben, der nicht einstimmig angenommen wurde. Und dieses Thema ist so implantiert in der oberösterreichischen Politik und die Erfolge sind bereits sichtbar, das muss ich sagen.

Und gegen anderslautende Behauptungen sage ich, ich trete voll und ganz für den öffentlichen Verkehr ein. Mit dem kleinen Nachsatz: aber für alle. Und das muss das Credo sein, das hinter jedem Antrag steht. Mich freut natürlich auch, dass Eisenbahnkreuzungen saniert werden. Mich freut auch, dass die Vertaktung voranschreitet. Alles dies beinhaltet dieser Investitionsplan, der hier auf dem Tisch liegt. Aber noch einmal zurückkommend. Für dieses Thema, was 1997 quasi so groß Einzug gehalten hat in diesem Landtag, für die Unterstützung möchte ich mich bedanken und wir werden diesem Antrag, wie ich gesagt habe, zustimmen und auch der Dringlichkeit. Dankeschön. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Geschätzte Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir werden dieser Vorlage der Landesregierung zustimmen, auch der Dringlichkeit natürlich zustimmen. Es wurde ja bereits von den Vorrednern gesagt, es sind wichtige Investitionen. Wenn hier steht, barrierefreie Bahnsteige werden errichtet, dann ist das ein Qualitätsangebot für die betroffenen Menschen mit Beeinträchtigungen. Wenn hier steht, dass es um die Sicherung von Eisenbahnkreuzungen geht, dann ist das eine Sicherheitsleistung, die wir den Menschen schuldig sind. Es darf aber auch erwähnt werden, dass das Geld, das ja knapp ist, in einer Zeit der Krise gut eingesetzt werden muss, genau eingesetzt werden muss dort, wo es notwendig ist. Und ich weise darauf hin, dass der Finanzierungspartner dieses Antrages, die ÖBB, leider Gottes auch sehr sehr viel Geld verspekuliert hat, das wir vielleicht in weitere Projekte hier investieren hätten können. Das muss einmal gesagt werden und soll auch ein Hinweis sein auf die Situation, die wir derzeit haben.

Es wurde von meinem Vorredner, dem Kollegen Hüttmayr, er ist auch ein bisschen in die Nostalgie geraten und hat die Ära Ratzenböck ein wenig angesprochen, er hat aber auch sofort wieder in die Zukunft geblickt und eben von der Notwendigkeit und der richtigen Investitionen in der Zeit geredet. Ich sage dazu, aus unserer Sicht, aus meiner Sicht, dass es nicht nur darum geht, Bauinvestitionen jetzt ganz massiv zu forcieren, dass es auch darum geht, Investitionen in den Bereich der Familienstrukturen zu setzen, Investitionen aber auch in den Dienstleistungsbereich, Gesundheitsbereich und Sozialbereich. Das muss hier erwähnt werden. Es soll dieser Schub an Investitionen auf keinen Fall eine Einbahnstraße in Baumaßnahmen sein in diesem Sektor. Diese Bereiche Soziales und Gesundheit sind ein natürlich wachsender Bereich der Dienstleistungen. Das wissen wir. Und es sind hier Berufe und

Berufsfelder möglich, die nachhaltig die Zukunft gestalten können, die aber auch nachhaltig zur Lebensqualität der Bürger beitragen.

Daher abschließend von mir und von uns, wir werden diesem Investitionsprogramm zustimmen, möchten aber noch einmal erwähnen, dass das, was getan werden muss, was politisch jetzt umgesetzt werden muss, sehr breit gestreut sein muss und vor allem auch nachhaltig sein muss. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Bitte Herr Abgeordneter Prinz.

Abg. **Prinz:** Geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Gerade in Zeiten, wo bundes- und landesweit über Konjunkturpakete geredet bzw. das Vorziehen von Konjunkturpaketen beschlossen wird, ist es enorm wichtig und ich freue mich sehr, dass auch auf oberösterreichischer Seite bei der Bundesbahn etwas geschieht. Und gerade diese Vorlage unseres Verkehrsreferenten Erich Haider, die den nahverkehrsgerechten Ausbau der Stationen auf der Donauuferbahn und der Almtalbahn vorsieht, ist ein wichtiger Bestandteil dieser Konjunkturpakete bzw. dieser Maßnahmen, die zur Verbesserung gegen die Arbeitslosigkeit und zu steigenden Fahrgastzahlen beitragen sollen.

Die Errichtung der barrierefreien Bahnsteige einschließlich niveaufreier Zu- und Abgänge auf diesen Bahnen bzw. der Umbau und die Auflassung oder technische Sicherung der Eisenbahnkreuzungen trägt natürlich auch dazu bei, dass die Sicherheit draußen vor Ort wesentlich verbessert wird. Die Modernisierung und der Ausbau von Betriebsstellen bzw. die Maßnahmen zur durchgehenden Anhebung der Streckengeschwindigkeit werden sicher zu einer Steigerung der Fahrgastzahlen beitragen bzw. sind ein Beitrag dazu. Bei der Errichtung barrierefreier Bahnsteige an allen Verkehrsstationen der Donauuferbahn zwischen Mauthausen und St. Nikola sowie der Almtalbahn zwischen Grünau und Wels Lokalbahnhof kann ich bestätigen, dass zum Beispiel durch die Verbesserung der Zuggarnituren auf der Almtalbahn bei uns die Fahrgastzahlen wesentlich angestiegen sind bzw. der öffentliche Verkehr wieder von mehreren beansprucht wird.

Wir bedanken uns bei unserem Verkehrsreferenten Erich Haider für diese Maßnahmen bzw. für diese Initiativen und werden natürlich diesen Initiativantrag unterstützen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen und bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 1860/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Die Landesregierung schlägt vor, der Beilage 1866/2009 die Dringlichkeit zuzuerkennen. Bei der Beilage handelt es sich um die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Konjunkturpaket Oberösterreich; Aufstockung der Drittmittelfinanzierung für Investitionen der Ordenskrankenanstalten. Ich eröffne über diesen Antrag die Wechselrede und erteile der Frau Landesrätin Dr. Stöger das Wort.

Landesrätin **Dr. Stöger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hoher Landtag! Die oberösterreichische Landesregierung hat in der Sitzung vom 1. Dezember 2008 das im Namen aller im Oberösterreichischen Landtag vertretenen Fraktionen eingebrachte Konjunkturpaket beschlossen. Im Konjunkturpaket Oberösterreich ist unter anderem eine Erhöhung der Drittmittelfinanzierung um 50 Millionen Euro zur Beschleunigung des Ausbaues der Ordensspitäler enthalten mit der Auflage, in den Jahren 2009 und 2010 besondere Schwerpunkte in die

Ausbauaktivitäten zu setzen. Am 1. April 2009 fand auf Einladung von Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer mit mir und VertreterInnen der Ordenskrankenanstalten eine Besprechung zum Konjunkturpaket statt. Dabei wurde auch die geplante Verteilung der zusätzlichen Drittmittel bekannt gegeben. Die im Konjunkturpaket Oberösterreich enthaltenen Projekte für Investitionen der Ordenskrankenanstalten sollen noch im Jahr 2009 größtmögliche konjunkturbelebende Effekte erzielen. Die konkreten Umsetzungsmaßnahmen können jedoch erst nach Genehmigung durch den Oberösterreichischen Landtag eingeleitet werden. Ich ersuche daher, dass der Oberösterreichische Landtag der Beilage 1866/2009 die Dringlichkeit zuerkennt und möchte mich dafür im Voraus bedanken. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Brunmair.

Abg. Dr. Brunmair: Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Natürlich und selbstverständlich Zustimmung zu diesem Konjunkturpaket im Sinne einer Drittmittelfinanzierung für die Investitionen in den Ordenskrankenanstalten. Aber ich habe schon bei meiner Wortmeldung vorher gesagt, wir investieren jetzt sehr viel in Baulichkeiten in den angeführten Ordensspitälern Barmherzige Schwestern, Linz, Elisabethinen, Klinikum Wels-Grieskirchen, Krankenhaus Braunau, Barmherzige Schwestern Ried und Sierning. Der Rahmen beträgt etwa 50 Millionen Euro. Es ist aber, meines Erachtens, auch notwendig, in die zukünftige Qualität der medizinischen Versorgung in diesen Spitälern zu investieren.

Ich sage es hier ganz klar und eindeutig, ich glaube, dass es höchst an der Zeit ist, dass wir auch einen Punkt umsetzen, der sozusagen das Herzstück der medizinischen Versorgung ist. Das ist also die Versorgung der Herzpatienten in den Problemregionen in den drei Schwerpunktkrankenhäusern, nämlich Steyr, Vöcklabruck, und dort, wo ich herkomme, Ried im Innkreis. Es ist in der Zukunft, glaube ich, unvorstellbar, wenn Schwerpunktkrankenhäuser nicht die Versorgung, die komplette und richtige und höchstwertige Versorgung eines akuten Herzinfarktes anbieten können und wenn diese Spitäler auch sozusagen die Herzinfarktkompetenz oder die Kompetenz der Herzpatienten anbieten können. Im Vergleich zur Investition baulicher Art sind diese Investitionen wirklich nur ein Bruchteil, in etwa ein Zehntel, wissen wir; im Spital Ried im Innkreis gar nur im Bereich von 200.000 Euro. Ich glaube, dass es dringlich notwendig wäre, hier nach den Beratungen in den Ausschüssen oder im Unterausschuss, der ja schon, glaube ich, jetzt zwei Jahre läuft, dass wir hier endlich Fakten und Taten setzen. Das sind wir den Patienten in diesen Regionen schuldig.

Ich glaube auch, und erwähne es hier noch einmal, dass wir auch Druck und Tempo erhöhen müssen bei der Realisierung der medizinischen Universität in Linz, denn auch das ist eine Investition in die Qualität der Versorgung der Menschen in Oberösterreich, aber auch eine Investition in hochwertige Berufsfelder für unsere Jugend, Ärzte, diplomiertes Personal bis zu allen notwendigen Personalien, die eben in einer Universitätsklinik notwendig sind. Daher ein Ja zur Investition in bauliche Maßnahmen, aber die Fortsetzung muss noch in vielen anderen Bereichen des Gesundheitsbereiches erfolgen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke sehr. Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Mag. Stelzer.

Abg. Mag. Stelzer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! In diesen wahrhaft schwierigen Zeiten erwarten sich die Leute zu Recht, dass wir nicht nur ständig konstatieren, dass sich der Arbeitsmarkt in einer Form verändert, dass sich zu Recht manche Leute Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen, sondern sie erwarten sich mit vollem Fug und Recht, dass wir, soweit wir das können, dafür sorgen, dass Arbeitsplätze gesichert werden. Daher braucht es Taten, und es hat schon Anfang Dezember, also sehr frühzeitig, das

wurde auch schon erwähnt von der Frau Landesrätin, auf Einladung des Herrn Landeshauptmanns einen ersten Konjunkturgipfel gegeben mit einem Start, einem Konjunkturbelebungsprogramm, um Arbeitsplätze zu sichern.

Das hat jetzt in den Monaten auch entsprechend der Fortentwicklung der wirtschaftlichen Lage eine Weiterentwicklung erfahren, und wir haben erst jüngst, Ende April, das jetzt gültige Konjunkturprogramm für das Land Oberösterreich, das zusätzliche, das immerhin ein Investitionsvolumen von 1,4 Milliarden Euro auslöst und damit nach Berechnungen 16.000 Arbeitsplätze direkt sichern und schaffen kann, gemeinsam beschlossen. Das halte ich nicht nur für ein wichtiges Signal, sondern für eine wirkliche konkrete Hilfe, die die Leute in unserem Land auch brauchen.

Neben den beispielsweise Verkehrsprojekten, die im vorigen Tagesordnungspunkt besprochen worden sind, neben den vielen Schulbauten, neben den Bereichen im Wohnbau, wo wir direkt auch den Einzelnen helfen, ist eben auch der wichtige Gesundheitsbereich ein Thema; die Investitionen der Ordensspitäler im Ausmaß von 50,7 Millionen Euro, die wir heute hier beschließen sollen, wir werden es auf jeden Fall tun.

Das Wichtigste bei diesen arbeitsplatzsichernden Maßnahmen ist, dass sie rasch wirksam werden können – das ist in diesem Fall gegeben. Und zum Zweiten, dass es auch Maßnahmen sind, die nachhaltig wirken. Das heißt, dass wir auch in der Zeit nach der hoffentlich bald überwundenen Krise mit diesen Investitionen, mit den Maßnahmen dann auch sinnvolle Dinge für die Zukunft in unserem Land machen. Auch das ist hier gegeben, vor allem, weil es, und da möchte ich, leicht im Widerspruch zum Vorredner, sagen, weil es natürlich hier um Verbesserungen der medizinischen Qualität in unseren Spitälern geht. Wir erneuern, wir bauen, wir modernisieren – und ich bitte auch sehr, dass wir auch jetzt in dieser schwierigen Zeit nicht Angst machen.

Es gibt immer Weiterentwicklungen im medizinischen Bereich. Aber es haben alle festgestellt, auch alle Parteien und alle Vertreterinnen und Vertreter der Parteien in diesem Haus, dass niemand, auch niemand, der leider eine Herzerkrankung erleidet, sich Sorgen machen muss, dass er nicht bestmöglich versorgt würde. Da muss man auch den Medizinerinnen und Medizinern und ihren Helferinnen und Helfern Dank sagen in allen Häusern, ganz egal, wie sie ausgestattet sind, dass sie insbesondere hier auch gute Dienste leisten. Ich halte es für wenig zielführend, dass wir jetzt, wo wir über Modernisierungen reden, quasi eine Angstdebatte anschließen.

Wir investieren hier sozusagen quer durch Oberösterreich. Das ist wichtig, weil es vor Ort auch Arbeitsplätze sichert und weil es die medizinische Versorgung verbessern wird. Es soll rasch wirksam werden. Daher möchten wir es auch dringlich beschließen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Oberösterreich kann mit Recht stolz auf die hohe Qualität der Gesundheitsversorgung im Krankenhausbereich, aber auch im niedergelassenen Bereich sein. Dafür verantwortlich, und da kann ich das nur bestätigen, was die Vorredner und Vorrednerinnen gesagt haben, dafür verantwortlich ist das gut ausgebildete und engagierte Personal, Pflegekräfte, Ärztinnen, Ärzte, medizinisch-technisches Personal, aber auch Hilfskräfte, die oft, leider Gottes, nicht in ausreichender Zahl vorhanden sind und trotzdem mit viel Engagement

die Versorgung unserer Patientinnen und Patienten gerade im Krankenhaus sehr, sehr gut machen.

Wir brauchen dazu aber auch natürlich die bauliche Ausstattung; wir brauchen dazu auch die technische Ausstattung, weil genau in diesem Zusammenhang die menschliche, fachliche Kompetenz des medizinischen Personals, der baulichen, aber auch der technischen macht genau diese gute Qualität aus, die wir haben in Oberösterreich und auf die wir auch stolz sein können. In der Spitalsreform, aber auch im anschließenden Regionalstrukturplan Gesundheit wurde das auch festgestellt. Wir haben bestmöglich, es gäbe natürlich immer noch Verbesserungen, die Verteilung der Leistungen, der Angebote definiert.

In vielen Bereichen braucht es noch eine Umverteilung, aber im Großen und Ganzen, gerade beim Regionalstrukturplan Gesundheit haben wir bei den Leistungen, die jeder und jede von uns brauchen kann, eine gute Verteilung. Die Ordenskrankenhäuser übernehmen da einen großen Anteil an dieser guten medizinischen Versorgung. Daher ist es natürlich auch im Plan drinnen, dass genau diese Häuser sich auch weiter modernisieren, weiter bauliche Veränderungen machen. Die Projekte, die angeführt worden sind in dem Antrag, sind ja auch schon durch die Fachabteilung gegangen, von Experten, von externen Experten, Expertinnen geprüft worden. Wir haben es im Ausschuss auch schon besprochen. Wir haben auch schon hinterfragt, sind die auch notwendig? Wie gibt es Verbesserungen in der Kooperation, gerade auch bei dem Projekt der Barmherzigen Schwestern in Linz?

Da wurde alles wirklich durchleuchtet und genau definiert und gesagt, ja, zu diesen Projekten können wir Ja sagen. Daher ist es jetzt wirklich eine große Chance, im Rahmen des Konjunkturpaketes, diese vorzuziehen. Die Krankenhäuser sind auch hier sehr froh, nicht länger warten zu müssen, sondern wirklich diese qualitative Verbesserung sofort auch angehen zu können, weil das natürlich auch Verbesserungen für das Personal im Arbeitsbereich sind, weil, wenn ich einen tollen neuen OP habe, wenn ich eine Apotheke habe, die dem Standard entspricht, dann kann ich auch mein Engagement viel besser dort auch ausleben. Ich glaube, das ist auch ein wichtiges Ziel zu sehen, welche Verbesserungen nicht nur für die Patientinnen und Patienten hiermit geschaffen werden, sondern vor allem auch für die Pflegekräfte und für das medizinische Personal in den Krankenhäusern.

Genau in diesem Zusammenhang muss man auch dieses Konjunkturpaket sehen, auch weil es regional verteilt ist, weil es nicht auf einen Standort oder auf einen Zentralraum begrenzt ist, sondern weil es einfach verteilt ist in ganz Oberösterreich, eben in Linz, in Ried, aber auch in Wels und Grieskirchen oder in Sierning mit dem Krankenhaus. Genau diese Verteilung ist auch wichtig, dass wir Konjunkturanreize in allen Regionen gleichermaßen liefern. Gerade in der Region Braunau können wir jede Maßnahme gebrauchen und hier auch weiterführen.

Ich möchte aber auch wirklich da anschließen, es geht nicht nur darum, hier die Investitionen zu machen, die sind wichtig, zu investieren in mehr Personal, um wirklich auch die Qualität für die Tätigen, aber auch für die PatientInnen zu erhöhen und vor allem auch die Verbesserungen anzugehen, die oft nicht zu einem Konjunkturpaket passen; eben genau in diese Nahtstellenproblematik hier auch Verbesserungen im niedergelassenen Bereich voranzutreiben, im Sozialbereich voranzutreiben, wo es nicht immer nur um bauliche Maßnahmen geht, sondern wirklich auch um Qualitätsverbesserungen für die Patientinnen und Patienten, aber auch um Kostensenkung für die Gemeinden, um Kostenreduktion oder der Anstieg wird reduziert, wenn man sich ehrlich sagt, weil das haben wir eigentlich immer festgestellt.

Es geht um keine Kostensenkung im Spitalsbereich oder im Gesundheitsbereich; es geht darum, den Kostenanstieg abzdämpfen. Genau hier müssen wir ansetzen. Genau hier braucht es noch Verbesserungen und braucht es einfach wirklich auch ein Vorantreiben. Das hat auch etwas mit Konjunktur zu tun; das hat auch etwas mit Arbeitsplatzsicherheit zu tun; das hat auch etwas mit neuen zukunftsfähigen Arbeitsplätzen zu tun. Wenn wir gerade in diesem Bereich verstärkt investieren, auch wenn es keine Baumaßnahmen sind, aber es trifft wirklich sehr, sehr viele Arbeitsplätze in den Regionen, dafür plädiere ich. Wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Röper-Kelmayr.

Abg. Dr. Röper-Kelmayr: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zurück zum Thema: Wir von der SPÖ werden dieser Beilage und der Dringlichkeit die Zustimmung geben. Es handelt es sich hier um Investitionen, die einen Investitionsrahmen von 130 Millionen Euro haben. Betroffen sind die Ordenskrankenhäuser Barmherzige Schwestern, Elisabethinen, Klinikum Wels-Grieskirchen, St. Josef, Braunau, Barmherzige Schwestern Ried und Sierning. Relevant ist hier bei dieser Beilage, dass dem Orden keine tatsächlichen Kosten entstehen und dass für das Land in der Finanzierung eine große Flexibilität gegeben ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte da auch darauf hinweisen, warum die SPÖ Oberösterreich hier die Dringlichkeit gibt und auch diese Investition mit der Abwicklung und Finanzierung und Sicherung durch das Land die Zustimmung gibt. Da die dargestellten Bauprojekte mit Sicherheit dem Wohl der Bevölkerung dienen und es sehr relevant ist, dass man hier die Dringlichkeit gibt, dass man nicht das Prozedere mit einem Ausschuss oder eventuell mit einem Unterausschuss abwartet, denn sonst könnten die eigentlich für 2009 zu erwartenden konjunkturbelebenden Maßnahmen nicht mehr greifen. Deshalb ist es wichtig, dass man heute hier zu einem Landtagsbeschluss kommt.

Es ist mit Sicherheit auch, Herr Kollege Stelzer, sehr wichtig, dass man, wenn man schon solche Investitionen immer wieder sich nicht scheut, gerade im Gesundheitswesen, eine gute Weiterentwicklung auch fortzuführen, dass man eben im Unterausschuss Koronarversorgung in den Regionen sehr ernst nimmt und auch hier dort eine Anpassung von Mortalität und Morbidität zu den Räumen Linz und Wels dann angleicht. Da bin ich mir sicher nach der Rede, dass wir auch dann dort eine Unterstützung zu erwarten haben, danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1866/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir behandeln den Antrag der Dringlichkeit zur Beilage 1868/2009. Es handelt sich bei dieser Beilage um den Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend ein Maßnahmenpaket für mehr Steuergerechtigkeit. Ich eröffne über diesen Antrag die Wechselrede, erteile dem Herrn Klubobmann Dr. Fraiss das Wort.

Abg. Dr. Fraiss: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute einen Antrag eingebracht als Maßnahmenpaket für mehr Steuergerechtigkeit. Meine Damen und Herren, leider war es nicht möglich bei der letzten Landtagssitzung, zu diesem Gesamtthema eine aktuelle Stunde abzuhalten. Wir wollen heute, und das ist dieser Antrag, die Frage der Bewältigung der Auswirkungen dieser Krise in Angriff nehmen.

Meine Damen und Herren, nachdem diese Krise, die ein Werk von Finanzjongleuren, von Pyramidenspielern und ähnlichen war, und diese Personen, ohne dass man etwas hören würde, auch nicht zur Verantwortung gezogen werden, und an dem System dieser Spekulationen auch nicht gerüttelt werden soll, gibt es eigentlich nur Opfer. Opfer mit Kurzarbeit, Opfer, die auf Löhne verzichten müssen, Opfer, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Meine Damen und Herren, es ist natürlich in dieser Situation ein Gebot der Stunde für die öffentliche Hand, mit Bankenunterstützungen, mit Konjunkturpaketen entsprechend zu reagieren, um das Ausmaß der Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Aber wenn wir in Oberösterreich rund 29.000 Arbeitslose haben und fast 10.000, die in irgend einem Schulungsprogramm sind, dann sind das, meine sehr verehrten Damen und Herren, fast 39.000 Oberösterreicher, das sind mehr als die Einwohnerzahl von Steyr, die ohne Arbeit sind.

Meine Damen und Herren, die nächste Frage, die sich uns stellt, ist, wenn wir mit öffentlichen Geldern rasche Maßnahmen setzen, dann sind wir einer Meinung, dass hier Zusammenhalt zu sehen ist. Da muss ich aber fragen, wer bezahlt denn letztendlich diese unterstützenden Maßnahmen der Konjunkturpakete, der Bankenhilfsmaßnahmen? Und plötzlich wird es ruhig. Dann spricht der Herr Finanzminister von einer Neiddiskussion, habe ich gestern am Abend gehört, dann redet man darüber, dass man jetzt darüber überhaupt nicht diskutieren sollte. Meine Damen und Herren, diese Schulden der öffentlichen Hand sind zu bezahlen, und sie wird der Steuerzahler und der Arbeitnehmer bezahlen, nämlich diejenigen, die überhaupt keine Schuld haben an dieser Krise, die ein schöner Teil von ihnen sogar letztendlich als Leidtragende in ihren Auswirkungen auszubaden gehabt haben.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, sagen wir: Es darf nicht passieren, dass in den Folgejahren nach der Krise dann die Schulden zurückgezahlt werden und man dann wiederum mit der Argumentation kommt, die Staaten, die öffentliche Hand sind verschuldet, deshalb müssen wir im Sozialstaat Österreich Sozialleistungen, Gesundheitsleistungen, Pensionsleistungen wiederum zurücknehmen.

Wenn von den Arbeitnehmern so häufig in der letzten Zeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, Solidarität eingefordert wird, dann sage ich das klipp und klar, dann erwarte ich insbesondere von denen, die über größere Vermögen verfügen, die aus diesem Vermögen letztendlich auch dann noch höhere Gewinne kriegen, einen Solidaritätsakt. Ich erwarte von allen, die Aktien besitzen, so viel Solidaritätssinn, dass sie Verständnis dafür haben, wenn wir fordern, dass bei Aktien, die nach einem Jahr steuerfrei sind, die Gewinne zumindest so behandelt werden wie die Zinsen der Sparbuchsparer, der seine Zinsen dort mit 25 Prozent KESt besteuert bekommt. Es kann doch nicht sein, dass die eine Seite unbesteuert bleibt, und die anderen 25 Prozent zu bezahlen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Summen, von denen wir reden, sind gewaltig. Wir reden, meine Damen und Herren, beispielsweise davon, dass das Defizit gegenüber dem Regierungsübereinkommen zum Bundesvoranschlag bereits um 3.600 Millionen Euro höher ist. Folgen wir der EU-Prognose mit 4,2 Prozent an BIP-Verlust, dann sind wir bereits bei 5,3 Milliarden Euro, die das Defizit anwächst. Diese Summen, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden künftige Budgets belasten.

Ich ersuche um viel Verständnis dafür, dass Sie diesen Antrag, den wir heute eingebracht haben, wirklich von Ihrer Seite nicht im Vorwahlgeplänkel der Herbst-Wahlen sehen, sondern im Sinne von Gerechtigkeit, der Aufteilung der Lasten auf jene nämlich, die nicht die Systemgewinner sind, die im Grund sagen, ist uns egal, wir werden geschützt, und die, die we-

niger geschützt sind, letztendlich dann in der Folge alles zu bezahlen haben. Wir brauchen auch eine Antwort, meine Damen und Herren, für unsere Jugend, denn auch die hat diese Zinsen zu bezahlen, diese Schulden zu bezahlen. Ich ersuche um Ihr Verständnis, dass wir heute, auch wenn Sie schon angekündigt haben, dass Sie dem Antrag nicht zustimmen und nicht die Dringlichkeit geben, dass wir zumindest in den Ausschüssen über dieses Thema weiterdiskutieren, denn ich glaube, es sollte jeder hier in diesem Haus letztendlich zu einem Ergebnis kommen. Gerechtigkeit bei Steuern, Gerechtigkeit im Umgang. Zusammenhalt heißt aber auch Solidarität zwischen den Ärmeren und den Reichen. Aber nicht als Einbahn, sondern in der Bezahlung von den Reichen zu den Ärmeren. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Klubobmann Mag. Stelzer.

Abg. Mag. Stelzer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Wir bemühen uns wirklich zurzeit, das kann gar nicht oft genug gesagt werden von den verschiedenen Rednerinnen und Rednern, mit Konjunkturprogrammen aber auch mit einer Steuerentlastung, die gerade jetzt rund um Ostern in Kraft getreten ist, schneller durch die Krise zu kommen, besser durch die Krise zu kommen als vielleicht andere.

Und es ist daher für uns die Unzeit jetzt eine Diskussion darüber anzufangen, welche neue Steuern könnte man denn noch erfinden und wen könnte man denn noch mit Steuern belasten jetzt in dieser Zeit, gerade wo eine Steuerreform mit einem Entlastungsvolumen von rund drei Milliarden Euro in Kraft getreten ist, wo es um erhöhte Kinderabsetzbeträge, um Kinderfreibeträge, um die steuerliche Geltendmachung von Kinderbetreuung geht, also wo Familien entlastet werden. Da wollt Ihr jetzt eine Diskussion beginnen, sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ, welche neue Steuern denn man hier jetzt einführen könnte. Wir sind keine Diskussionsverweigerer, mit uns kann man reden. Aber zur richtigen Zeit und zum richtigen Zeitpunkt.

Und damit man auch die Dinge, die der Kollege Frais jetzt so etwas umschrieben hat, beim Namen nennt, er hat ein Wort in den Mund genommen, es geht um gewaltige Summen und Spitzenvertreter der Sozialdemokratie haben ja auch den Vorhang fallen lassen. Euer ehemaliger SPÖ-Vorsitzender und Bundeskanzler Vranitzky hat gesagt: "Wenn ich höre", wörtliches Zitat, "dass die Häuselbauer nicht besteuert werden sollen, was bleibt dann noch?" Zitat Ende. Also Ihr denkt ganz offensichtlich darüber nach breite Kreise der Bevölkerung zu belasten, damit diese gewaltigen Summen, von denen du Dr. Frais gesprochen hast, zustande kommen. Oder aber auch der ehemalige SPÖ-Finanzminister Androsch, wörtliches Zitat: "Sie müssen immer die kleinen Leute treffen, weil sonst kein Ertrag für den Staat herauschaut!" Zitat Ende.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der ÖVP ist so etwas nicht zu machen. Wir wollen die schützen die jetzt Arbeit haben, die jetzt arbeiten müssen und die durch ihre Arbeit auch zum Steueraufkommen beitragen. (Beifall) Vor die stellen wir uns, vor die, die sich ein Haus erarbeitet haben, ein kleines Grundstück kaufen können, ein kleines Vermögen sich angespart haben. (Unverständliche Zwischenrufe) Und da könnt Ihr lachen wie Ihr wollt, die schützen wir. Die wollt Ihr letztendlich belasten. (Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren! Und nun zum Antrag. Der Kollege Frais hat von einem Maßnahmenpaket gesprochen, was ja etwas belustigt, weil es geht eigentlich um eine Studie. Jetzt weiß ich schon, das ist eine Krücke. Aber es geht um eine Studie die er beantragt. Also wie eine Studie gewisse Dinge beseitigen soll, das wissen wir nicht so recht. Aber zu den einzelnen Punkten: Die europaweite Transaktionssteuer, die stellt ja niemand in Abrede

und die hat dieses Haus auch schon beschlossen. Das ist also eine Dublette die hier produziert wird. Da wollen wir alle miteinander, ich glaube der Beschluss war sogar einstimmig oder zumindest mit großer Mehrheit, dass wir europaweit diese Transaktionssteuer machen.

Der zweite Punkt:: Modelle der Vermögensbesteuerung von Privatstiftungen. Also es ist nicht beschrieben welche Modelle, wo dreht man an den Schrauben. Und bei der Privatstiftung, sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ, da ist es ja so, da seid ja Ihr Profis, Ihr habt ja euer SPÖ-Vermögen in Oberösterreich in einer Stiftung geparkt. Das wird schon seine guten Gründe haben. Ihr habt auch den Namen geändert, damit SPÖ nicht vorkommt, jetzt heißt es halt L36, nach der Adresse des Parteihauptquartiers. Und in der Stiftungsurkunde steht drinnen, Anstreben eines maximalen Gewinnes, das tut die SPÖ. Sagen tut sie etwas anderes. (Beifall) Wir werden sie an ihren Taten messen.

Und sehr geehrte Damen und Herren! Im dritten Punkt geht es um die Besteuerung von Vermögenszuwächsen aus Finanzgeschäften. Hier gibt es ja auch eine interessante Debatte. Der SPÖ-Vorsitzende in Oberösterreich Dipl.-Ing. Haider hat gesagt, die voest, die ohnehin zurzeit eine schwierige Phase hat und die unsere ganz Unterstützung braucht, soll doch ihre Dividende nicht auszahlen. Gleichzeitig zahlt aber das Unternehmen, zu dem er größte Affinität hat, die Linz AG, die in ausschließlicher Hand einer absoluten SPÖ-Mehrheit ist, Jahr für Jahr Dividenden an eine SPÖ-regierte Stadt aus. Das sind eure Taten, an denen müsst Ihr euch messen lassen, eure Worte sind da wirklich nur Makulatur. (Beifall)

Und daher sehr geehrte Damen und Herren, werden wir die Dringlichkeit nicht geben, denn es gibt großen Diskussionsbedarf, das hat ja eure SPÖ-Sitzung gestern in Wien auch ergeben, da wurden auch Arbeitskreise eingesetzt, weil man offensichtlich draufgekommen ist, dass noch viel zu diskutieren ist. Wir werden gerne darüber reden. Aber jetzt ist nicht der Zeitpunkt für neue Steuern und in Abwandlung eures Titels des Antrages möchte ich den Damen und Herren von der SPÖ sagen, Gerechtigkeit ja, werte Genossen, Gerechtigkeit, aber keine peinliche Scheinheiligkeit. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Klubobmann Hirz.

Abg. Hirz: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt davon, dass wir echte Maßnahmen zur Erhöhung der Steuergerechtigkeit in Österreich brauchen und insbesondere im Zuge der Wirtschaftskrise ist das sichtbar geworden. Und ich sage es gleich vorweg, es gibt keinen einzigen Punkt, dem wir Grüne hier nicht zustimmen würden, der in diesem Antrag drinnen ist. Wir Grüne werden auch heute zwei Resolutionsanträge einbringen, wo die Bundesregierung aufgefordert wird, wirkliche steuerlich gerechte Umverteilung vorzunehmen und eine Einführung einer sogenannten Reichensteuer zu machen. Das heißt also im Endeffekt eine Vermögenssteuer und Steuerprivilegien der Stiftungen entsprechend zu beenden.

Wir haben am Donnerstag allen Fraktionen diese beiden Anträge zur Unterzeichnung übermittelt. Es haben ÖVP und FPÖ gesagt, dass sie nicht unterstützen werden. Das ist sicherlich bedauerlich, obwohl ich dazu sagen muss, dass ich ein bisschen gehofft habe, dass vielleicht doch bei der ÖVP sich ein bisschen Bewegung zeigt, weil ja auch Landeshauptmann Dr. Pühringer gesagt hat, dass er für eine Reichensteuer ist und auch Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl gesagt hat, dass er für eine Besteuerung des Vermögenszuwachses ist. Das heißt, wenn man die zwei zusammenlegt wären wir schon relativ nahe dem Antrag der Grünen gekommen. Aber ich verhehle nicht, dass ich zutiefst enttäuscht bin über die Vorgehensweise der SPÖ und der SPÖ-Landtagsfraktion. Wir haben die erste Rückmeldung am

Montag bekommen und es hat keine Verhandlungen gegeben, inwieweit wir einen gemeinsamen Antrag zusammenbringen, sondern es wurde Montag um halb sieben abends ein völlig neu formulierter Antrag übermittelt. Ein Antrag, wie ich glaube, der fadenscheinig ist deswegen, weil er darüber hinwegtäuschen will, dass der SPÖ wirklich der Wille fehlt, eine weitreichende ernstgemeinte steuerlich gerechte Umverteilung vorzunehmen.

Ich weiß ja nicht, ob allen bekannt ist, welche Forderungen wir haben. Wir möchten eine Vermögenszuwachssteuer und eine sogenannte Reichensteuer. Das heißt, dass also diejenigen, die überproportional über Vermögen verfügen, auch einen entsprechenden Solidarbeitrag leisten. Es soll endlich Schluss sein mit den Steuerprivilegien der Privatstiftungen, wir wollen die Anhebung des Eingangssteuersatzes, wir wollen eine Zwischenbesteuerung und wir wollen auch so etwas wie eine Erbschaftersatzsteuer. Das heißt, dass alle 30 Jahre auch Stiftungen Steuern zahlen, so wie wenn man also erben würde.

Und jetzt schauen wir uns an, was möchte eigentlich die SPÖ in diesem Antrag? Es gibt den Punkt 1, das ist die Einführung der Finanztransaktionssteuer. Das ist nicht wirklich etwas Neues. Wir haben in diesem hohen Haus am 5. März 2009 diese einstimmig beschlossen. Da bin ich auch froh darüber. Und ich sage noch dazu, man wird ja nicht von uns Grünen erwarten, dass wir einen Antrag unterstützen, der erstens einmal mit uns nicht verhandelt worden ist und zweitens weit weniger weitreichend ist als wir Grüne das wollen. Die SPÖ möchte in diesem Antrag die Vermögenszuwächse besteuern. Wir glauben, dass man das Vermögen auch besteuern sollte, dass nicht jene, die bereits Vermögen überdurchschnittlich angehäuft haben ungeschoren davon kommen. Und ich bin auch davon überzeugt, dass in Zeiten der Wirtschaftskrise hier von den Vermögenden auch ein Solidarbeitrag zu einem Bildungs- und Sozialstaat geleistet werden soll. Und da muss ich wirklich sagen, da windet sich die SPÖ, wenn es um Gerechtigkeit geht. Die SPÖ fährt in diesen Umverteilungsfragen einen Slalomkurs, das mir teilweise ganz schwindlich wird. Vor allem kommt das heraus bei den Privatstiftungen. Da seid Ihr für die Eingangersatzsteuer und für die Ausschüttungssteuer aber nicht für die Zwischenbesteuerung und nicht für die Erbschaftersatzsteuer. Das hat offensichtlich damit zu tun, dass das genau die Vorteile sind, die Ihr aus der Stiftung L36 lukriert.

Und in Wirklichkeit muss man sagen, dass durch diese Privatstiftung, die L36 heißt, wo das gesamte Vermögen der SPÖ Oberösterreich drinnen ist, die SPÖ Oberösterreich sich enorme Summen an Steuern gespart hat. Steuern und Geld, das eigentlich dem Staat und auch dem Land Oberösterreich fehlt und das wir eigentlich im Gesamten notwendig haben, damit wir die Wirtschaftskrise bekämpfen können und damit wir auch entsprechend Arbeitsplätze absichern können.

Da geht es auch um Solidarität. Das Motto Gerechtigkeit statt grenzenloser Gier, muss man wirklich sagen, das nimmt euch keiner ab, wenn Ihr auf der einen Seite Wasser predigt und auf der anderen Seite Wein trinkt. Und das ist der Grund, warum wir diesem Antrag auch heute die Dringlichkeit nicht geben werden. Wir werden heute zwei Anträge einlaufen lassen. Wir wollen haben, dass unsere beiden Anträge mit diesem Antrag der SPÖ gemeinsam diskutiert werden. Und das wird dann auch der Tag der Wahrheit. Denn dann werden wir sehen ob Ihr bereit seid auf die Steuerprivilegien eurer Privatstiftung genauso zu verzichten, wie das immer wieder von euch behauptet wird. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Mir gefällt es immer unglaublich, wenn der Klubobmann der Sozialdemokratie sich hier herstellt, Fairness und Gerechtigkeit einmahnt, sagt, das hat mit dem Wahlkampf nichts zu tun, und seine eigenen Parteigenossen in Wien machen genau das Gegenteil, komplett das Gegenteil. Setzen einen Arbeitskreis ein und diskutieren darüber, sollen wir die Erbschaftsteuer wieder einführen, sollen wir die Grundsteuer entsprechend erhöhen, wollen wir eine Vermögenssteuer einführen, wollen wir eine Vermögenszuwachssteuer einführen. (Unverständliche Zwischenrufe) Ich möchte ja jetzt nur ein bisschen aufklärend wirken, seid nicht so nervös.

Wofür wollt Ihr denn das eigentlich machen? Wollt Ihr Gerechtigkeit herstellen oder wollt Ihr euren eigenen budgetären - na sagen wir es höflicher: 10 Milliarden Euro werden wir nach Beschlussfassung dieses Budgets pro Jahr nur für die Zinsen ausgeben. Nach diesem großartigen Budgeterfolg, der dann beschlossen wird, werden wir 250 Milliarden Euro Schulden in der Republik haben. 10 Milliarden Euro werden wir aufwenden müssen, um ausschließlich die Zinsen zu bedienen. Zum Vergleich, das oberösterreichische Budget ist rund viereinhalb Milliarden Euro groß. Das heißt, zweieinhalb Mal soviel zahlen wir nur für die Zinsen des Bundes. Und jetzt kommt die SPÖ und fordert die große Gerechtigkeit ein. Oder will sie doch das Budget sanieren? Denn wenn sie das Budget saniert, dann wird sie die Erbschaftsteuer natürlich anheben, dann wird sie die Grundsteuer natürlich anheben, dann wird sie eine Vermögenssteuer einführen. Und was bedeutet eine Vermögenssteuer etwa für eine Eigentumswohnung im Wert von 160.000 Euro? Nehmen wir den steuerlichen Wert von 128.000 Euro, bei einer einprozentigen Vermögenssteueranhebung bei einer Wohnung, die rein frei finanziert ist, bedeutet das eine monatliche Belastung von 107 Euro bei einer einprozentigen entsprechenden Steuer. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Das sind ja Märchen!") Wieso bist du denn so nervös? Horch doch einmal zu! Aber nein, wenn du Zahlen von jemand anderem hörst, dann sträubt sich die SPÖ, schreit dazwischen und will sie nicht hören. (Unverständliche Zwischenrufe) Dann horch einmal zu, wenn ich dir genau sage was die Vermögenssteuer tatsächlich für eine konkrete Belastung bedeutet, ich habe dir gerade ein Beispiel gebracht für eine Eigentumswohnung. Wieso seid Ihr denn so nervös?

Dann sagt doch, dass Ihr keine Vermögenssteuer wollt! Dann sagt doch, dass Ihr keine Erbschaftsteueranhebung wollt! Dann sagt doch, was Ihr wirklich wollt. Ihr wollt eine entsprechende Budgetsanierung mit Stiftungen machen. Dann frage ich mich, warum hat denn die sozialistische Bundesregierung bitte den Stiftungseingangssteuersatz erst im Jahr 2008 von 5 auf 2,5 Prozent reduziert? Warum spart denn die Sozialdemokratie Oberösterreich selbst mit ihrem Grundstücken und Liegenschaften, mit den Häusern auf der Landstraße und bringt sie in eine Stiftung ein, um eben genau diese Grundsteuer nicht mehr zu bezahlen?

Wir, die wenigsten hier herinnen, hätten das Geld oder das Vermögen selbst eine Stiftung zu errichten. Die Sozialisten tun sich leicht, bringen die eigenen Besitztümer in eine Stiftung ein, reduzieren sogar noch den Stiftungseingangssteuersatz und sagen, jetzt kommen die anderen Häuselbauer dran und jetzt schröpfen wir euch alle, weil irgendwo müssen wir ja das Geld wieder aufbringen, welches wir selbst im Bundesbudget verlieren, wo wir 10 Milliarden Euro Zinsendienst im Jahr zahlen müssen. Ich sage euch, das ist eine vollkommen falsche Politik. Und seid wenigstens so ehrlich und sagt: Natürlich, es ist Wahlkampf und deswegen plakatieren wir ja den Blödsinn, aber in Wahrheit ist es eine reine Schröpfungsfaktion für den Mittelstand. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede und lasse über den Antrag zur Dringlichkeit abstimmen. Wenn Sie dem Antrag zur Beilage 1868/2009 zustimmen, dann bitte ich Sie

um ein Zeichen mit der Hand. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag ist abgelehnt worden. Ich weise diese Beilage dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zu.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 1869/2009. Bei diesem Antrag handelt es sich um ein Spekulationsverbot auf Grundnahrungsmittel, Wasser und Energie. Auch hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Abgeordneten Schenner das Wort.

Abg. **Schenner**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Der Schmäh ist schon so alt, dass er nicht mehr hineingeht, der Schmäh von Schwarz und Blau, die immer den kleinen Häuselbauer vorschieben und angeben ihn zu schützen und in Wirklichkeit wollen sie nur dieses eine Prozent an Reichen und Superreichen schützen, die 37 Prozent aller Vermögen in Österreich haben und diese sponsern. (Beifall. Zwischenruf Abg. Mag. Stelzer: "Meinst du da den Cerberus bei der BAWAG damit oder wer ist denn da gemeint?")

Und das Zweite was man vielleicht sagen kann, wenn man ein bisschen sucht, dann findet man die Stiftung im Internet ohne Problem, da ist nichts geheim. Wenn man wissen will, wem zum Beispiel das Volksblatt gehört, dann findet man nur einen Herrn Mittendorfer oder die Raika, so weit zur Transparenz. (Beifall)

Nun zum Antrag selbst: In diesem Antrag wird eine Studie verlangt, um die grundsätzliche Unterbindung finanzwirtschaftlicher Gewinnspekulationen mit Grundnahrungsmitteln, Wasser und Energie aufzuzeigen. Obwohl die Erde genügend Nahrungsmittel produziert, um alle Menschen zu ernähren stirbt auf unserer Welt alle fünf Sekunden ein Kind an Hunger. Dieser tägliche 17.000fache Hungertod geht zum großen Teil auf das Konto der Finanzspekulationen mit Nahrungsmitteln.

Hedge-Fonds haben sich in letzter Zeit von den Finanzmärkten wegbewegt und sind auf Rohstoffmärkte gegangen. Die zur Spekulation im Rohstoffbereich angelegten Gelder stiegen von 13 Milliarden im Jahr 2003 auf 400 Milliarden Dollar vor dem Einsetzen der Krise, also um das Dreißigfache. Und 60 Prozent dieser Spekulationen fielen auf Energie, 30 Prozent auf Ackerbauerzeugnisse. Und als Folge davon stiegen zum Beispiel die Preise bei Weizen um 250 Prozent in zwei Jahren, bei Soja und Mais um 150 Prozent. Wesen dieser Termingeschäfte ist ja, dass Menschen, die keinen Weizen zum Beispiel brauchen bei Menschen die keinen Weizen haben, einen solchen zu einem Termin in der Zukunft bestellen und am Ende keine Warenlieferungen erfolgen, sondern nur der Gewinn aus dieser Preispekulation ausgetauscht wird. Und das führt natürlich dazu, dass das Mehrfache der Jahresproduktion verkauft und damit der Preis in die Höhe getrieben wird.

Die Caritas hat im August 2008 in einer Aussendung festgestellt: "Ein anderer Grund für den Hunger sind die explodierenden Lebensmittelpreise. Oft sind reine Finanzspekulationen die Ursache solcher preistreibenden Entwicklungen, die für viele Menschen auf der Welt tödlich enden. Hier steht wieder einmal die Gier im Vordergrund und nicht die Verantwortung für alle Menschen auf der Erde". Oder im Mai 2008 berichtete der ORF: "Besonders prekär wirkten sich laut den evangelischen Kirchen die Finanzspekulationen mit Grundnahrungsmitteln aus. Mit der Finanzkrise seien die Spekulationen mit Nahrungsmitteln durch Hedge-Fonds gestiegen. Grundnahrungsmittel sollten jedoch vor solchen Spekulationen geschützt werden. Und grundsätzlich entspräche es einem ethischen Investieren, dass Grundnahrungsmittel erst gar nicht zu Spekulationsobjekten werden".

Leidtragende der Spekulationen sind aber nicht nur Menschen in den armen Ländern. Die exorbitanten Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Energie sind auch den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern noch gut in Erinnerung, besonders jenen mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen. Durch den Kollaps der Wirtschaft ist diese Preistreiberei momentan kurzfristig gestoppt und es hat sich die Behauptung, dass sich der Reichtum auf der Erde für alle vermehre, wenn man den Markt total liberalisiert, wenn alle öffentlichen Sektoren privatisiert sind, wenn alles wirtschaftliche Geschehen ausschließlich der Profitmaximierung unterworfen wird, also die Idee, die fast mit religiösen Eifer verkündet wird, von der Selbstregulierung und Selbstheilung des Marktes, von mehr privat, weniger Staat, als das herausgestellt hat, was sie schon immer war, als falsch und als Maske für die individuelle Gier. Nun bietet sich die Chance diesem Treiben ein Ende zu setzen und rechtliche Schranken zu setzen, damit finanzwirtschaftliche Spekulationen mit Grundnahrungsmitteln, Energie und Wasser verboten werden. Handeln wir rasch! (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mag. Strugl.

Abg. Mag. Strugl: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine kurz Replik zum Kollegen Schenner. Der sogenannte Schmäh mit den Häuselbauern, der ist ja nicht von uns, sondern – (Zwischenruf Abg. Schenner: "Von uns auch nicht!") – von dir persönlich nicht, aber von einem gewissen Herrn Dr. Androsch, der ja nicht im Jahre Schnee, sondern erst vor kurzem gesagt hat, eine erneut eingeführte Vermögenssteuer müsste wiederum die Betriebe, vor allem aber auch die Häuselbauer und Autobesitzer treffen, da sie sonst fiskalisch nicht interessant wäre (Unverständliche Zwischenrufe) und der Herr Androsch ist ja nicht irgend wer, er ist der Berater des Herrn Bundeskanzlers. Also erzählt nicht uns, das ist unsere Erfindung, das habt ihr selber gesagt. Also bitteschön, ein Eigentor habt ihr euch damit geschossen. (Beifall. Zwischenruf Abg. Bauer: "Das hat ja überhaupt nichts mit dem Antrag zu tun.") Als gelernte Österreicher wissen wir, wie wir diese Vorschläge interpretieren müssen, die die SPÖ hier macht, denn wir haben diese Aussagen ja schwarz auf weiß.

Das Zweite Kollege – (Zwischenruf Abt. Dr. Frais: "Zu dem Antrag musst auch noch was sagen.") – ja, ich sage eh zum Antrag auch was, aber ich darf ja replizieren auf den Kollegen Schenner. Das Zweite, es ist wirklich eines der best gehüteten Geheimnisse des Landes, (Zwischenruf Abg. Lindinger: "Dass du Direktor wirst.") dass das – Kollege Affenzeller (Zwischenruf Abg. Affenzeller: "Das war nicht ich.") – ich weiß es eh, du warst das, es ist wirklich eines der best gehüteten Geheimnisse des Landes, dass das Volksblatt der ÖVP gehört. Und ihr habt das jetzt aufgedeckt, ist ja unglaublich und wir wollten das verstecken hinter dem Dr. Mittendorfer, aber ich sage dir eins, lieber Kollege Schenner, kennst du die Vereinbarkeitsbestimmungen für Regierungsmitglieder? (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Wem gehört denn das Volksblatthaus? Ja, wem gehört denn das Volksblatthaus?") Deswegen steht da nicht der Dr. Pühringer, sondern eben jemand anderer. Das Volksblatt gehört zu 100 Prozent der ÖVP, aber es muss dort jemand stehen sozusagen auch als Person und das kann nicht der Landeshauptmann sein. Schaut doch einfach einmal im Gesetz nach, dann kommt ihr relativ schnell drauf, dass diese Aufregung umsonst ist. Wir bekennen uns nämlich dazu, dass das uns gehört und wir haben keinen Grund – (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Der Raikal!" Unverständliche Zwischenrufe) Was, das Volksblatt gehört der Raika, Karl da weißt du mehr als ich, das ist ja unglaublich, aber bitteschön, da muss ich das nachrecherchieren, wann uns das wer weggenommen hat. Was denn für ein Haus? Also das Volksblatt ist kein Haus, das ist eine Zeitung und gehört einem Verlag. (Beifall) Da fehlt es ja an den Grundbegriffen, das ist ja unglaublich und dann kommt ihr mit einem Antrag daher. Also ich würde sagen, tut das, was ihr wirklich wisst, was Sache ist und über das können wir dann diskutieren. (Unver-

ständige Zwischenrufe) Wir haben – ja, das mag deine persönliche Meinung sein, habe ich auch kein Problem damit.

Und wir haben ja nicht eine Stiftung, wo wir reingeschrieben haben, Ziel ist der maximale Ertrag. Und dann sagt ihr, das ist Gier, wie passt denn das alles zusammen? Und das ganze ist versteckt hinter einem Kürzel (Unverständliche Zwischenrufe), das heißt L36. Die SPÖ ist ja total unglaublich, ist ja total unglaublich in dieser Diskussion. Das amüsiert mich ja, das schreckt mich längst nicht mehr. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Aber das ist die große Krisendiskussion.")

Und auch ein paar Worte noch zum Antrag, weil ja der auch sage ich einmal diskussionswürdig ist. Also ich habe im Fernsehen ein Transparent gesehen bei der 1. Mai-Kundgebung der SPÖ, da ist oben gestanden "Klassenkampf statt Kuschelkurs, Vermögenssteuer jetzt", das ist Hickhack, nicht das was wir machen, das wollen wir nicht lieber Karl Frais. (Beifall)

Also geschwind noch ein paar Worte zum Antrag, weil ich glaube, man muss ohnedies noch weiter darüber diskutieren. Eine Spekulation zu unterbinden auf Nahrungsmittel, Wasser und Energie, ja das klingt auf den ersten Blick auch gar nicht schlecht, weil wer will das schon, Spekulation mit diesen Dingen. Nur bleibt die SPÖ wieder einmal die Antwort schuldig, wie geht denn das?

Ja zuerst sagt ihr einmal, dass ihr es nicht wollt, aber ich hätte ein paar Fragen in dem Zusammenhang, wir müssen ohnedies im Ausschuss weiter diskutieren, weil die Zeit zu Ende ist, weil ihr immer soviel dazwischen ruft. Aber deswegen kann ich nur sagen, ganz so einfach, wie sich die SPÖ das vorstellt, wird es nicht sein. Man möge bitte überlegen, welche Instrumente können das sein. Nahrungsmittel werden weltweit gehandelt, machen wir das jetzt als Österreicher, wie werden Spekulationsgewinne unterbunden? Werden dann, die Gewinne – weiß ich nicht – enteignet oder der Spekulationseinsatz enteignet? Ab wann ist eine Preissteigerung spekulativ? Wie funktioniert das eigentlich auch dann mit dem Binnenmarkt? Das sind alles sehr interessante Fragen und im Übrigen ist die Erde keine Scheibe, meine sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ und daher würde ich sagen, ich bin gegen Diskussions- und Denkverbote, schauen wir uns das an; sagt uns, wie ihr euch das vorstellt. Was ist hier vernünftig, was hilft uns weiter? Nur der Antrag sagt nichts darüber, der bleibt vage, das ist ein Allgemeinplatz und was wir überhaupt nicht verstehen, warum der dringlich sein soll. Jetzt sagt die SPÖ sogar im Bund, wir wollen erst 2010 darüber reden und bis dahin haben wir eine Arbeitsgruppe, also bittschön, reden wir im Ausschuss weiter, was denn hier gemeint sein soll und dann werden wir vielleicht gescheitert werden. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja auch mich, auch uns hat dieser Antrag der SPÖ zwar wenig überrascht, aber doch sehr nachdenklich gemacht. Was wollen Sie wirklich? Was verstehen Sie denn unter finanzwirtschaftliche Gewinnsspekulationen? Was fällt unter Grundnahrungsmittel? Eine Neuordnung der nationalen europäischen Finanzmärkte, ja, na no na net, genauso wie wir Spekulationen ablehnen in all diesen Bereichen, wollen wir alle, nur warum haben die Parteien, die seit ewigen Zeiten schon in der Regierung sind, einmal mit mehr und einmal mit weniger Mandataren vertreten, nicht schon etwas gemacht, warum ist denn nicht schon irgendwas gefolgt an Taten, warum sind denn immer nur Worte und warum macht man immer wieder lange Arbeitsgruppen und Studien?

Wir wissen ja eigentlich schon sehr viel darüber und wir hätten ja schon Ansätze dazu. Aber nein, wir tun wieder was diskutieren. Visionen sind okay in der Politik und sind notwendig, damit wir vorankommen, aber Visionen in der Politik brauchen auch mittelfristig Taten und nicht nur leere Worte. Und Visionen gehören auch dazu und da braucht es auch oft den Mut zu haben, ja auch wir als kleines Land können anfangen und den Anstoß geben und nicht so wie es Klubobmann Frais beim Euratom-Vertrag gesagt hat, es ist ja unrealistisch, das können wir nicht erreichen als kleines Land Oberösterreich oder Österreich. Genau deshalb müssen wir es machen, weil es auf den ersten Blick unerreichbar aussieht. Wir wollen ja was bewegen, aber da dürfen wir nicht nur darüber reden, da müssen wir auch was tun.

Und die verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in der Begründung, ja Weltwirtschaftskrise haben wir 1929 eine gehabt, wollen wir sie wirklich mit der vergleichen? Diese derzeitige Wirtschaftskrise, Finanzkrise und Klimakrise, und die drei Krisen gehören zusammen, die kann man nicht voneinander trennen, sind nicht aus heiterem Himmel gekommen, sind nicht von heute auf morgen da gewesen, die haben sich schon lange angekündigt und viele, viele Mahnerinnen und Mahner hat es gegeben, die gesagt haben, so können wir nicht weiter machen wie bisher, es braucht eine Änderung. Wir wissen seit Jahren, dass die Energie und Treibstoffe teurer werden. Warum? Weil sie ausgehen. Wir wissen seit Jahren, dass das vorherrschende System mit immer mehr und immer mehr und billiger in eine wirtschaftliche, aber soziale und vor allem soziale Sackgasse führt. Das wissen wir alle, (Zwischenruf Dr. Frais: "Darum geht man an die Börse, das ist eure Politik gewesen.") wir kennen seit Jahren die von Armut gefährdeten Personengruppen, nämlich dass die nicht qualifizierten Leute an der Armutsgrenze sind. Warum hat man nichts gemacht?

Wir wissen seit Jahren, dass wir unseren Boden, unsere Erde, unsere Ressourcen ausbeuten und damit uns alle gefährden. Und diese Auswirkungen, die müssen wir alle tragen. Was hat die etablierte Politik bis jetzt getan, was haben die gemacht, die in der Regierung gesessen sind? Nichts, vielleicht ein bisserl was, nein nicht einmal ein bisserl was, also mir fällt nichts ein. (Unverständliche Zwischenrufe) Und genau diese Auswirkungen, dass immer nur leere Worte sind und dass immer dann geschrien wird, wann es wirklich eng wird, dann auf einmal kommen sie darauf, mit irgendwelchen no na Anträgen und jetzt müssen wir die Welt retten. Ja, wir wollen das alle, aber bitte tut auch was dazu und tut nicht immer doppelbödig bleiben. Wir wollen eine Änderung haben, eine nachhaltige und dauerhafte Änderung des Wirtschafts- und Finanzsystems, wir wollen nicht schwarz malen und Trübsal blasen und Polemiken verbreiten, weil das hilft den Leuten überhaupt nichts, sondern wir wollen auch zukunftsorientierte, sichere Sachen anbieten und Lösungen anbieten. Und genau darum geht es und wir haben ja einmal schon einen Antrag gestellt 1580/2009 "Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend wettbewerbs-, kartell- und steuerrechtliche Maßnahmen gegen die hohen Preissteigerungen", eine Resolution an den Bund, das hat mich schon ein bisschen verblüfft, was da herausgekommen ist. Wir haben einen Antrag gestellt, dass genau aus diesen Gründen, wir haben damals gesagt eben die Preissteigerung im Lebensmittelbereich, dass wir schauen müssen, was wettbewerbs-, kartell- und steuerrechtliche Maßnahmen gegen diese hohen Preissteigerungen sind, die ja mit ein Grund sind, warum wir voriges Jahr auch mit der Inflation hinaufgefahren sind und so weiter.

Was war die Antwort des BKA, 2008 im Oktober, ich weiß nicht wer da Bundeskanzler war, "die bisher erfolgten Beratungen (der Preiskommission) haben allerdings ergeben, dass eine derartige ungewöhnliche Preisentwicklung im Vergleich zu den internationalen Daten nicht gegeben ist." Das war die Antwort der Bundesregierung, die jetzt dasteht und sagt, bitte wir müssen was machen. Das passt doch nicht zusammen bitte. Tun wir nicht nur reden, tun wir

Taten setzen und tun wir das wirklich ernsthaft betreiben, tun wir wirklich ein nachhaltiges soziales Wirtschaftssystem auf allen Ebenen fordern, fangen wir in Oberösterreich an, Österreich weiter und auf der EU weiter. Denn nur so können wir aus der Finanzkrise, der Wirtschaftskrise und der Klimakrise gleichzeitig rauskommen und wir können den Menschen, den Bürgerinnen und Bürgern helfen. Dazu bitte ich und dazu bitte ich auch im Unterausschuss Kaufkraft, wo wir schon ähnliche Anträge haben, das gemeinsam zu beraten und hier mit Vertreterinnen einfach auch noch einmal schauen, was sind den jetzt die ersten Schritte gewesen? Es ist ja ein neues Bundeswettbewerbsgesetz in Arbeit, es gibt da schon was, erweiterte Kompetenzen werden angedacht. Genau das sollten wir uns anschauen. Gibt es hier Möglichkeiten, damit wir gemeinsam mit der Bundesregierung auch vorankommen und hier wirklich einen sinnvollen Antrag stellen, wo wir dann wirklich auch für die Bürgerinnen und Bürger wirkungsvolle Maßnahmen daraus haben. Danke! (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Abgeordnete Ing. Aspöck.

Abg. Ing. Aspöck: Sehr geschätzte Landtagspräsidentin, meine sehr geehrten Kollegen im Landtag, liebe Besucherinnen und Besucher auf der Galerie! Der dringliche Antrag stellt sich die Frage, warum dringlich? Der Klubobmann oder Kollege Strugl hat schon erwähnt, warum ist er wirklich dringlich. Dringlich ist er nur deswegen, weil jetzt natürlich Wahlgänge anstehen in Oberösterreich, die Europawahl und im Herbst natürlich die Landtagswahl und da wieder mit populistischen Ansagen gepunktet werden will.

Und mir geht es da darum, dass man seriös ein Thema angeht und nicht – und da möchte ich, um bei der agrarischen Diktion zu bleiben, liebe Kollegen der SPÖ – nicht Kraut und Rüben miteinander zu mischen, denn im Bereich der gestiegenen Preise bei Lebensmitteln und den Agrarerzeugnissen, das ist schon recht, dass wir da was dagegen machen müssen, aber wir brauchen nicht dringlich eine Studie, sondern wir brauchen dringlich ein Geld, für zum Beispiel die Landwirtschaft in Oberösterreich. Denn, wenn man nämlich die Situation jetzt vergegenwärtigt, lieber Kollege Frais, (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Dr. Frais) nein, ich möchte nur ein bisschen informieren Herr Kollege Frais, dass die oberösterreichischen Landwirte mittlerweile die Situation vorfinden, dass fast 30 Prozent der Bauern in Oberösterreich eine Aussetzung ihrer Sozialversicherungsbeiträge gefordert haben bei der Versicherung. Dann zeigt das natürlich und ist ein klares Alarmsignal, dass wir als Politiker im oberösterreichischen Landtag für die oberösterreichischen Bauern was tun müssen und nicht hergehen müssen, dass man jetzt sozusagen ein Umverteilungsprogramm erstellt, Steuern für österreichische Bürger für die Rettung der Dritten Welt, das ist nicht der Zugang. Und deswegen sind wir ganz klar seitens des freiheitlichen Landtagsklubs hier für die Diskussion inhaltlich gesehen, aber die Dringlichkeit ist absolut nicht notwendig.

Oder auch zum Beispiel die Diskussion auf der anderen Seite, der Milchpreis, die Bauern streiken, haben vor kurzem in Wien einen riesen Streik geführt, 35 Cent pro Liter Milch hat der Herr Landesrat Stockinger gefordert, da ab dem Zeitpunkt kann man berechtigter Weise einen Streik machen. Ja, jetzt sind wir schon weit drunter (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Da brauchen wir langfristige Verträge.“) und jetzt ist wirklich einmal die Zeit, dass wir nicht nur reden, dass wir was machen für die Landwirtschaft, für den ländlichen Raum in Oberösterreich, und ich bin schon ganz klar bei euch auch, dass wir im Bereich der Finanztransaktion was machen müssen, aber das kann nur europaweit gehen. Da gibt es von unserer Seite, dem BZÖ, eine ganz klare Forderung, EU-weite Transaktionssteuer und das ist nämlich ganz schön ein Aufkommen was da zu Stande kommt, das sind nämlich im Jahr ca. 80 Milliarden Euro und um das kann man natürlich den Mitgliedsbeitrag zur Europäischen Union kürzen. Das ist eine klare Ansage, weil es den Kleinen, den Steuerzahler in Österreich dann nicht

unmittelbar betrifft. Also bleiben wir lieber dabei, machen wir Politik für unsere Oberösterreicherinnen und Oberösterreich, statt dass wir da jetzt eine Umverteilung machen und die Dritte Welt retten wollen. Danke! (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede und lasse über den Antrag zur Dringlichkeit abstimmen. Wenn sie diesem Antrag zur Beilage 1869/2009 "Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend ein Spekulationsverbot auf Grundnahrungsmittel, Wasser und Energie" zustimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden. Ich weise diese Beilage dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Beratung zu.

Wir behandeln die nächste Dringlichkeit, die beantragt ist zur Beilage 1870/2009, bei dieser Beilage handelt es sich um den "Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die Rücknahme des Regierungsbeschlusses über die Streichung von Finanzmitteln für Abgangsgemeinden, welche kostenloses Mittagessen in Kinderbetreuungseinrichtungen anbieten". Auch hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile der Frau Abgeordneten Kraler das Wort.

Abg. Kraler: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt schon heftige Debatten wieder gehabt über die Zuerkennung von Dringlichkeiten. Jetzt gehe ich einmal davon aus, dass wir uns da bei diesem Antrag sicher finden werden und dass es darüber keine Debatte geben wird, ob das dringlich ist, aber zuerst noch ein paar inhaltliche Bemerkungen dazu.

Am 27. April wurde in der Regierungssitzung mit Stimmenmehrheit beschlossen, dass ein Kostenbeitrag für Mittagsverpflegung im Kindergarten und Hort einzuheben ist und dass Gemeinden und Städte, die ein Gratisessen anbieten, dafür keine Landesgelder verwenden dürfen. Und auch eine indirekte Kostenübernahme über die Abgangsdeckung ist laut diesem Beschluss unzulässig. Das bedeutet aus meiner Sicht einen massiven Eingriff in die Autonomie der Gemeinden und ist natürlich abzulehnen. Bisher war es nämlich üblich, dass Gemeinden selbst bestimmen können, wo sie Schwerpunkte setzen und unterstützend eingreifen. Mit einem eindeutig motivierten Mehrheitsbeschluss entzieht man den Kommunen nun diese bisher übliche Gestaltungsfreiheit und Gestaltungsmöglichkeit und daneben werden allerdings andere Maßnahmen von Gemeinden weiterhin widerstandslos weiter geführt. So ist beispielsweise der teilweise Verzicht auf die Kommunalsteuer eine übliche und ständig praktizierte Vorgangsweise. Oder auch im Bereich der Landwirtschaft sind Zuschüsse, wie zum Beispiel für Waldbrandversicherungen oder landwirtschaftliche Zufahrten und Güterwege kein Thema. Und auch niemand stößt sich daran, dass Biomasse-Projekte hoch gefördert werden und Abgänge beim Betrieb gedeckt werden. Verzichtet aber eine Gemeinde auf ein paar Elternbeiträge zum Mittagessen, dann gehen die Wogen hoch, dann wird gedroht und es gibt scharfe Sanktionen, wie den Verlust von Bedarfszuweisungen, Landeszuschüssen, und der Abgangsdeckung. Auch wenn sich das hier herinnen so mancher scheinbar nicht vorstellen kann, es gibt tatsächlich Eltern, die sich das Essen im Kindergarten gar nicht oder kaum leisten können.

Außerdem werden Städte und Gemeinden in zwei Gruppen geteilt, solche, die finanziell noch gut gestellt sind, und solche, denen es finanziell bereits sehr schlecht geht und die Sanktionen fürchten müssen, wenn sie einen vergleichsweise kleinen Beitrag für Familien und Kinder leisten wollen, indem sie eben das Essen gratis zur Verfügung stellen. Darüber hinaus schafft man dadurch auch noch zwei Kategorien von Kindern, solche, die zufällig in finanz-

kräftigen Kommunen leben, und solche, die ihren Wohnsitz in Gemeinden haben, denen es nicht mehr so gut geht. Und es kann doch nicht sein, dass in Oberösterreich der Wohnsitz und die finanzielle Ausstattung der Gemeinde darüber entscheidet, ob jemand in den Genuss eines Angebotes kommt, oder darauf verzichten muss. Das ist ungerecht, das können und wollen wir nicht akzeptieren. Daher wollen wir die Rücknahme dieses Beschlusses vom 27. April. Überdenken Sie daher noch einmal das politisch motivierte Abstimmungsverhalten vom 27. April und stimmen Sie mit uns für unseren Antrag. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hingsamer.

Abg. **Hingsamer:** Geschätzte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, Frau Kollegin Kraler! Ja, in der Frage Dringlichkeit sind wir uns relativ rasch einig, in der Frage der Behandlung des Antrags haben wir vielleicht unterschiedliche Auffassungen und sind uns vielleicht nicht mehr ganz so einig, ich versuche das auch zu sagen und auch zu begründen.

Wenn die SPÖ jetzt den Beschluss von drei Parteien im Landtag, den es ja auch bereits gegeben hat, nicht ganz zur Kenntnis nimmt, dann ist das natürlich legitim, dass man das in einem Antrag immer wieder probiert und das lässt auch die Demokratie zu, und soviel Demokraten sind wir natürlich, dass wir sagen, Okay, stimmen wir halt noch einmal ab, und wenn es sein muss, noch ein paar Mal, das werden wir dann so sehen. Scheinbar soll aber ein demokratisch herbeigeführter Beschluss nicht ganz akzeptiert werden. Auch das ist in der Demokratie zulässig.

Gemeinden, glaube ich, gestalten den Beitrag für das Essen durchaus sehr sozial, das sollte uns schon bewusst sein. Und die Kosten im Bereich der zwei Euro pro Portion, die derzeit verlangt werden, sind eigentlich Kosten, die verträglich sind, die in Wirklichkeit nicht mehr sind, als die man für daheim für diese Ware, für diese Sache auch aufzuwenden hat. Wir sagen ja zu einer hohen Qualität in der Verpflegung, wir bekennen uns auch dazu, dass wir im Bereich Sozialhilfeempfänger, im Bereich sozial Bedürftiger sagen, dort muss es gratis sein, wir können uns aber nicht ganz damit abfinden, dass es generell gratis ist. Armutsbekämpfung, so nach dem Gießkannenprinzip über alles drüber, ist, glaube ich, dann nicht mehr echte Armutsbekämpfung. Armutsbekämpfung kann dort ansetzen, wo ich den sozial Schwächeren wirklich Hilfe anbiete und schaue, dass dann die Mittag dauerhaft da sind. Rechnet ein bisschen durch, was dann ein Gratismittagessen für ganz Oberösterreich auch kostet, ich hoffe, dass ihr diese Rechnung auch angestellt habt. Und es muss eine Fairness auch geben gegenüber den Eltern, die derzeit zu Hause verpflegen. Wenn wir 29, 30 Prozent der Kinder, die in den Kindergarten gehen derzeit, mittags versorgen mit einem Mittagessen, dann ist das weniger als ein Drittel, was tun wir dann mit denen, die aus innerer Überzeugung heraus, oder weil sie es so haben wollen, zu Hause bereit sind, auch zu pflegen. Und wir haben eigentlich einen stark geförderten Tarif, weil wir wirklich Lohnkosten und all diese Dinge beim Mittagessen ja eh nicht verlangen.

Und Frau Kollegin Kraler! Wenn du von der Autonomie der Gemeinden sprichst, dann sollte man nicht verwechseln, dass Autonomie bedeutet, auch Verantwortung für eine Entscheidung tragen. Wenn ich Abgangsgemeinde bin und sage, es wird mir eh vom Land ersetzt, dann ist mir das schon wurscht, natürlich treffe ich diese Entscheidung, dieses Gratismittagessen, aber dann sollte man auch wissen, dass diese Entscheidung, Gratismittagessen zur Verfügung zu stellen, bis zu 15 Millionen Euro im Jahr kostet, wahrscheinlich leicht darüber, und dass der Topf der Bedarfszuweisungen in der Summe auch sehr begrenzt ist. Schaut euch bitte diesen Gesamttopf an, der bei 130 Millionen Euro, 140 Millionen Euro im Jahr ausmacht, wenn wir den mit all diesen Maßnahmen ausleeren, dann ist die Autonomie der

Gemeinden auch weg, weil wir dann für andere wichtige Maßnahmen gar nichts mehr haben an Geld, und die Situation der Abgangsgemeinden gerade im heurigen Jahr wird durchaus auch noch eine dramatische bei vielen, wahrscheinlich über 200, die Zahl müssen wir dann nach dem Rechnungsabschluss tatsächlich feststellen, weil die Zahl derer, denen geholfen werden muss, wirklich wahrscheinlich dramatisch steigt, und darum bekenne ich mich dazu, dass ich sage, im sozialen Bereich, bei sozial Schwächeren helfen, aber nicht bei Allen. Weil viele dabei sind, die es sich auch leisten können, und darum sagen wir, Dringlichkeit ja, bei der Abstimmung werden wir ein etwas anderes Verhalten an den Tag legen, weil wir glauben, es gibt Dinge, die sozial notwendig sind, aber dann setzen wir sie dort an, wo sie wirklich notwendig sind, und fahren nicht mit der Gießkanne drüber. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Moser. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Moser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Vorweg, wir werden diesem Initiativantrag nicht zustimmen. Wir haben uns ja schon bei der Diskussion über das neue Kindergartengesetz positioniert, dass wir meinen, es soll unterschiedliche familienfördernde Maßnahmen geben. Aber wir meinen, dass eine Unterstützung der Familie punktuell passieren soll und nicht Alles für jeden. Wir haben natürlich auch als Freiheitliche, oder ich als Freiheitliche habe auch ein Problem damit, dass ein Mehrheitsbeschluss von drei Fraktionen hier in diesem hohen Haus von den Sozialdemokraten nicht zur Kenntnis genommen wird. Wir leben damit, ja? War unser Pech, dass wir nicht mehr Abgeordnete sind, dass unsere Ideen sehr oft abgelehnt wurden, obwohl sie inhaltlich sehr gut sind, auch wir müssen akzeptieren, dass es Mehrheitsbeschlüsse gibt und wir mit unseren Überlegungen eben nicht durchkommen.

Was mich aber ein bisschen zornig gemacht hat, waren bei diesem Initiativantrag die Begründungen, die hier angeführt werden. Und ich sage jetzt zu den Sozialdemokraten: Wenn in der Begründung unter anderem angeführt wird, dass es eine Vorgangsweise war beim Land, zum Beispiel eben auch Förderungen wie Waldbrandversicherungen, Grünanlagenpflege und landwirtschaftliche Zufahrtswege, Güterwege auch zu fördern, wenn das ein Mispstand in euren Augen ist, warum seid ihr bitte bis jetzt nicht auf der Gegenseite aufgetreten. Ich kann nicht einerseits sagen, ich decke es, und andererseits sage ich, nein, aber hier nicht.

Und zwar, es geht auch weiter um Folgendes. Ich komme zum nächsten Absatz. Ihr schreibt hier, und zwar, politisch motivierte Vorgangsweise, sondern ist auch ein klares Signal gegen die oberösterreichischen Familien und gegen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ich frage mich nur, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten, und ich versuche es nicht so aggressiv zu formulieren: Wo wart ihr bei allen unseren Anträgen, um die Situation der Familien zu verbessern? Wo war eure Unterstützung, als wir einen Antrag eingebracht haben, und ich rede jetzt wirklich von den armutsgefährdeten Familien, dass auch Alleinerzieherinnen mit einem Kind in der Schule eine Unterstützung zum Familienurlaub bekommen? Da hat Landesrat Ackerl gesagt, kein Geld da. Und es sind eine ganze Menge, oder Schulstartgeld, oder bei diversen anderen Anträgen, die teilweise jetzt noch liegen, weil wir sie ein zweites Mal eingebracht haben, wofür es leider bis heute noch keinen Unterausschuss dazu gegeben hat, aber ihr habt uns überstimmt in allen familienpolitischen Maßnahmen. Euch war das nie ein Anliegen. Und ich muss euch eines sagen: Wenn ich die Begründung jetzt mir gut durchlese, dann kommen wir gleich morgen zu euch mit einem Antrag, wo wir sagen, weil es liegen euch ja alle Familien am Herzen, wo wir euch um die Unter-

schrift bitten werden, den Familien, die ihre Kinder zu Hause verköstigen, auch einen Zuschuss zum Essen zu geben.

Wir freuen uns, wenn wir da jetzt Partner bei euch haben, ihr werdet doch bitte nicht nur eine sozial denkende Partei für einen Teil der Familien sein, sondern ich glaube, uns muss jede Familie in Oberösterreich gleich viel wert sein, und gerade, (Beifall) und gerade, weil wir differenzieren, und ich habe da zuerst mit Amüsement die Diskussion über die Stiftungen verfolgt, sage ich jetzt einmal ein bisschen provokant, oder vielleicht auch eher humoristisch zum Abschluss: Von dieser Maßnahme, dass sie nichts für das Essen zahlen müssen, profitieren auch Kinder, deren Väter oder deren Mütter vielleicht auch Stiftungsbesitzer sind. Weil wir haben keine soziale Differenzierung drinnen, sondern wir geben allen was, wir fragen nicht. Sonst seid immer ihr diejenigen, die soziale Staffeln verlangen. Warum diskutieren wir nicht darüber, was die wirklich Armen brauchen? Und wir waren auch gegen den Vorschlag der Grünen, dass nur die Sozialhilfeempfänger eben das kostenlose Mittagessen bekommen, weil das sind 200, 300 Leute maximal, ja, in Oberösterreich, und die Armut, und da brauche ich mir jetzt nur eure Frau vom Bundespräsidenten anhorchen, die zeigt auf, wo die Armut ist, in sehr vielen Familien. Da machen wir aber gemeinsam was für alle Familien, und pulvern wir nicht so viel Geld rein, auch für Familien, die es überhaupt nicht brauchen. Daher, es tut euch weh, dass ihr überstimmt worden seid, ist euer gutes Recht, aber spielt euch bitte nicht als die soziale Familienpartei auf. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächste Rednerin zur Dringlichkeit ist Frau Kollegin Wageneder.

Abg. **Wageneder:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Wir haben im Landtag einstimmig eine große Kindertagesoffensive beschlossen, plus 4000 Plätze, 39 Millionen Euro Investitionen in den Ausbau neuer Gruppen und neuer Häuser, 500 neue Arbeitsplätze um Kinder in 200 neuen Gruppen qualitativ zu betreuen. Nun streiten wir, verlangt die SPÖ, dass der mehrheitlich beschlossene Beschluss zum Gratismittagessen für Kinder von Eltern, die Sozialhilfe empfangen, wieder aufgehoben wird. Und mit der Begründung, mit dem Vorwurf, des politisch motiviertem Mehrheitsbeschlusses, aber ich sehe hier die politischen Motive der SPÖ, die hinter Ihrem Antrag stehen, gehen wohl an den Wünschen und an den Bedürfnissen der Eltern vorbei. Denn in Bad Ischl hat die SPÖ Bad Ischl eine Umfrage gemacht, wollen die Eltern jetzt das Gratismittagessen oder nicht, und was war das Ergebnis? 81 Prozent der Eltern, eben Eltern, die Kindergartenkinder haben, sagen, sie wollen bezahlen für das Mittagessen. Den Eltern ist es viel wichtiger, dass das Mittagessen gesund ist, dass es frisch zubereitet ist, und dass es ein Mittagessen gibt für die Kinder. Und die SPÖ Bad Ischl sagt nun, ja, sie wollen diesen Wünschen der Eltern nachkommen, es soll ein qualitativvolles Essen geben, aber es soll auch etwas kosten. Einen weiteren Vorwurf gibt es noch in diesem Antrag, nämlich den Vorwurf, andere Förderungen der Gemeinden werden auch ohne Widerspruch geduldet. Ich gehe hier nur ein auf die Biomasse-Nahwärmeprojekte, weil das in das Ressort des grünen Landesrats Anschöber fällt. Ja, Gemeinden schließen an Biomasse-Nahwärmeprojekte an, und es gibt auch eine Landesanschlussförderung aus dem Ressort Anschöber. Aber was ist der Unterschied? Hier gibt es nämlich einen einstimmigen Landesregierungsbeschluss, dass wir in Oberösterreich bis 2020 unser Land, die Energie, die verbraucht wird an Strom und an Heizung, ausschließlich durch erneuerbare Energie decken wollen, bzw. dass wir so viel erzeugen, was wir selber brauchen. Und dieser Landesregierungsbeschluss wird auch in den Gemeinden draußen umgesetzt. Und das ist der Unterschied zu Ihren Empfehlungen jetzt an die Gemeinden, dass Sie empfehlen, das Gratismittagessen in den Gemeinden einzuführen, obwohl es mehrheitlich einen anderen Beschluss gibt, und jetzt auch noch diesen Regierungsbeschluss vom 27. April.

Außerdem, Sie werfen hier auch noch vor, dass es zu einer Ungleichbehandlung von Gemeindebürgerinnen kommt in verschiedenen Gemeinden. Aber ich sehe im Bereich der Kinderbetreuung in unseren Gemeinden draußen viel gravierendere Unterschiede und Ungleichbehandlungen unserer Eltern und Kinder. Und das ist ein viel größeres Problem. Es schaut nämlich so aus, dass nur für 7 Prozent unserer Kinder Betreuungseinrichtungen für unter Dreijährige zur Verfügung stehen. Und das ist eine Ungleichbehandlung, denn alle Eltern sollen entsprechende Angebote haben, die wirklich den Bedürfnissen der Familien, den Bedürfnissen der Kinder entsprechen. Und da müssen wir arbeiten, dass allen Kindern diese Betreuungseinrichtungen für unter Dreijährige zur Verfügung stehen. Und ich vermisse dabei die Ausbaukonzepte des Landesrats Ackerl, es gibt ja diese 15a-Vereinbarung, wo wir Geld vom Bund holen können, und bis heute hat Landesrat Ackerl hier noch keine Ausbaukonzepte vorgelegt. Und ich vermisse auch Offensiven und Anreize an die Gemeinden, hier endlich etwas zu tun und das auszubauen.

Ja, es ist wichtig mehr Geld für Familien, und es gibt auch viel mehr Geld für Familien ab Herbst, 50 Millionen Euro nimmt das Land in die Hand, und das Geld muss aber dort eingesetzt werden, wo es für die Familien am besten ist und wo wir die größten Wirkungen für die Familien erreichen. Deshalb sagen wir zwar ja zur Dringlichkeit, aber inhaltlich werden wir uns dann anders verhalten. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es gibt keine weitere Wortmeldung, ich schließe damit diese Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1870/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen wurde.

Von Seiten des Herrn Schriftführers wurde angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 1871/2009 vorschlagen, diese Beilage keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1871/2009 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Einführung eines kostenlosen warmen Mittagessens in Betreuungseinrichtungen. Es benötigt ebenfalls einen Geschäftsbeschluss des Landtags, und ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1871/2009 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Schreiberhuber.

Abg. **Schreiberhuber:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vorweg eine kurze Anmerkung zur Beilage 1869/2009 sei mir gestattet. Dem von uns geforderten Spekulationsverbot auf Grundnahrungsmittel, Wasser und Energie. Die Caritas fordert dieses Spekulationsverbot auf Grundnahrungsmittel, die evangelische Kirche fordert dieses Spekulationsverbot auf Grundnahrungsmittel, wir von der SPÖ wollen dasselbe. Ich denke, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, so falsch und unpräzise, wie ÖVP und Blau wortgewaltig dagegen Amok laufen, kann unsere Weltanschauung doch nicht sein. (Beifall)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Präsidentin! Um auch online und später im Protokoll des Oö. Landtags diesen Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zur Beilage 1871/2009 in seinem gesamten Umfang und in seinem umfassenden sozialen Zusammenhang nachvollziehen zu können, allenfalls auftretenden Missverständnissen durch Interpretationsunterschiede begründet entgegen zu treten, bringe ich jetzt vollinhaltlich den Initiativantrag auf Änderung des Oberösterreichischen Kinderbetreuungsgesetzes, nein, Kollegin Pühringer, nicht das Kinderbetreuungsgesetz nur unse-

ren Initiativantrag zur Kenntnis, wo nach dem Paragraf 27 ein Paragraf 27a eingefügt werden soll.

Absatz 1: Der Rechtsträger einer Kinderbetreuungseinrichtung nach diesem Gesetz hat an den Betreuungstagen ein warmes Mittagessen anzubieten.

Absatz 2: Für die Inanspruchnahme dieses warmen Mittagessens ist kein Kostenbeitrag der Eltern einzuheben.

Absatz 3: Das Land hat für die dadurch entstehenden Kosten einen pauschalen Kostenersatz an die Rechtsträger zu leisten. Die Höhe dieses Kostenersatzes ist von der Landesregierung durch Verordnung unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kosten festzusetzen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich ersuche Sie dringend vor allem von der ÖVP, weil Sie ja gewissermaßen auch Schrittmacherfunktion für die Grünen bieten, Ihr von christlicher Mildtätigkeit geprägtes Sozialverständnis in zwei Richtungen zu überdenken. Zum einen im Zuge der letzten Landtagssitzung hat in den Beratungen zur Novelle zum Kinderbetreuungsgesetz, die zwar beschlossen wurde, den Kindern von Eltern welche Sozialhilfe erhalten das Mittagessen kostenlos zu gewähren, die generelle Regelung eines kostenlosen warmen Mittagessens hat jedoch nicht die Stimmenmehrheit erhalten. Wie sehr dieser Beschluss an den tatsächlichen Gegebenheiten vorbeigeht, lässt sich in wenigen Argumenten darstellen. Das geltende Sozialhilferecht, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, hat schon bisher die Möglichkeit eröffnet auf Antrag eine Beihilfe zum Kindergartenbesuch zu erhalten und die Kosten für das Mittagessen sind im Sozialhilferichtsatz enthalten.

Wie ich bereits bei der letzten Landtagssitzung näher dargelegt habe, erreicht das beitragsfreie Mittagessen für Kinder von Sozialhilfeempfängerinnen nur einen Bruchteil der armutsgefährdeten Personen in Oberösterreich, denn insgesamt gelten zirka 10 Prozent der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher als armutsgefährdet. Das sind rund 144.000 Menschen. Und gerade Familien mit Kindern sind besonders betroffen, was mit rund 4.600 akutarmen Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren umgelegt auf Oberösterreich zu Buche schlägt. Allein daran ist zu erkennen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dass die beschlossene Regelung des Gratismittagessens, welche nur auf Kinder von SozialhilfeempfängerInnen abstellt, völlig unzureichend ist. Und es ist ja eigentlich unfassbar wie sehr Sie von ÖVP-Grün in Wirklichkeit mit ihren Anträgen daneben liegen. (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Da muss sich in der Sozialpolitik etwas ändern!")

Zum Zweiten: Es ist unbestritten, dass es auch aufgrund unterschiedlicher Lebenssituationen, die immer schon unabhängig waren von der jetzigen Krisensituation, von dieser natürlich verstärkt werden, eine große Gruppe von Eltern gibt, die zwar keine Sozialhilfe beziehen, sich aber trotzdem das Mittagessen nicht leisten können.

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen abschließend zur Dringlichkeit. Ich habe mir vor vielen Jahren aus einer Tageszeitung eine Titelzeile herausgeschnitten und auf mein Plastiklineal geklebt. Sie lautet, es ist schon bisschen abgegriffen vom vielen Gebrauch, hat aber noch immer Gültigkeit: Jeder Held hat schon ein Ablaufdatum. Wenn ich heute eine Titelzeile wählen würde, dann würde es jene sein, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Gier muss nicht Neid folgen. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Richtig!") Mit anderen Worten, man muss sich immer mit Intoleranz und dem Problem des Wegschauens beschäftigen im Großen wie im Kleinen. Bedenken Sie das, wenn Sie über den Antrag der Sozialdemokratie so einfach den Stab brechen, dann kaufe ich mir ein zweites Plastiklineal. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächste Rednerin zur Dringlichkeit ist Frau Kollegin Martina Pühringer.

Abg. **Pühringer:** Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Frau Kollegin Schreiberhuber, Sie dürfen sich ein nächstes Lineal kaufen, weil ich gebe diesen Spruch, den Sie zitiert haben, auf Gier muss nicht Neid folgen, an Sie zurück. Wer diese Debatte jetzt schürt, das weiß ich und wissen wir sehr wohl und ganz genau. (Beifall)

Ich darf noch einmal auf Ihre Eingangswortmeldung auch replizieren auf das Spekulationsverbot bei Lebensmittel, wo mein Kollege Landtagsabgeordneter Mag. Strugl gesagt hat, genau das war der Inhalt seiner Rede zu 1869/2009. Wir haben hier nicht herausgelesen, wie das gehen sollte, genau das war hier die Frage an Sie, also das haben Sie hier nicht beantwortet, Sie haben nur darauf repliziert.

Kollegin Kraler, eines darf ich Ihnen mitgeben bei Ihrer Wortmeldung zu 1870/2009 der Beilage, weil Sie gesagt haben, Sie können sich, Sie ist jetzt nicht da, Sie kann sich wahrscheinlich, können wir uns einige, hat Sie gesagt, da herinnen nicht vorstellen, dass es Familien gibt, die das Mittagessen nicht zahlen können. Frau Kollegin Kraler, wir können uns, und ich spreche für unsere ÖVP-Fraktion schon sehr wohl vorstellen, dass es Familien gibt, die, ja, das können wir Herr Kollege, sehr wohl und ich darf auch für alle hier die Lanze brechen in unseren Gemeinden draußen. Das passiert ja schon jahrelang, wo ein Mittagessen angeboten wird und es besuchen ein Drittel aller Kindergartenkinder im Land Oberösterreich den Mittagstisch. Und wo es sich die Kinder bzw. die Eltern nicht leisten können, wird das gemacht von Institutionen, von Gruppierungen und von den Gemeinden. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Solange die Gemeinde den Haushalt ausgleichen kann!") Also das dazu.

Ja sicher, aber jetzt zu unserem und zu meiner Wortmeldung zum Antrag 1871/2009, zum SPÖ-Antrag, Einführung eines kostenlosen warmen Mittagessens in Kinderbetreuungseinrichtungen. Der Beschluss der Novellierung des neuen Kinderbetreuungsgesetzes, den beitragsfreien Kindergarten, das ist ein Meilenstein in der Familienpolitik und das ist das Wesentliche. Und meine Vorrederinnen haben es angesprochen, dass das Demokratieverständnis der SPÖ hier, weiß ich nicht warum, nicht ausreicht, weil wir das in der vorhergehenden Landtagssitzung beschlossen haben. Und jetzt haben wir wieder Anträge, also es wurde ja auch beschlossen, dass der Mittagstisch anzubieten ist und dass es eben für Sozialhilfeempfänger einen Beitrag gibt, also die das Mittagessen ersetzt bekommen und darüber hinaus. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Das ist zu eng!") Danke Herr Klubobmann Frais, Sie sagen das ist zu wenig, es gibt auch Gemeinden, zu eng, es gibt Gemeinden, die auch, wie die Stadtgemeinde Gmunden, diese Grenze auf 1.000 Euro anheben beim Familieneinkommen und hier wird auch geschaut, dass hier, und das obliegt auch den Gemeinden, und da vertraue ich auf unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und alle die hier tätig sind, dass sie hier schauen, dass niemand durch den Rost fällt und dass bedürftige Familien und Kinder dieser Familien das Mittagessen auch finanziert bekommen. Dafür stehe ich. (Zwischenruf Abg. Schreiberhuber: "Gnade vor Recht, Frau Kollegin!")

Eines darf ich noch sagen, und zwar hat es hier schon von meiner Vorrednerin Kollegin Wageneder das Zitat aus den Nachrichten, aus den Oberösterreichischen Nachrichten gegeben, der Befragung der Eltern der Kindergartenkinder in Bad Ischl. Und der Herr Landesrat Ackerl hat gesagt, das stimmt nicht. Also ich berufe mich auch nur auf den heutigen Artikel in den Oberösterreichischen Nachrichten und hier ist eben festzustellen, dass 85 Prozent der Eltern sehr wohl bereit sind das Essen zu bezahlen und ich glaube, dem gebe ich Recht, das wird so stimmen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass hier in unseren Gemeinden Menschen die Verantwortung tragen für die Kinder, für die Zukunft, für die Kinder in unserem Land verantwortungsvoll arbeiten und es wird sichergestellt, dass niemand hier ungerecht behandelt wird, weil wir verantwortungsvolle Menschen in unseren Gemeinden haben.

Und eines darf ich noch sagen, es war auch im Unterausschuss, bei der Novellierung des Kinderbetreuungsgesetzes eine heftige Diskussion um den warmen Mittagstisch, er sei sozialpolitisch, gesundheitspolitisch wichtig. Eine Wortmeldung im Unterausschuss war, die Rede von einem gesellschaftspolitischen Auftrag für ein warmes Mittagessen. Ich sehe einen gesellschaftspolitischen Auftrag an unsere Familien, dass wir auch Zuhause den Auftrag wahrnehmen und Mittagstisch oder Abendtisch, eine gemeinsame Mahlzeit in der Familie zu uns nehmen. So sieht die ÖVP und ich den Auftrag den gesellschaftspolitischen, Familienpolitik wahrzunehmen in den Familien. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile Frau Kollegin Helga Moser das Wort.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Einiges was auch diesen Antrag betrifft habe ich ja schon zuerst angesprochen. Und ich muss leider heute eines machen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie, ich muss euch leider daran erinnern, dass ihr eigentlich den Bundeskanzler stellt (Zwischenruf Abg. Schreiberhuber: "Wir sind im Landtag!") und in der Bundesregierung tätig seid. Und wenn heute ununterbrochen gejammert wird, mit Recht teilweise, sage ich auch dazu, wie arm Familien sind, dann sage ich, warum habt ihr in den letzten Jahren dem Umstand, die Familienarmut zu reduzieren, in keinsten Weise entsprochen. (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Lindinger) Du, ich weiß schon, wann wir in der Regierung waren und ich weiß, wie lang es ihr seid. Kollege Lindinger, du als Bundesrat weißt das auch ganz genau. Wir haben viele Jungfamilien und da wäre zum Beispiel auch eine Möglichkeit, und ich muss eines dazusagen, ich hätte auch kein Problem, wenn eine Bundesregierung sagt, jetzt haben wir mehr finanzielle Mittel und jetzt ändern wir das eine oder andere wieder. Man muss nur überlegen.

Und noch nur eine kurze Replik: Ich habe mich nicht zu Wort gemeldet beim Spekulationsverbot auf Grundnahrungsmittel. Wisst, liebe Kolleginnen und Kollegen, da zu fordern, ich weiß schon, dass es eine Krücke ist, aber trotzdem, Oberösterreich soll eine Studie in Auftrag geben wie verbindliche Instrumente zur grundsätzlichen Unterbindung und so weiter gemacht werden. Wir haben EU-Wahlen. Ich habe groß gelesen, ihr habt ein A-Team. Ich hoffe, das A-Team wird natürlich genau diese Dinge auf europäischer Ebene einfordern, weil es ein europaweites Problem ist. Aber ich glaube, wir sollen nicht so überheblich sein, wir Landtagsabgeordnete und der Landtag mit all dem was uns zusteht, zu sagen, wir können die Weltprobleme ändern, sondern es sollen die Gremien sich damit befassen, ohne dass es mir wurscht ist, aber die sollen ihre Arbeit machen und wir sind ja auch schon die längste Zeit Mitglied in der EU, und da hätte schon längst etwas passieren können.

Jetzt zu dem Antrag, eben die Einführung eines kostenfreien warmen Mittagessens. Ich werde sicher manches jetzt nicht mehr wiederholen was ich zuerst gesagt habe. Wogegen ich mich aber verwahre, ist, bei euren Begründungen immer die Diffamierung der Familien, die Diffamierung der Eltern, der Mütter, die zuhause kochen. Weil ich lese schon wieder in der Begründung "eine ausgewogene und gesunde Ernährung ist eine zentrale Voraussetzung". Ihr sagt, die Kinder kriegen daheim kein gescheites Essen. (Unverständliche Zwischenrufe) Ich meine, woher nehmt ihr diese Überheblichkeit aus ideologischen Gründen? Es geht auch noch weiter, falsche bitte, (Unverständliche Zwischenrufe) da lese ich bitte, falsche und un-

regelmäßige Ernährung. Sind wir uns komplett auch klar, aber eines sage ich euch auch, Essen ist mehr als reine Nahrungsaufnahme, sondern ist ein ganzheitlicher Prozess (Beifall). Und wenn die Rahmenbedingungen nicht funktionieren, ist es mir lieber bitte ein Kind isst in der Familie und hat den Gesprächspartner da, hat die Mutter da, hat den Vater da, als es sitzt mit 25 anderen mit einer Kindergärtnerin, die es betreut und schaut, dass das Essen genommen wird. (Unverständlicher Zwischenruf Landesrätin Dr. Stöger) Nein, net Frau Landesrätin, die Bemerkung, die du gemacht hast, geht komplett an der Situation vorbei. Weil wir Freiheitlichen haben uns zum ersten Punkt, Frau Landesrätin, dass ein warmes Essen zur Verfügung gestellt wird, schon immer bekannt. Also du wirfst mir etwas vor was gar nicht stimmt. Bei der Beschlussfassung vor zwei Jahren haben wir es schon gesagt, weil es natürlich oftmals wesentlich familienfreundlicher ist, wenn die Mutter das Kind abholt und dann gemeinsam die Zeit verbringt, und sie nicht vielleicht erst um zwei oder drei essen, aber das sind genau die individuellen Familiensituationen, die wir unterstützt haben wollen, aber nicht so nach dem Motto, ganz wurscht jetzt worum es geht, wir wollen das jetzt erzwingen.

Wenn wieder jetzt kommt die Armutsdebatte. (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "Helga, mache es kurz, dann sind wir früher zum Essen daheim!") Ihr führt die Armutsdebatte und geniert euch nicht, dass ihr so viel familienpolitische Maßnahmen blockiert. Und jetzt, weil es um das Essen geht, seid ihr die großen Familienretter. Ich habe es euch zuerst gesagt, steht zu eurer Ideologie, jeder von uns steht dazu, aber stellt euch doch bitte jetzt nicht als die Familienpartei her. (Unverständliche Zwischenrufe) Schauen wir einmal zum Beispiel: familienfreundliche Maßnahmen. Was macht eure Bundesregierung, dass die Kinder am Nachmittag in der Schule (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Das haben wir heute diskutiert!") keinen Beitrag zahlen, dass sie dort für das Essen nichts zahlen? Die Bundesregierung tut überhaupt nichts Familienfreundliches. Ich unterstütze euch, schaut, dass wir familienfreundlicher auf Bundes- und auf Landesebene werden und unterstützt unsere familienfreundlichen Anträge. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Maria Wageneder.

Abg. **Wageneder:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, da muss ich heute der Kollegin Moser wirklich Recht geben, es ist tatsächlich eine Zumutung für die Eltern und für die Mütter vor allem wie in diesem Antrag das Gratismittagessen begründet wird. Falsche und unregelmäßige Ernährung, Krankheiten und gesundheitliche Folgeschäden werden hier den Eltern vorgeworfen, muss halt insgesamt der Staat die Ernährung übernehmen. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Das sind Lügen, was sie da behaupten!") Bitte das steht in Ihrem Antrag. (Unverständliche Zwischenrufe) Also den habe ich da. Und mich erinnert das auch wirklich sehr an diese zehn guten Gründe des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Haider, (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Steht das im Antrag drinnen?") natürlich steht das auch im Antrag, wo drinnen steht, (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Das steht im Antrag nicht drinnen!") natürlich steht das auch im Antrag, in der Begründung des Antrages steht, (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Unglaublich!") wo er sagt, allen Müttern ist ein warmes Mittagessen wichtig. Ist eben den Vätern nicht wichtig, frage ich hier? Und die Hälfte der Ehen wird geschieden, Frauen verarmen in der Pension auch als Begründung für ein Gratismittagessen? (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "80 Prozent der Frauen sind berufstätig!") Sollen etwa alle ein Gratismittagessen bekommen auch die Pensionistinnen? Lösen wir damit alle Partnerschaftsprobleme, in dem wir den Kindern Gratismittagessen in einer Kinderbetreuungseinrichtung anbieten? (Unverständliche Zwischenrufe Abg. Dr. Frais) Ich habe mir auch noch die weiteren Begründungen angeschaut. Sie sagen hier durch das Sozialhilfegesetz werden die Kosten übernommen. Ich habe recherchiert im Paragraf 19 im Sozialhilfegesetz im oberösterreichischen steht, soziale

Hilfe umfasst die Übernahme der Kosten für alle Maßnahmen für eine Erziehung so wie Schulung, Berufsausbildung. Jetzt habe ich mich erkundigt, wie wird das in der Praxis gehandhabt? Und da wurde mir gesagt, nein, Kosten für eine Kinderbetreuungseinrichtung für den Besuch, weder für den Besuch noch für das Mittagessen werden bei der Austeilung der Sozialhilfe berücksichtigt, weil wir ja ohnehin in Oberösterreich den Kinderbetreuungsbonus für diese Eltern haben.

Dann habe ich auch bei der Jugendwohlfahrt nachgefragt und da wurde mir mitgeteilt, dass dann die Kosten übernommen werden, wenn durch einen Nichtbesuch einer Betreuungseinrichtung eine Gefährdung des Kindeswohls vorliegen würde. Also nur dann werden über die Jugendwohlfahrt die Kosten für den Besuch der Kinderbetreuungseinrichtungen und für das Mittagessen fallweise übernommen, aber keinesfalls für alle Eltern, die Sozialhilfe empfangen. Und da frage ich mich schon, was ist da jetzt gescheiter. Muss jetzt eine Kindeswohlgefährdung vorliegen, dass das Mittagessen übernommen wird, (Unverständlicher Zwischenruf) oder soll das allen Eltern zur Verfügung stehen, die Sozialhilfe empfangen? Und da sage ich schon, das ist eine wesentlich bessere Anerkennung für Eltern, wesentlich würdevoller den Eltern gegenüber (Unverständlicher Zwischenruf), wenn wir allen das Gratisessen zur Verfügung stellen, die Sozialhilfe empfangen und nicht nur jenen Eltern, wo das Kindeswohl gefährdet wäre.

Deshalb ist das sehr wohl eine große Verbesserung, wenn für alle Eltern, die Sozialhilfe empfangen, das Essen gratis ist und nicht nur für jene, (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "Bittsteller!"), ja Bittsteller dann, wenn eine Kindeswohlgefährdung vorliegt. Die erhalten es nämlich bisher nur. Und deshalb kann ich Ihre Begründung, die Begründung in diesem Antrag keineswegs nachvollziehen und deswegen bleiben wir auch bei der bisher beschlossenen Regelung und deshalb werden wir diesen Antrag zwar dringlich annehmen, aber keinesfalls inhaltlich zustimmen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es gibt keine weitere Wortmeldung und ich schliesse somit diese Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zu dieser Beilage zustimmen, wobei ich darauf aufmerksam mache, dass eine Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen nötig ist, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit der nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit angenommen worden.

Es wurde vom Herrn Schriftführer weiters angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 1872/2009 vorschlagen, diese Beilage keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser genannten Beilage handelt es sich um einen Initiativantrag betreffend die Finanzierung des vom Oö. Landtag beschlossenen Konjunkturpakets für die oberösterreichische Tourismus- und Freizeitwirtschaft. Es ist laut unserer Geschäftsordnung ein Geschäftsbeschluss dafür notwendig. Ich eröffne über diesen Antrag, dass der Beilage 1872/2009 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Kapeller.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Landtagssitzung am 2. April wurde hier einstimmig ein Konjunkturpaket für die oberösterreichische Tourismus- und Freizeitwirtschaft beschlossen und in diesem Konjunkturpaket wurde damals von den Antragstellern festgehalten, dass dieser Antrag sehr, sehr dringlich sei und daher sofort zu behandeln ist. Und ich habe bei der Diskussion am 2. April, wo wir über die Dringlichkeit diskutiert haben, bereits festgehalten, dass dieser Antrag einen Schönheitsfehler hat, nämlich den Schönheitsfehler, dass über die Finanzierung der sechs

angeführten Maßnahmen überhaupt nichts drinnen steht. Für uns war daher klar, und ich habe es bereits am 2. April auch angekündigt, dass wir heute einen entsprechenden Initiativantrag einbringen werden. Einen ebenfalls dringlichen Antrag, welcher nun die vielleicht damals absichtlich vergessene Finanzierung des Konjunkturpaketes für die oberösterreichische Tourismus- und Freizeitwirtschaft zum Inhalt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein Konjunkturpaket dringlich vom Landtag beschlossen wird, so ist es doch auch logisch, dass eine notwendige Finanzierung dazu dringlich beschlossen werden muss. Wir haben bei der Landtagssitzung am 2. April ja sehr intensiv über die geplanten Aktivitäten der Landestourismusorganisation diskutiert, Aktivitäten, die bereits von der Landestourismusorganisation auf Schiene gebracht worden sind, die bereits von den zuständigen Gremien beschlossen worden sind, sind ja dann übernommen worden vom Kollegen Schürer und seinen Freunden und dem Landtag vorgelegt worden, damit hier noch einmal dringlich beschlossen wird, also quasi als Untermauerung dessen, was die Landestourismusorganisation bereits beschlossen hat. Und nachdem von der Finanzierung nichts im Antrag steht, war für uns klar, dass Geld muss ja wo herkommen, es muss ja finanziert werden, und dass dies nur im Rahmen von Umschichtungen und von Auflösungen von Rücklagen in der Landestourismusorganisation finanziert werden kann.

Eine derartige Vorgangsweise würde aber bedeuten, dass andere Marketingmaßnahmen natürlich nicht finanziert werden können. Und daher geht es ja nicht nur um die Aktivitäten, die wir damals beschlossen haben, nämlich um die Ausflugsplattform oder um die "Allianz der Zehn", um Aktivitäten der Landestourismusorganisation zu nennen, sondern es gibt ja eine ganze Reihe weiterer Aktivitäten. Wenn ich zum Beispiel an die Ö3-Aktion denke, wo es um die Verlosung von Gutscheinen für Kurzreisen in Oberösterreich geht, wo es um die Kooperation mit der deutschen Bundesbahn geht, oder wo es um ein EU-Projekt geht, das lautet "Lust auf Natur", welches in der Kooperation mit der Umweltakademie durchgeführt wird, oder um das INTERREG-Projekt mit Tschechien, das immerhin auch eine Laufzeit von zwei Jahren hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für all das sind natürlich Geldmittel notwendig und die Finanzierung muss gesichert werden, und daher frage ich, wird das durch Umschichtung und Auflösung gemacht oder gibt es zusätzliche Mittel? Und nachdem der bereits beschlossene Antrag vom 2. April sechs Maßnahmen anführt und als Konjunkturpaket dargestellt wird für die oberösterreichische Tourismus- und Freizeitwirtschaft, war es für uns natürlich ganz klar, dass ein wirkungsvolles Konjunkturpaket natürlich auch zusätzliche Mittel benötigt.

Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir diesen Dringlichkeitsantrag, der bereits angekündigt worden ist am 2. April, von mir heute eingebracht, weil wir nicht wollen, dass durch diese internen Umschichtungen und Auflösungen von Reserven des oberösterreichischen Tourismusses andere Projekte gefährdet oder auch nicht durchgeführt werden können. Und laut meinen Informationen würden all diese Maßnahmen, die geplant sind, rund 500.000,- Euro kosten, und daher wird es notwendig sein, diese auch dementsprechend zur Verfügung zu stellen.

Ich ersuche Sie daher, unserem Antrag zuzustimmen, sowohl der Dringlichkeit wie dann auch dem Antrag selbst, damit der zuständige Referent für das touristische Konjunkturpaket die notwendigen finanziellen Ressourcen auch tatsächlich zur Verfügung stellen kann. Ich danke Ihnen im Namen des oberösterreichischen Tourismusses. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gabrielle Lackner-Strauss.

Abg. Lackner-Strauss: Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Kapeller hat es schon gesagt, wir haben im letzten Landtag eine intensive Diskussion gehabt bezüglich der Finanzierung des Konjunkturpaketes vom oberösterreichischen Tourismus, aber laut meiner Information, und diese Information haben Sie auch bekommen, Herr Kollege Kapeller, dass der Vorstand vom Oö. Tourismus uns bekannt gegeben hat, dass es keine Finanzierungslücke gibt, auch keine anderen Maßnahmen dabei in Gefahr sind und es wird zur Gänze finanziert und nicht nur zum Teil. Ich glaube, das ist ganz wichtig und wie Sie gesagt haben, durch die Auflösung von Reserven und durch die Umschichtung kann das gesamte Konjunkturpaket von zirka 500.000,-- Euro zur Gänze finanziert werden. Ich glaube, das war genau der Punkt, um den es gegangen ist.

Aber nachdem auch im letzten Landtag der Wunsch geäußert worden ist, dass da eigentlich noch zu wenig diskutiert worden ist, zu wenig ausgiebig und umfangreich diskutiert worden ist, werden wir dieser Dringlichkeit nicht zustimmen. Und ich glaube, es ist das Beste, dass wir es im volkswirtschaftlichen Ausschuss noch einmal besprechen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich wollte ich mich nicht der Frau Kollegin Schwarz vordrängen. Aber wie auch immer, ich glaube, wir sind uns ja relativ einig im Umgang mit diesem dringlichen Antrag. Denn dieser Antrag, denn muss man ein bisserl zerlegen. Ich tu das ja nicht gerne, aber ich habe ja heute schon Fragen an den Herrn Klubobmann Fraiss gestellt, wie denn dieser Antrag zu verstehen ist.

Da beantragt also der Landtag und das per Dringlichkeitsantrag: Der Oö. Landtag möge beschließen, die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, dem Oberösterreichischen Tourismus; also, wir fordern jetzt die Landesregierung auf, das ist etwas ganz Normales, dem Oberösterreichischen Tourismus, wer auch immer das ist. Wolfgang, du? Wir? Wir alle? Der Landestourismusrat? Der Vizepräsident Kapeller? Wer ist der Oberösterreichische Tourismus? Oder ist das Viktor Sigl als Landesrat, zur Erfüllung jener Konjunktur stützenden Maßnahmen, die vom Oö. Landtag, also wiederum eh selbst von uns, beschlossen worden sind, einstimmig beschlossen worden sind, umgehend die finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Also, wir beschließen, dass die Landesregierung jene finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellt, wofür wir eigentlich zuständig sind, weil wir die Budgethoheit haben oder jedenfalls laut Verfassung sollten wir die Budgethoheit haben. Offensichtlich sieht man das nicht überall so, soweit sie nicht durch budgetäre Umschichtungen oder die Auflösung von Reserven bedeckt werden können.

Das heißt, man vermutet, es gibt in der Landesregierung Reserven, die wir nicht kennen, denn erst dann soll die Landesregierung intern umschichten. (Unverständlicher Zwischenruf) Moment einmal, ich lese den Antrag ganz so, wie er dasteht, Kollege Kapeller. Also wir fordern die Landesregierung auf, sofern keine Mittel da sind, umzuschichten. Na hat die Landesregierung jetzt Mittel oder hat sie keine Mittel?

Es geht dann weiter, dass man diese Mittel der Landesregierung dem oberösterreichischen Tourismus zur Verfügung stellen soll. Ja, wenn die Landesregierung keine Mittel hat, dann sollten wir als Landtag beschließen, dass sie Mittel bekommt, wenn sie welche dazu braucht. Aber der Viktor Sigl ist leider jetzt nicht da. Er hat ja nicht gesagt, ihm fehlen Mittel. Wenn er aber glaubt, er braucht zusätzliche Budgetmittel, um die Konjunktur, da sind wir uns ja einig,

für den Tourismus entsprechend zu verstärken, ja dann soll er sich an den Landtag wenden und dann beschließen wir einen Nachtrag und dann geben wir entsprechende Mittel vielleicht frei.

Aber es geht ja dann weiter. Laut Informationen, ich weiß natürlich die Informationen nicht, geht es ihm genau um 500.000,- Euro, die er brauchen würde. Er möge einen Antrag bringen als Regierungsmitglied. Dann wissen wir wenigstens, was er damit tun wird. Und die eben nicht durch interne Umschichtungen und Auflösung von Reserven aufgestellt werden können. Deswegen wendet man sich wieder an die Landesregierung. Die soll genau das tun, was sie nicht kann. So steht es dann am Schluss in der Begründung.

Ich gebe der sozialdemokratischen Fraktion, die in bester Absicht für die Konjunktur im Tourismus diesen Antrag eingebracht hat, einfach die Chance, dass wir diesen Antrag im Rahmen der Ausschusssrunde verbessern können. Dann werden wir wahrscheinlich einen gemeinsamen Weg für den Tourismus finden, damit man die Konjunktur auch wirklich sinnvoll beleben und vielleicht als Landtag die Budgetmittel zur Verfügung stellen kann, die offensichtlich die Landesregierung, die im Tourismusbereich jetzt durch Abwesenheit glänzt, nicht hat.

Also gehen wir doch gemeinsam in den Ausschuss. Kollege Kapeller, ich glaube, du siehst auch den Bedarf, und lehne doch die Dringlichkeit selbst ab, dass du den Antrag noch verbessern kannst. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Klubobmann Steinkellner hat ja den Antrag schon genau vorgestellt und gelesen. Ich denke mir, ich möchte einfach noch ganz kurz zur Information für die Personen, die nicht im Tourismusrat sitzen und für die Zuhörerinnen und Zuhörer, wie denn so ein Budget und wie denn überhaupt das Marketingkonzept zustande kommt im Tourismusrat.

Und da gibt es einfach erstens einmal sehr viele Experten und Expertinnen, Analysen, Umfragen, ein Strategiekonzept, was wir über fünf Jahre beschlossen haben. Wo soll es hingehen, wo haben wir unsere Ressourcen, wo haben wir unsere Kompetenzen? Und da wird dann genau geschaut, wo sind denn Hoffungsmärkte, wo sind denn genau die Märkte, die wir auch bearbeiten wollen, die für unsere Tourismuswirtschaft wichtig sind?

Und da gibt es eine Budgetverteilung, ein Budget, das ungefähr 10,876.400,- Euro beträgt und dieses Budget ist aufgeteilt. Einerseits einmal nach den Themen. Wir haben spezielle Themen wie Gesundheit und Wellness. Dafür entfallen zum Beispiel 15 Prozent des Budgets auf Gesundheit und Wellness. 56 Prozent, ein sehr großer Teil, haben wir Themen übergreifend budgetiert, um zu schauen, wo sind denn genau diese Synergieeffekte. Weiters ist das Budget aufgeteilt nach so genannten Tools. Was macht man in Bewerbung über Internet, über Medien, Flug-Incoming-Werbemittel, usw. Ist alles aufgeteilt dieses gesamte Budget, es wird da auch genau festgelegt. Und hier schauen wir halt, haben wir zum Beispiel Internet, neuen Medien 17 Prozent, Flug-Incoming 4 Prozent, ist nicht unbedingt mein großer Hit dabei, Unternehmenskommunikation vier Prozent. Des Weiteren wird auch das Budget noch aufgeteilt nach Märkten. 57 Prozent, also die Mehrheit, schaut man, wo man sehr viele Bereiche findet, also übergreifend. 21 Prozent des Budgets werden wirklich für Österreichmarketing-Maßnahmen verwendet, 10 Prozent für Österreich Deutschland, im deutschsprachigen Raum und 5 Prozent für Deutschland alleine und für andere Regionen, vor allem wie

Osteuropa-Regionen, Tschechien, ist im Vormarsch. Dass hier in diesen Budgetverteilungen immer so Kuchen sind, verschieben kann, ich glaube, das ist doch in der Verantwortung des Chefs des Tourismusverbandes, des oberösterreichischen Tourismus, Herrn Mag. Pramen-dorfer, der da sehr verantwortungsvoll damit umgeht. Gleichzeitig aber auch sagt, wenn er jetzt Umschichtungen macht, wenn er neue Schwerpunkte setzt und nicht auskommt, dann ist es seine Aufgabe, wie schon vorher angesprochen wurde, zu dem zuständigen Landesrat zu gehen und zu sagen, da geht was nicht. Wie können wir uns im Tourismusrat vielleicht verändern, wo können wir einen Schwerpunkt dadurch hinaus verzögern? Vielleicht gibt es Projekte, die ja noch gar nicht fertig sind, noch gar nicht spruchreif sind. Also hier, denke ich mir, ist es in der Verantwortung jedes guten Geschäftsführers, Geschäftsführerin, hier gut zu handeln und auch ökonomisch sinnvoll zu handeln.

Warum haben wir dann diese Maßnahmen dringlich beschlossen? Sie sind ja alle im Marketingkonzept drinnen, ja, aber ich glaube, ganz wichtig war in Zeiten der Krise nämlich gerade auch für den Tourismus, für die kleinen Tourismusbetriebe, die wir haben in den Regionen. Wir haben nicht immer nur die großen Megabetriebe. Wir haben die kleinen Betriebe, die sich sicher sein müssen, was macht der Landtag, was macht die Landesregierung, wo setzt sie den Schwerpunkt. Und ich glaube, da war es ganz wichtig, auch zu zeigen, ja wir tun das Geld umschichten, genau in diese Zielgruppen, wo Hoffnungsmärkte sind, Angebote, die wirklich auch nachgefragt werden, erschließt man neue Zielgruppen, die man vielleicht in anderen Zeiten vernachlässigt hat.

Und ich glaube, das war das Ziel auch des Konjunkturpaketes, hier Sachen vorzuverlegen. Den kleinen Betrieben, gerade in den Regionen draußen, ob das im Salzkammergut ist, ob das im Mühlviertel ist, die Sicherheit zu geben, ja die Landespolitik steht hinter uns, sie unterstützt uns genau bei diesen Themen, nämlich wo wir wirklich gesagt haben, was ist uns denn wirklich wichtig. Und da war eben diese Angrenzung Deutschland zur Bewerbung mit Kurzreisen. Wir sehen, das hilft, wirkt wirklich schon.

Eine verstärkte Kooperation mit den Verkehrsträgern. Das ist nicht nur anlassbezogen, wie wir es vorher gehabt haben mit der Kulturhauptstadt, sondern wirklich auch nachhaltig zu überlegen, wie können wir noch verbessern. Zum Beispiel wandern mit der ÖBB, gibt es tolle Angebote. Wie können wir die denn noch besser bewerben, wie können wir die noch intensivieren? Oder grenzüberschreitende Projekte. Da braucht es oft nicht einmal das große Geld, da braucht es oft nur die Bereitschaft und den Willen, was gemeinsam zu erarbeiten, was gemeinsam zu bearbeiten mit den Menschen, die dort leben, im Zusammenhang mit der Natur zu schauen, was braucht es dort, was gibt es dort an Ressource, was mache ich kaputt. Da ist nicht die teure Investition, und das ist mein Leib- und Magenthema Mühlviertel, ein Lift allein bringt uns nicht wirklich weiter im Tourismus. Aber ein grenzüberschreitendes Konzept in der Region Rohrbach mit Tschechien, mit Bayern zusammen, mit Wandern, mit Radlfahren, mit Schilanglaufen, bringt uns wesentlich weiter, kostet uns viel weniger und bringt den Menschen in der Region was und auch den Kurzurlaubern.

Und ich glaube, genau um diese Konzepte geht es und das war auch der Anlass, warum das dringend zu machen ist. Alles andere, die Budgetmittel, da haben wir jetzt auch noch Zeit, wo können wir Umschichten und wenn es notwendig ist, werden wir dem Nachtragsbudget natürlich zustimmen, wenn man sagt, okay man kommt mit dem nicht aus, man braucht da mehr Geld dafür. Aber ich glaube, dass wir in der Verantwortung bei dem großen Budget das sicher locker unterbringen, wenn wir gut und gemeinsam auch diese Projekte und diese Ideen verwirklichten Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung und ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1872/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Und stelle fest, dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Ich weise diese Beilage dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zu.

Es wurde weiters angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 1874/2009 vorschlagen, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Es handelt sich dabei um einen Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Jagdgesetz geändert wird. Es benötigt einen Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1874/2009 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Josef Brandmayr.

Abg. Brandmayr: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer! Wir haben die Beilage 1874/2009. Es ist ein Initiativantrag der Landesregierung, wo das Landesjagdgesetz geändert werden sollte. Es handelt sich hier um die so genannte Fallenjagd.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche auch jetzt durchaus auch in meiner Funktion als Landesjägermeister. Die Jagd ist so alt wie der Mensch. Der Jäger brauchte früher das Wild und überhaupt der Mensch brauchte früher das Wild, um Überleben zu können. Heute ist es anders. Heute braucht das Wild und viele Wildarten und –tiere den Menschen und insbesondere den Jäger, um Überleben zu können. Wir haben in den letzten Jahrhunderten und vor allem in den letzten Jahrzehnten auf unserer früheren Naturlandschaft eine Kulturlandschaft gemacht. Und es hat sich vieles verändert und die Aufgaben eines Jägers sind mehr als nur Beutemachen oder Erlegen eines Wildes. Und zur Jagd gehört auch die Bejagung des Raubwildes, des Fuchses, des Marders und dergleichen. Aus mehreren Gründen! Ein Grund ist, um Seuchengefahren vorzubeugen, andere Gründe sind auch, um die Tiere zu schützen, nicht nur die jagdbaren Tiere, sondern auch andere Tiere zu schützen, weil diese keine natürlichen Feinde mehr haben. Und dazu gehört unter anderem auch die Fallenjagd.

Wir in Oberösterreich haben eine Fallenverordnung, die sich sehr gut bewährt hat. Leider sind in letzter Zeit Dinge passiert, die man nicht akzeptieren und nicht für gut heißen kann, auch ich nicht als Landesjägermeister. Aber diese Dinge sind passiert von Personen, die nicht berechtigt waren, das zu tun. Und wir haben eine Fallenverordnung, wo Menschen, Jäger geschult werden, geprüft werden, die Fallen kontrolliert werden und diese aufstellen und dort es keine Probleme gibt. Jetzt ist aber ein Problem aufgetreten. Wie schon gesagt, von jenen, die nicht berechtigt waren. (Unverständlicher Zwischenruf) Die Medien haben das aufgegriffen, die Politik hat das aufgegriffen. Und ich habe bitterböse Briefe, E-Mails und Anrufe bekommen, und ich habe auch hier sofort gehandelt, indem ich die zuständigen jagdlichen Verantwortlichen, die Bezirksjägermeister und den gesamten Landesjagdausschuss zusammengerufen habe, und wir haben darüber beraten. Was ist hier passiert? Hier haben Jäger etwas getan, was sie nicht tun dürfen und damit insgesamt dem Ansehen und dem Ruf der Jagd großen Schaden zugerichtet. Und jetzt sagen die Berechtigten, die berechtigt waren, sich nichts zu Schulden haben kommen lassen, jetzt sind wir, die bestraft werden. Aber im Sinne des Gesamten und im Sinne des guten Rufes der Jagd ist es besser, wenn wir die Jagd mit dem Fangeisen nicht mehr ausüben. In anderen Bundesländern ist es bereits verboten, aber dort gibt es Einzelausnahmen über Anträge durch die Bezirksverwaltungsbehörde ohne Schulung und ohne Kontrolle. Der oberösterreichische Weg wäre und ist besser gewesen. Aber im Interesse des Gesamten, glaube ich, machen wir einen – wenn er auch

manchen weh tut – einen richtigen Schritt in die Zukunft, indem wir das Fangeisen nicht mehr verwenden. Und es hat sich auch in den letzten Jahren eine Entwicklung gezeigt mit der sogenannten Kastenfalle, die sich weiterentwickelt hat, die sich sehr gut bewährt hat, wo nichts passieren kann, wo kein Hund und kein Mensch in so eine Falle geraten kann. Ich bedaure sehr, dass diese Vorfälle passiert sind und das Ärgste ist, wenn dann ein Kind in so eine Falle gerät. Ich ersuche aber auch, dass jene, die widerrechtlich so etwas tun und getan haben, nach dem Gesetz auch ordentlich, so wie es das Gesetz vorsieht, auch abgestraft werden. Aber jene, die es bisher gut gemacht haben, haben eben kein Verständnis oder sehr wenig Verständnis für diesen Schritt.

Aber im Sinne des Gesamten ist diese Maßnahme gut und ein Sprichwort sagt "Das Ganze ist mehr – als die Summe der Teile". Und aus diesem Grund sind wir bereit, diesen Schritt mitzugehen und ich ersuche, dass dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird und im Anschluss dann auch diese Novelle beschlossen wird. Bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Kollege Ewald Lindinger.

Abg. **Lindinger:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Damen und Herren! Wie der Kollege Josef Brandmayr schon erwähnt hat, kommt diese Novelle oder diese Verschärfung durch einen Unglücksfall Anfang April, bei dem sich ein dreizehnjähriges Mädchen verletzte. Ich darf ein wenig ausholen. Es gibt in Oberösterreich 18.000 Personen mit Jagderlaubnis, mit Jagdschein, Jägerinnen und Jäger. Davon haben 1.200 Personen, Jäger die Sondererlaubnis, die Prüfung abgelegt, die Sondererlaubnis dafür erhalten, Fallen zu stellen. Dafür ist notwendig einen Kurs zu besuchen, abzuwickeln mit Einführung, die Falle untersuchen zu lassen oder wenn man die Falle auslegt und ausrichtet, Warnzeichen anzubringen, Meldung an den Grundbesitzer zu erstatten, die Falle auch täglich zu überprüfen und nur an Orten aufstellen, wo Mensch und Nutztier nicht gefährdet sind.

Geschätzte Damen und Herren, ein Jäger, der nicht befugt war, der außerhalb der Zeit der Erlaubnis diese Falle ausgerichtet hat, hat diesen Unfall verursacht und immer wieder führen solche Unfälle zu einem Anlass ein Gesetz zu ändern. Wir nennen das Anlassgesetzgebung, weil halt immer wieder durch viele E-Mails, Anrufe beim Landesjagdverband oder persönlich dann beim Landesjägermeister oder bei anderen Funktionären des Jagdverbandes Druck gemacht wird von Personen und von der Öffentlichkeit. Und ich sehe das schon ein, aber Sozialdemokraten hatten bei der letzten Novelle des Jagdgesetzes schon eingebracht, das Fangeisen eingeschränkt werden soll und sehr, sehr maßvoll damit umgegangen werden soll. Auf diesen Vorschlag ist damals nicht eingegangen worden. Jetzt sind wir veranlasst, ein Anlassgesetz zu schaffen. Und ich zitiere die Schlagzeile des Landespressedienstes vom 6.4., wo der zuständige Landesrat Stockinger noch am 6.4. erklärt: "Die Fallenjagd ist in Oberösterreich streng geregelt." Am 8.4. wahrscheinlich nach sehr vielen Mails und Druck der Öffentlichkeit und ORF-Seite, und wenn man die ansieht und die ganzen Meldungen dazu, kam schon die Meldung auch im Pressedienst in der Landeskorespondenz "Zukunft der Fallenjagd in Oberösterreich wird neu geregelt". Ja, sie sehen geschätzte Damen und Herren, so schnell geht es, wenn etwas passiert. Und ich hoffe doch, dass dies einer der letzten Unfälle war, wo Personen und vielleicht auch Tiere, die nicht gefangen werden dürfen, zu Schaden kommen und dass manche Jäger und Befugte, und es hat ja noch nie ein Befugter solche Übertritte gemacht, dass hier ein Ende gesetzt wird.

Aber, geschätzte Damen und Herren, die Jagd ist ja immer wieder im Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Und sei es anlässlich der Bezirksjägertage in den Bezirken und da hat mir ganz be-

sonders gut gefallen die Diskussion, und der Herr Landesrat Stockinger war anwesend, er weiß das noch, die Diskussion um den Luchs im Bezirk Kirchdorf. Und eigentlich hat es da überhaupt keine Meldungen gegeben, dass die Jäger im Bezirk Kirchdorf den Luchs abschießen wollen oder sonst was, sie wollen den Luchs erhalten, so wie er ist. Zwei Tage darauf kommt von den Grünen eine Presseaussendung, die Jäger im Bezirk Kirchdorf wollen den Luchs erlegen. Ratzeputz ausrotten! Und eine halbe Stunde darauf kommt wieder eine Presseaussendung von den Grünen: "Wir ziehen die Presseaussendung zurück – sie wurde irrtümlich ausgesandt!". Sie sehen, hier gibt es auch immer wieder Einflüsterer, die die Unwahrheit hier zur Kenntnis nehmen und dann wird gleich eine Presseaussendung gemacht. Geschätzte Damen und Herren, aber eines hat diese Novelle noch, das ist noch nicht erwähnt worden. Es ist neu aufgenommen worden, die Kastenfalle für Schwarzwild. Es wird doch nicht mit dem Wahljahr zusammenhängen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächste Rednerin ist Frau Präsidentin Doris Eisenriegler.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne! Ja, das Erste, was mir einfällt, es muss erst was passieren, damit etwas geschieht! Wobei ich aber vorausschicken möchte, wir Grünen sind glücklich, dass es mit dem vorliegenden Entwurf einer Novelle zum oberösterreichischen Jagdgesetz endlich gelungen ist, die mörderische Verwendung von Fangeisen zum sogenannten "Kurzhalten" des Raubwildes zu verbieten. Wir werden daher sowohl der Dringlichkeit als auch in der Sache dem vorliegenden Initiativantrag zustimmen.

Ich möchte auch anerkennen, dass hier der zuständige Landesrat Stockinger und der Herr Landesjägermeister offenbar über ihren Schatten gesprungen sind. Das war sicher nicht einfach, bei der Lobby, die euch im Genick sitzt. Eine gewisse Genugtuung kann ich mir trotzdem nicht verhehlen. Wir Grüne haben seit langem aufgezeigt und ich bin schon seit Jahren in dieser Sache unterwegs, wie gefährlich, unnötig und unzeitgemäß das Jagen mit Fallen ist. Und erst vor zwei Monaten, am 5.3. dieses Jahres, habe ich eine Anfrage an den Herrn Landesrat gestellt bezüglich Unfälle mit Haustieren durch Schlagfallen. Und damals – so kann ich das sicher behaupten – hätte es wahrscheinlich keine Mehrheit hier in diesem hohen Haus gegeben für die Abschaffung der Fallen. Mein damaliges Argument, nicht nur Haustiere, sondern auch potenziell Kinder sind durch die Fallen gefährdet, das sollte bald auf tragische Weise bestätigt werden. Weil nämlich wenige Wochen nach meiner Anfrage geriet ein Mädchen – der Herr Abgeordnete Lindinger hat es schon erwähnt – in eine dieser mörderischen Fangeisen. Und nun war glücklicherweise der Weg frei für ein Fallenverbot. Und heute – so hoffe ich – wird mit den Stimmen aller Landtagsparteien eine Novelle zum Jagdgesetz beschlossen werden, die ein Verbot von Fangeisen vorsieht.

Seit Jahren bin nicht nur ich, sondern auch Tierärzte und –ärztinnen gegen diese barbarische Jagdtechnik Sturm gelaufen. Immer wieder mussten sie verletzte Haustiere versorgen und nur ein Bruchteil dieser Fälle wurde angezeigt. Nach dem neuen Gesetzesentwurf sind nun nur mehr Lebendfallen, die in Hinkunft auch für Schwarzwild eingesetzt werden sollen, erlaubt. Und so sehr wir Grüne das Verbot von Fangeisen, welches wir seit langem fordern, begrüßen, so sehr sind wir skeptisch, was die Lebendfallen betrifft. Denn woher, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollen wir das Vertrauen bekommen, wenn es auch in der Vergangenheit nicht möglich war, diese Fallen ordnungsgemäß zu kontrollieren. Und wenn es auch in der Vergangenheit schwarze Schafe gegeben hat, dann nehme ich auch in Zukunft an, wird es solche geben. Die Lebendfallen sollen in Zukunft auch für das Schwarzwild gestattet werden. Und vorgesehen ist eine Kontrolle der Fallen durch den Jäger mindestens einmal pro Tag. Und das muss man sich vorstellen, ja? Das heißt, also möglicherweise sitzt so ein

Viech in dieser Lebendfalle 24 Stunden, wenn das gerade so passt. Und nachdem das Wildtiere sind, die da nicht unbedingt stillhalten, sondern sich wehren gegen das Eingeperrtsein, dann kann man sich vorstellen, was da passiert. Und das betrachte ich als Tierquälerei, wenn so ein Tier Stunden da drinnen sitzt, bevor es eben seinen Gnadenschuss erhält.

Ich treffe auch immer wieder Jäger, die die Fallen ja generell als unfair und nicht waidmännisch empfinden. So etwas gibt es auch. Und wir appellieren deshalb an die Jäger, Lebendfallen wirklich nur im äußersten Notfall und wirklich nur bei Gefahr im Verzug einzusetzen. Und Fallen, auch wenn es sich nicht um die gefährlichen Fangeisen, sondern um Lebendfallen handelt, sollten nicht die erste Wahl sein bei der Jagdmethode.

Was das Raubwild betrifft, stellen Experte wie beispielsweise Professor Dr. Gerhard Loupal vom Institut für Pathologie und gerichtliche Veterinärmedizin in Wien auch fest, dass weder zur Bekämpfung von Tierseuchen noch zur Regulation von Populationsdichten von Tierarten die Fallenjagd nötig ist. Füchse und Marder haben eine wichtige Funktion im Ökosystem. Sie dezimieren nämlich wirksam Mäuse und Ratten. Und wenn wir mehr für die Luchse tun würden, dann würden auch die Füchse und Marder wie behauptet wird, nicht überhand nehmen. Sie nehmen nämlich so auch nicht überhand. Die Fuchstollwut wurde nicht durch das Aufstellen von Fallen, sondern durch Impfung erfolgreich bekämpft. Und die Anzahl der Individuen einer Spezies hängt sehr stark vom Nahrungsangebot ab. Und dort sollte man ansetzen und nicht am Ende dieser Tiertragödie, die also auch durch die Fallen, auch Lebendfallen erzeugt wird. Ich bin überzeugt davon, eine fachgerechte Hege wird auch den Einsatz von Lebendfallen überflüssig machen. Und das sollte unser Ziel sein. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächster Redner zur Dringlichkeit ist Herr Doktor Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Kollegin Eisenriegler, wir werden natürlich diesem Antrag in der Dringlichkeit oder die Dringlichkeit dieses Antrages, aber auch im Inhaltlichen zustimmen, weil uns ein Blick gegolten hat, ein fragender Blick, wie wir uns verhalten werden. Daher ganz klar am Anfang, wir unterstützen diesen Initiativantrag, weil es schon gesagt wurde und ganz klar ist und uns wirklich allen klar geworden ist, dass das höhere Gut in diesem Interessenskonflikt, der sich da schon über längere Jahre hinweggezogen hat, dass das höhere Gut die Gesundheit der Menschen, vor allem der Kinder ist. Und der Anlassfall war eben ein Kind, das in eine Falle geraten ist. Und so ein Erlebnis wird natürlich ein riesen Schock sein, das dieses Kind, dieses Mädchen nie vergessen wird. Genauso ein Grund und die Erkenntnis, die richtige Erkenntnis daraus ist, dass man sich vorstellen kann, die Schmerzen der Tiere, die in solche Fallen geraten, jener Tiere, Haustiere, aber auch Wildtiere, denen die Falle zum Beispiel gar nicht gegolten hätte.

Es ist aber auch bemerkenswert, dass hier die Jägerschaft – so wie es Kollege Brandmayr eben als Vertreter der Jägerschaft bereits gesagt hat – wirklich auf der Stelle nach diesem Anlassfall eine Entscheidung getroffen hat. Eine Entscheidung, die Rückgrat beweist und die wirklich zeigt, dass es, wenn man sich zur Erkenntnis durchgerungen hat, so kann man das nicht weitermachen, dass man dann die Entscheidung sofort trifft. Auch wenn vielleicht die Gegenargumente nicht ganz verstummt sind oder noch immer vorhanden sind. In diesem Sinne ist es eine klare Sache, dass wir heute die Entscheidung treffen. Und noch einmal – auch wenn es eine Anlassgesetzgebung sehen sollte oder wenn man es als solche bezeichnet - dann bleibt es doch die richtige Entscheidung, dass wir sagen, jetzt ist ein für alle Mal Schluss mit dieser Art von Fangfallen, von Fangeisen, die derartige Probleme hervorrufen können. Ganz egal auch wiederum, ob der Anlass der Fehler eines Jägers war oder ob vielleicht der nächste Anlass dann wirklich ein Fall gewesen wäre, wo keine Schuldhaftigkeit des

Verhaltens dahinterliegt. Es ist, glaube ich, der beste Weg, wenn wir damit wirklich jetzt Schluss machen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Ich schließe diese Wechselrede. Bevor ich abstimmen lasse, möchte ich feststellen, dass dieser Beschluss mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen angenommen werden kann. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 1874/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Antrages fest.

Die Unterzeichner der Beilage 1875/2009 schlagen vor, diese Beilage, es handelt sich dabei um einen Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderpornografie, keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Es ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich, ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Mag. Strugl.

Abg. Mag. Strugl: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei diesem Initiativantrag geht es darum, dass wir vorschlagen, dass es zusätzliche Anstrengungen und Maßnahmen geben soll, um insbesondere kinderpornografische Angebote im Internet zu sperren, darüber hinaus auch das Strafausmaß für die Straftatbestände erhöht wird. Es gibt eine wirklich traurige Entwicklung, auch was die Delikte betrifft, wir hatten im letzten Jahr eine beträchtliche Steigerung bei den Delikten auf fast 900 Fälle. Das ist wirklich eine Größenordnung, die uns zu denken geben muss, weil Delikte im Zusammenhang mit Kinderpornografie keine Kavaliersdelikte sein können, glaube ich, ist es auch notwendig, dass hier entsprechend schärfere und auch wirksamere Maßnahmen ergriffen werden. Ich beginne bei der Frage des Strafausmaßes. Wir haben nach der geltenden Rechtslage Freiheitsstrafen zwischen einem Tag und fünf Jahren, je nachdem ob die Delikte gewerbsmäßig ausgeübt wurden, oder ob es sich nur um den Zugriff handelt oder auch das Angebot. Mit 1. Juni tritt ja auch eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen in Kraft, dass auch der Zugriff strafbar wird, ich denke mir, das ist schon ein Schritt in die richtige Richtung. Wo wir das Problem sehen, sind die Mindeststrafen, wie gesagt, wenn das bei einem Tag beginnt, dann halten wir das auch im Sinne der Generalprävention nicht für ein angemessenes Strafmaß und sollte daher aus unserer Sicht auch verschärft werden. Bei den begleitenden Maßnahmen geht es uns vor allem um technische Maßnahmen, insbesondere um das so genannte Web-Filtering, wo der Zugang zu Web-Seiten blockiert werden kann. Es gibt bereits in Schweden, Dänemark, Holland, Spanien und der Schweiz solche Filter, die hier im Einsatz sind. Es ist in Deutschland jetzt auch eine Debatte über Access-Blocking, wo auf der einen Seite an einer gesetzlichen Grundlage gearbeitet wird in einer Arbeitsgruppe und parallel dazu sich die größten Internetanbieter mit dem Bundeskriminalamt vertraglich verpflichtet haben, diese Adressen zu sperren. Wir könnten uns vorstellen, dass das auch in Österreich passiert, ich weiß, dass die heimischen Internetprovider hier skeptisch sind, weil sie sagen, wir zweifeln daran, ob die technische Effektivität so ist, dass man wirklich zu hundert Prozent auch ausschließen kann, dass dann diese Angebote im Netz sind. Wir sagen, natürlich wird es dann auch so sein, dass man nicht eine hundertprozentige Effektivität in allen Fällen immer haben wird. Ich denke mir, jede Maßnahme und jeder Schritt, der einen Beitrag leistet, um das Angebot zu unterbinden, den sollte man machen, es steht auch bei uns das Bundeskriminalamt dieser Maßnahme positiv gegenüber. Natürlich müssen auch Haftungsfragen noch geklärt werden, etwa wenn es zu unabsichtlichen Sperrungen kommt, aber ich denke mir, ähnlich wie in Deutschland könnte man hier einen Weg finden.

Noch ein paar Worte zum Gewaltschutzpaket. Ich habe es schon gesagt, mit dem 1. Juni treten hier Verschärfungen in Kraft, um beim Opferschutz Verbesserungen zu erzielen und

auch, wie gesagt, bei den Strafbestimmungen Verschärfungen herbeizuführen. Es ist, wie schon erwähnt, der Zugriff auf solche Seiten, der unter Strafe gestellt wird, die Verlängerung der Tilgungsfristen für die Sexualstraftäter bzw. auch diverse Berufs- und Tätigkeitsverbote, mit gerichtlicher Aufsicht nach bedingter Entlassung. Lebenslange Strafen bei Sexualstraftaten mit Todesfolge, der Ausbau der Rechte der Gewaltopfer im Zivilverfahren, die Ausdehnung der Wegweisungsmöglichkeit bei häuslicher Gewalt und den neuen Straftatbestand fortgesetzte Gewaltausübung, also quälen, das dann auch strenger unter Strafe gestellt wird. Sie wissen, dass wir auch in diesem Haus schon über einen Antrag, der von der ÖVP und der FPÖ unterstützt wurde, diskutiert haben. Er ist in einem Unterausschuss, hat sich aber aus meiner Sicht durch die Bundesregelung jetzt weitgehend erledigt. Ich begrüße das auch, ich bin auch froh, dass die Fraktionen im Haus auch diesen Antrag mit unterstützen, weil ich mir denke, das ist wirklich ein wichtiges Thema, es ist, glaube ich, gesellschaftspolitisch wünschenswert, dass wir hier auch dokumentieren, dass wir hier wirklich sehr konsequent gegen diese Delikte vorgehen wollen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächste Rednerin zur Dringlichkeit ist Frau Kollegin Dr. Schmidt.

Abg. Dr. Schmidt: Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren! Wir haben uns ja schon längere Zeit im Landtag mit dieser Thematik beschäftigt, es ist aber so, dass die Hauptkompetenz auf Bundesebene liegt, Strafgesetzgebung ist eben Bundesebene, nun wurden die Bestimmungen, insbesondere auch die Strafbestimmungen mit Juni 2009 ausgeweitet. Begrüßenswert ist besonders, dass der wissentliche Zugriff auf kinderpornografische Darstellungen nun strafbar ist, nicht nur das Speichern und das Verbreiten, sondern nur wenn man anklickt in dem Bewusstsein, jetzt klicke ich so eine Seite an, dass das letztendlich auch unter Strafe gestellt ist. Über die Strafhöhe, da lässt sich immer streiten, je nachdem welchen Punkt man ansieht. Die einen, die besonders den Fokus legen auf den Beginn des Strafrahmens, sagen, natürlich ist es zu wenig, andere, die auf den Endpunkt fokussieren sagen, das ist letztendlich schon genug. Ich glaube, es muss überhaupt im Zusammenhang betrachtet werden mit der gesamten Wertigkeit der Rechtsgüter. Ich glaube, es ist auch schon länger in Diskussion, dass man einmal im Zuge einer Strafgesetzreform unter Umständen überhaupt die Wertigkeit der Rechtsgüter noch einmal anschaut, in ein besonderes Schema bringt und die Rechtsgüter in eine andere Relation stellt.

Auf jeden Fall bin ich dafür, dass eine Bandbreite erhalten bleibt vom Strafrahmen, weil es auch Milderungsgründe und Erschwerungsgründe gibt, ich glaube, das ist schon richtig, dass man diese Bandbreite beibehält, wovon man sich, glaube ich, verabschieden muss, ist absolute Gerechtigkeit, leider. Ich habe auch immer geglaubt, es sollte absolute Gerechtigkeit geben, ich glaube, das werden wir leider nie schaffen. Die Frage ist auch, wenn man von Gerechtigkeit spricht - man fordert immer gerechte Strafen: Was ist mit gerechten Strafen, was kann damit letztendlich erreichen? Auch die gerechteste Strafe kann leider das, was mit dem Tatbestand oder mit dem Verbrechen angerichtet worden ist, nicht mehr gut machen, ganz besonders wenn es eine Straftat war, die gegen Leib und Leben gerichtet ist. Alles, was gegen Vermögen gerichtet ist, kann in Form von Schadenersatz wieder gut gemacht werden, die anderen Verbrechen letztendlich nicht. Daher sollte meines Erachtens Vergeltung bei Strafen nicht im Vordergrund stehen. Wie Kollege Strugl schon gesagt hat, die Frage der Prävention ist besonders zu beleuchten. Wir haben auch im Antrag drinnen, dass Spezial- und Generalprävention im Vordergrund stehen soll. Jede Straftat, die nicht geschieht, wiegt letztendlich wesentlich mehr, als jede noch so gerechte Strafe, weil ungeschehen kann man eine Straftat auch nicht machen, mit noch so großen Strafen. Vom Gedanken der Prävention, halten wir es für wichtig, dass die Zugangssperren gemacht werden, damit das Geschäft der Kinderpornografie auch eingedämmt wird. Wenn Seiten nicht aufgerufen

werden, dann werden sie auch nicht produziert. Das Wort produzieren im Zusammenhang mit Kindern ist ein hässliches Wort, es trifft leider zu, die Kinder werden als Waren versklavt, und das Geschäft der Kinderpornografie geht halt auch nach den Regeln der Marktgesetze. Das heißt, die Nachfrage kurbelt letztendlich die Produktion wieder an, natürlich wäre es wünschenswert, dass keinerlei solche Bedürfnisse da wären, aber so ist es leider nicht. Daher halten wir für ein Mittel, hinten zu halten, dass Kinder Opfer von Kinderpornografie und Gewalt werden, dass diese Seiten gesperrt werden. Das sollte möglichst rasch geschehen, somit halten wir auch diesen Antrag für dringlich. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile Frau Kollegin Helga Moser das Wort.

Abg. Moser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Gleich vorweg möchte ich natürlich festhalten, dass wir diesen Initiativantrag mittragen und unterstützen, auch wenn wir ihn nicht mit unterschrieben haben. Es geht wahrscheinlich auch da ein bisschen um Auffassungsunterschiede, Kordula, (Anm.: Abg. Schmidt, SPÖ) ich habe dir jetzt sehr genau zugehört. Du sagst natürlich, Taten, die begangen worden sind, gerade in dem Bereich, kann man nicht mehr gut machen. Ich glaube aber, dass ein Gutmachen insofern sehr wohl, ohne dass das jetzt so nach Vergeltung ausschaut, ein Signal für die Opfer ist, dass sich die Gesellschaft davon distanziert, weil ich glaube, der "Opferschutz", hat meiner Meinung nach immer noch in Bereichen viel zu wenig Augenmerk in unserer Gesetzgebung. Es geht dann sehr schnell, so aus dem Bauchgefühl heraus in Law- and Order-Gesetzgebung. Wenn man sich vorstellt, wen es da trifft, ja, ich denke, Kinder, Jugendliche, die heranwachsen, die irgendwo einmal verstehen lernen, die Gesellschaft hat sich auf unsere Seite gestellt, da trägt es einfach zu einer Gesundheit, zu einer Verbesserung bei, ohne das zu optimistisch zu sagen. Daher war das für uns der Grund, warum wir nicht unterschrieben haben, wegen der Resolution, das war uns ein bisschen zu wenig straff formuliert, wenn im Text steht, zu dem sollen die Strafausmaße für Straftatbestände im Zusammenhang mit kinderpornografischen Darstellungen überdacht werden. Dr. Strugl, du hast es ausgeführt, so nach dem Motto, es sind nicht alle Delikte gleich, das weiß ich schon. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Ist eh so gemeint!") Mit diesem überdacht, wir wollten es eigentlich haben, dass die verschärft werden. Weil wenn man es sich dann anschaut, es sind erste Schritte passiert, aber ich habe mir jetzt in Zusammenhang mit der Vorbereitung dieses Antrags angeschaut, wir haben 2003 ein Maßnahmenpaket gestartet, damals Kinderschutz. Da waren auch so Dinge drinnen, wie die Vernetzung der Spitäler zum Beispiel bei Missbrauch, das war damals 2003 noch kein Thema, geht nicht, ich weiß aber, dass das dann sehr wohl von Landesrat Ackerl unterstützt, sehr wohl dann gemacht worden ist. Ich glaube, wir müssen uns einfach immer wieder Schritt für Schritt in die richtige Richtung bewegen.

Es ist auch angesprochen worden, jetzt komme ich zum zweiten Punkt, dem Initiativantrag Berufsverbot für Sexualstraftäter. Ich darf dich als Ausschussvorsitzende bitten, diesen Antrag, der natürlich jetzt durch Veränderungen in der Bundesgesetzgebung, sage ich, reden wir darüber, ob er jetzt in vollem Umfang nicht mehr notwendig ist, dass wir den zu einem Abschluss bringen. Denn das war natürlich ein Baustein, wenn ich mir jetzt nur anschau, das ist das, Michael, (Anm.: Abg. Strugl, VP) wo du mich vielleicht verstehst, wenn ich mir jetzt anschau das Tätigkeitsverbot, das jetzt mit 1. Juni beschlossen wird, dann steht da jetzt, ist für eine Dauer von mindestens einem bis höchstens fünf Jahre die Ausübung dieser oder vergleichbarer Tätigkeiten zu untersagen, sofern die Gefahr besteht. Wer definiert die Gefahr, haben wir genug Ressourcen, haben wir genug Sachverständige, haben wir genug Therapiemöglichkeiten? Das sind ja teilweise kranke Menschen, dass ich dann sagen kann, ich gebe einen Zeitablauf vor, von eins bis fünf Jahren, dann ist die Sache für mich erledigt, das sind so Regelungen, wo ich glaube, wo es ein Signal ist, eben von unserer Seite her zu

sagen, das ist etwas, was wir ablehnen. Ich glaube, das mag jetzt sehr pessimistisch klingen, dass wir mit einem Verbot, also mit dem Sperren dieser Seiten, leider die Kinderpornografie nicht ausrotten werden, weil man einfach genug andere Medien hat, das weiterzugeben. Es ist, glaube ich, primär ein Zeichen, dass wir uns davon distanzieren als Gesellschaft, wir hier als Abgeordnete. Vielleicht können wir das eine oder andere Kind vor so einem Schicksal retten, wir stimmen ja mit, das hab ich schon eingangs gesagt, ich habe nur erklärt, warum wir nicht mit unterschrieben haben. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als letzten Redner zur Dringlichkeit erteile ich Herrn Klubobmann Hirz das Wort.

Abg. Hirz: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine Vorredner haben es schon gesagt, dass es im Vergleich 2007 auf 2008 zu einer Steigerung der Anzeigen nach dem Kinderpornografieparagrafen 207a gekommen ist, nämlich um 70 Prozent. Also insgesamt 900 angezeigte Fälle in Österreich, ich glaube, das ist ein alarmierendes Zeichen, wie wohl man natürlich auch sagen muss, dass es zwei Interpretationen gibt. Die eine ist die, dass es Gott sei Dank offensichtlich zu einer Steigerung an Sensibilität gegenüber diesem Thema gekommen ist, denn da war früher an und für sich überhaupt nicht das Bewusstsein da, dass es hier Probleme gibt, andererseits muss man aber auch klar sagen, dass die Verfügbarkeit von kinderpornografischen Darstellungen natürlich im Internet gestiegen ist. Das ist etwas, wo ich glaube, dass wir handeln sollen, wir sind in der Situation, dass wir einem überbordenden und auch unregulierten kinderpornografischen Markt gegenüber stehen. Ich glaube, dass wir von der Politik nicht zusehen dürfen, ich glaube auch, dass wir die Internetanbieter und Internetprovider sehr wohl in die Verantwortung dabei nehmen müssen. Ich glaube auch, dass es entsprechende Rahmenbedingungen braucht, weil ich davon überzeugt bin, dass es notwendig ist, die Möglichkeiten Kinderpornografie überhaupt anzubieten, unterbunden werden muss. Das ist, glaube ich, der Schlüssel, dazu gibt es zwei Möglichkeiten. Das eine ist da, wo wir selbst Einfluss haben, nämlich bei jenen Anbietern, die sich in unserem Land befinden, dass es da entsprechende Übereinkommen gibt, dass solche Seiten von den Servern genommen werden. Sie wissen ja, dass es nicht nur die betrifft, die da sind, sondern dass die Server rund um die Welt stehen, dass es ein globales Problem ist, dass man da dann entsprechend in die Richtung geht, dass man einwirkt, dass der Zugang zu solchen Seiten entsprechend erschwert bzw. meiner Meinung nach sogar gesperrt werden sollte.

Aktuell ist es so, dass die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, glaube ich, auf dem richtigen Weg ist, es soll ja bis zur Bundestagswahl im Herbst einen gesetzlichen Entwurf geben, es wird sehr massiv darüber diskutiert, das Mediengesetz zu ändern, dass der Zugang zu solchen Seiten überhaupt gesperrt wird bzw. gibt es dort auch schon einen Vertrag mit fünf großen Internet Providern, acht sind es insgesamt in Deutschland, dass sie freiwillig darauf verzichten und dass sie zeitnah diese Seiten mit kinderpornografischem Inhalt sperren.

Ich glaube, dass das eine ganz wichtige Maßnahme ist im Bereich der Prävention, dass das auch ein ganz deutliches Zeichen ist, dass es eine gesellschaftliche Ächtung in diesem Bereich gibt. Und wir müssen natürlich auch ganz klar sagen, dass hinter diesen Seiten auch ein kommerzieller Markt steht und dahinter auch das organisierte Verbrechen. Muss man auch dazu sagen. In dem Moment, wo wir es zusammenbringen, dass man in dem Bereich das sperrt, wird natürlich dieser Markt weniger interessant. Das ist meiner Meinung nach die beste Methode für den Opferschutz. Und um die geht es mir am meisten.

Ich glaube dass es wichtig ist, dass wir in Österreich einen ähnlichen Weg beschreiten wie die Bundesrepublik, dass auch wir in die Richtung der Selbstverpflichtung der Internetprovider gehen, dass auch wir darüber nachdenken, die medienrechtlichen Schritte zu unternehmen. Ich bin auch sehr froh, dass sich die EU damit beschäftigt. Es wird an einem EU-weiten Konzept gearbeitet, dass solche Seiten gesperrt werden. Ich glaube, je größer die Bereiche sind, desto besser. Ich glaube auch, dass es ein wichtiger Schritt war, dass im Parlament jetzt vor kurzem das Gewaltschutzpaket beschlossen worden ist, dass der bewusste Konsum jetzt auch ein strafbarer Tatbestand ist und nicht nur das Speichern und Weitervermitteln. Ich glaube auch, dass das die Position der Ermittler entsprechend stärkt gegenüber den Kinderpornokonsumenten. Alles in allem glaube ich, dass wir eine entsprechende Verantwortung tragen. Es ist wichtig, dass wir auf der Seite der Opfer stehen und dass wir sexuelle Gewalt an Kindern entsprechend verurteilen und auch verhindern. Und deswegen unterstützen wir auch die Dringlichkeit und werden wir natürlich auch diesem Antrag zustimmen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe die Wechselrede und ich lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1875/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Antrages fest.

Für die Beilage 1876/2009 wurde vom Herrn Schriftführer ebenfalls angekündigt, dass die Unterzeichner vorschlagen, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um einen Initiativantrag betreffend ein atomkraftfreies Europa, für den ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich ist. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1876/2009 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Als Erste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Liebe Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht zum ersten Mal behandeln wir in diesem hohen Landtag Euratom, das Thema Atomstrom, Atomenergie. Euratom, die Europäische Atomgemeinschaft, fördert seit 50 Jahren die Atomindustrie mit Milliardenkrediten. Und Österreich zahlt trotz einem Nein zu Atomstrom und Atomenergie Millionen Euro pro Jahr dazu. 40 bis 50 Millionen Euro zahlen wir in diese Arbeitsgemeinschaft Euratom ein. Das EU-Parlament, das von den EU-Bürgern gewählte Parlament, hat keine Mitentscheidung bei der Vergabe dieser Mittel. Und eine umfassende Revision dieses Vertrages wird seit Jahren verweigert und hintangehalten. Daher haben wir dankenswerter Weise schon im November 2007 einen einstimmigen Antrag zum Ausstieg aus Euratom hier im Landtag verabschiedet. Nach genauer Rücksprache ob das möglich ist, ja, es ist möglich aus dem Euratomvertrag auszusteigen ohne aus der EU auszutreten, was ich noch einmal festhalten möchte. Und auch im Antrag zu dieser dringlichen Vorlage ist das noch einmal beschrieben.

Die Antwort des Bundeskanzleramtes im Jänner 2008 war eigentlich eine ablehnende. Sie wollen nicht austreten, sondern das Bundeskanzleramt glaubt, dass aus politischer Sicht oder aus Sicht des Bundeskanzlers Gusenbauer zu bedenken ist, dass Österreich mit dem Ausstieg aus dem Euratomvertrag jedenfalls eine Mitsprachemöglichkeit auf EU-Ebene bei diesem für unser Land so sensiblen Thema de facto verlustig gehen würde. Wo bitte haben wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten jemals bei Euratom mitgesprochen? Die wissen nicht, wie die Gelder verteilt werden, die wissen nicht, wird das nur in Sicherheitsinvestitionen gegeben oder werden auch neue Kraftwerke gebaut. Und da wollen wir zuschauen und

sagen, Nein, wir zahlen trotzdem weiter ein, weil wir ja einer Mitsprache verlustig werden könnten. Einer Mitsprache, die wir nicht hatten.

Genau aus diesem Grund sind wir von den Grünen der Auffassung, wir müssen nächste Schritte setzen. Und zwar jetzt ganz dringlich. Gerade im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise. Es darf kein Euro mehr zur Atomindustrie fließen. Atomkraft, Atomenergie rettet weder unser Klima noch schafft es irgendwelche Arbeitsplätze, die zukunftsfähig sind. Nein, wir brauchen jeden Euro für unsere anderen Konjunkturpakete und wir brauchen jeden Euro für erneuerbare Energien auf Österreichebene, aber auch auf EU-Ebene. Daher war der nächste Schritt notwendig und wir haben einen Resolutionstext verfasst, der auch von der ÖVP mitgetragen wird mit einem sofortigen Stopp der Zahlungen. Wir dürfen jetzt nichts mehr hingeben. Weil wenn wir immer etwas hinzahlen, dann sagen die, die tun eh so weiter die Österreicher. Lassen wir es so, wie es ist. Nein, wir zahlen jetzt nichts mehr hin, weil wir dieses Geld hier in Österreich brauchen. Wir brauchen dieses Geld, wenn wir es schon in die EU geben, für erneuerbare Energien. Erneuerbare Energien, die Arbeitsplätze schaffen, erneuerbare Energien, die das Klima schützen und die für uns genau zukunftsfähige Entwicklung der Wirtschaft und auch der Umwelt bringt. (Beifall)

Wir brauchen, und das ist der zweite Punkt, europaweit Sicherheitsstandards für die AKWs, die wir noch haben. Es haben viele Länder Ausstiegsszenarien. Wir müssen jetzt noch die Sicherheitsstandards erfüllen. Wir müssen die Bevölkerung, die betroffen ist, wirklich schützen. Wir sehen es in Temelin, wie viele Störfälle es hat, wie viele Störfälle es gibt. Wenn hier das Geld für Sicherheit bzw. wirklich für die Ausstiegsriterien bzw. für den Ausstieg oder den Abbau der AKWs benutzt wird, dann verstehe ich das ja noch, aber nicht um neue AKWs zu bauen. Hier darf kein Euro mehr hinkommen. Deshalb brauchen wir auch diese Europäische Atomgemeinschaft nicht mehr.

Wir brauchen diese Europäische Atomgemeinschaft nicht mehr, wenn wir ein starkes EU-Parlament haben, ein starkes EU-Parlament, das eine gemeinsame Energiepolitik für Europa heruntergebrochen auf die Länder wieder umsetzen kann. Das ist das Ziel, hier wirklich in die erneuerbaren Energien zu investieren. Eine Gemeinschaft zu gründen für erneuerbare Energien als Motor für den Umstieg in zukunftsfähige und nachhaltige Energien. Genau das ist das Ziel. Das ist keine Vision. Das ist möglich. Das ist machbar. Machen wir es jetzt, und reden wir nicht davon. Stimmen wir dieser Dringlichkeit zu. Und bitte reden sie bei allen ihren Bundesparteien genauso dringlich weiter. Hier brauchen wir das Einverständnis, dass hier endlich wirklich Nägel mit Köpfen gemacht werden und nicht in Sonntagsreden die Atomfreiheit Österreichs gelobt wird. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Maria Jachs.

Abg. **Jachs:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich kann nur die Worte meiner Vorrednerin unterstreichen und bekräftigen, denn ich sehe auch jetzt gerade, genau jetzt einen dringenden Handlungsbedarf hier gemeinsam diese Bundesresolution zu unterschreiben und zu beschließen und nach Wien zu schicken. Es gibt in mehreren Staaten in Europa eine Renaissance der Atomenergie, und das aus verschiedenen Argumenten. Es wird hier verschieden argumentiert. Es wird aufgezählt, dass die Atomenergie das einzige Mittel gegen den Klimawandel ist, dass die Atomenergie der Jobmotor hier in dieser Wirtschaftskrise, in Zeiten der Wirtschaftskrise, ist, was aber nicht stimmt. Genau das Gegenteil ist hier der Fall. Wir brauchen alternative Energien, die die Folgen des Klimawandels abschwächen und wir brauchen alternative Energien, die neue Arbeitsplätze schaffen bzw. absichern. Und darum kann ich hier nur noch einmal deutlich sagen, es muss ein Gebot

der Stunde sein, dass wir den sofortigen Stopp der Zahlungen an die EU-Atomindustrie fordern. Denn wir wissen, Atomenergie wäre nicht wettbewerbsfähig, würde es diese Förderung in dieser Höhe nicht geben.

Außerdem brauchen wir unbedingt eine Festlegung verbindlicher Sicherheitsstandards. Und wir brauchen unbedingt auch die Auflösung von Euratom. Denn es ist möglich, wie schon angesprochen, aus dem Euratomvertrag auszusteigen, ohne die EU-Mitgliedschaft in Frage zu stellen. Wir brauchen unbedingt auch eine Gründung einer europäischen Gemeinschaft für erneuerbare Energie. Ich sehe es positiv, dass hier bereits eine internationale Agentur für erneuerbare Energie gegründet worden ist. Ich glaube, das ist ein erster Schritt, aber ein ganz ganz wichtiger Schritt.

Und wir brauchen, das möchte ich auch noch einmal unterstreichen, unbedingt Verbündete. Verbündete im eigenen Land, aber Verbündete auch auf EU-Ebene. Und da müssen weitere Schritte gesetzt werden. Ich sehe es als positiv, dass es auch aus anderen Ländern den Beschluss dieser Resolution gibt. In anderen Landtagen wurde eine Resolution für den Austritt aus dem Euratom beschlossen. So zum Beispiel Vorarlberg und Niederösterreich. Aber ich sehe auch, dass die Bundesregierung in ihrem Regierungsprogramm fordert, dass hinsichtlich Euratom der Förderzweck eliminiert werden soll, was de facto auch heißt, dass das zugleich einer Auflösung entspricht. Ich sehe es auch gerade deshalb so wichtig, weil hier doch dementsprechend hohe Mittel in den Euratomvertrag von österreichischer Seite her fließen. Es sind rund 50 Millionen Euro jährlich, die Österreich in den Euratomvertrag bezahlt. Und das sind alles Argumente, die diesen Austritt nur bekräftigen.

Eines zum Schluss: Wenn auch die Schritte mühsam sind und der Erfolg oftmals nicht allzu groß, glaube ich, müssen wir weiterhin unsere ganze Energie und ganze Kraft dafür einsetzen, dass die Mittel nicht für die Atomenergie verwendet werden, sondern vor allem für die alternativen Energien. Das wünsche ich mir für die weitere Zukunft. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Dr. Frais.

Abg. Dr. Frais: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben ja heute einiges an Belehrungen gehört, was wir wagen in Anträge hineinzuschreiben, wo nicht gleich die Gebrauchsanweisung dabei und alles im Detail geklärt ist. Es war bisher ein besonderes Merkmal des Oberösterreichischen Landtags, in der Antiatomfrage Geschlossenheit zu zeigen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden deshalb diesem Antrag heute zur Dringlichkeit kein Ja geben, weil wir uns im Grunde auch an europäisches Vertragsrecht und Ähnliches halten wollen. Ich bin schon sehr verwundert, dass hier wie bei einem Bienenverein oder sonst irgendwo man einfach so tut, dass man einfach einen Betrag nicht hinbezahlt. Faktum ist, Kollegin Schwarz, dass nicht zu Euratom Gelder hinge-zahlt werden, sondern Österreich als Nettozahler nach Brüssel Geld überweist und dort nach einem gesonderten Schlüssel besondere Aufteilungen vorgenommen werden.

Österreich ist halt nun einmal der EU beigetreten, und wir leben in einem Gemeinschaftsvertrag. Und da kann man nicht einfach eine Bundesregierung jetzt auffordern, etwas nicht zu bezahlen. Also wer der Meinung ist, ist im Grunde vertragsbrüchig. Bei all meiner Ablehnung von Atom, aber so geht es nicht. Wir waren immer gemeinsam einer Meinung, den Ausstieg aus Euratom zu betreiben. Den Ausstieg aus Euratom gilt es zu prüfen, welche Möglichkeiten, der zweite Vertragspartner muss letztendlich ja zustimmen. Tatsache ist aber auf der anderen Seite, und das halte ich für eine Illusion und das erinnert mich im Wesentlichen an eine Asterix-Story, dass der Oberösterreichische Landtag hergeht und jetzt erklärt, die Öster-

reichische Bundesregierung hat im Grunde Euratom, damit ich es ganz richtig sage, aufzulösen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehen wir nicht, was Merkel in der Bundesrepublik und Sarkozy in Frankreich, Gordon Brown in England und Berlusconi in Italien für eine Politik verfolgen und und und? Dieselben Fraktionen, die jetzt da herinnen das verlangen, treten ein mit Vehemenz für den Lissabon-Vertrag. Und genau dort steht es drinnen, Frau Kollegin Schwarz, dass im Grunde die Energiefragen national zu klären sind. Und das bitte ist halt ein nationales Ergebnis im Rahmen der EU. Ich halte nichts davon. Ich lade wirklich ein, stellt den Antrag heute mehr oder weniger durch eine Nichtdringlichkeit zurück. Ich bin gerne bereit an einer sinnvollen Vorgangsweise mitzuwirken. Wir werden uns aber nicht dazu hergeben, jetzt im Grunde die Bundesrepublik für die Auflösung von Euratom einzuladen, weil es im Randbereich des Lächerlichen oder des lächerlich Machens ist. Ich sage eines dazu, und das habe ich auch im August schon öffentlich gefordert, dass es darum geht, allenfalls eine andere Plattform einer neuen Gemeinschaft für Ökoenergie zu schaffen, damit österreichisches Geld dort hin überwiesen werden kann. Und es gilt Partnerschaften zu schaffen, wo man erreichen kann, dass andere Nicht-EU-Länder letztendlich auch dort ihr Geld hin bezahlen.

Aber bei jenen, die schon 50 Jahre dort sind, da gilt es Überzeugungsarbeit zu leisten. Ich kann mir vorstellen, dass die im Wesentlichen auch ähnliche Probleme haben, dass die Bevölkerung darauf einsteigen wird, und dass es nach einem langen, bestimmt mühseligen und nicht so locker mit einem Antrag geschriebenen Prozess möglich ist, Euratom vielleicht in zehn Jahren oder in fünfzehn Jahren unter Umständen wegzubringen und wirklich durch eine neue Gemeinschaft zu ersetzen. Aber dazu bedarf es eines klaren Antrages, einer klaren Strategie, und ich biete das wirklich an, überlegen wir uns das im Ausschuss, um im Ausschuss einen ordentlichen Antrag zu machen, der auch an die Bundesregierung als ein wirklich gemeinsames Ziel des Oberösterreichischen Landtags erkennbar ist. Aber hinein zu schreiben, dass wir im Grunde Euratom auflösen wollen und das von der Bundesregierung verlangen, kann wohl so nicht ernst gemeint sein.

Der zweite Bereich, der sofortige Stopp von Zahlungen, ist ein Aufruf zur Nichteinhaltung von Verträgen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die ÖVP das gründlich gelesen hat, denn sonst würde sie ja eigentlich ihre Merkmale als EU-Partei, wie sie sich ja gerne auch gibt, im Grunde aufgeben.

Ich weiß nicht, was man mit diesem Antrag sonst machen sollte. Ich kann nur einladen, versuchen wir etwas Gemeinsames, wie wir es bisher gemacht haben, nicht überfallsartig gegen alle Reglements, gegen alle Vertragsmöglichkeiten, wo uns eigentlich niemand ernst nimmt. Wir wollen gemeinsam, und ich appelliere an sie, gemeinsam einen Weg wiederum einschlagen mit guten Vorschlägen, mit gemeinsamer Überzeugungskraft. Letztendlich einen Weg, der vom Ziel her gemeinsam ist, aber ein Ziel kann man nur erreichen, wenn man ihn auch mit Vernunft beschreitet. Und nicht mit Vertragsbruch, mit Vertragsnichteinhaltung und vor allem nicht mit Auflagen, die ja auch der Republik Österreich so nicht möglich sind. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Brunmair.

Abg. Dr. Brunmair: Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss Karl Fraiss hier insofern Recht geben, wenn ich sage, es ist wirklich schade und bedauerlich, dass die sehr lange schon dauernde Geschlossenheit Oberösterreichs bei der Antiatompolitik durch diesen

Antrag zweier Parteien, in einem halben Alleingang, kann man sagen, des Landtags, durchbrochen wurde. Es ist auch bedauerlich und höchst interessant, dass es gerade von jenen Parteien sozusagen ein Alleingang ist, an die eigenen Verantwortlichen zu appellieren, dass hier sozusagen etwas, was schon eingeschlafen schien, jetzt wieder erweckt werden muss, nämlich eine Antiatompolitik mit Rückgrat, Mut und Ausdauer. Denn es ist schon zu erwähnen, dass auf Bundesebene fast ein Jahrzehnt lang ein gewisser Minister Pröll verantwortlich war für dieses Thema. Ich erinnere mich dabei hier in einem Lokal in der Nähe des Landhauses, an ein Schreiduell damals zwischen den NGOs, mit denen wir uns damals noch mit Bundesministerin Haubner zusammengesetzt haben und über die Problematik gesprochen haben, und weil dort zufällig der damalige Bundesminister Pröll erschienen ist, was dann doch zu einer sehr heftigen Auseinandersetzung geführt hat, wobei das Resümee war, na ja, wir werden offensichtlich von den Herrschaften da unten in Wien nicht ernst genommen und Jahr für Jahr hingehalten.

Ebenso muss man erwähnen, dass auf Landesebene halt der grüne Landesrat Rudi Anschöber hier der sein müsste oder hätte sein müssen, der halt entsprechend immer wieder für entsprechenden Druck und Vollgas sorgt auf Bundesebene, dass unsere Interessen gewahrt werden. (Zwischenruf Abg. Hirz: "Hat er auch getan!") Es ist aber trotzdem aus unserer Sicht so, dass wir diesem Antrag zustimmen werden, eben um die Geschlossenheit zu zeigen. Ich appelliere hier noch einmal an die SPÖ-Fraktion, sich vielleicht die Verweigerung der Zustimmung zu überlegen, denn es geht wirklich um die Geschlossenheit, die bisher bei diesem Thema gegeben war. Es ist auch, glaube ich, deswegen doch wieder ein richtiger Zeitpunkt, wenn man den Stillstand der Vergangenheit und die Verantwortlichen von ÖVP und Grün eben anmerken muss, dass es jetzt ein richtiger Zeitpunkt ist, denn wir haben EU-Wahl, und es werden neue Repräsentanten Österreichs im Europäischen Parlament gewählt. Diese Resolution, ja, sollte eigentlich die Grundlage oder eines der Grundsatzpapiere sein, die die österreichischen Repräsentanten im Europäischen Parlament mitnehmen sollten und mit Nachdruck dort sozusagen in die Politik bringen sollten.

Daher, aus unserer Sicht, auch wenn die Vorgangsweise von uns wirklich zu kritisieren ist, dass nicht hier ein Bemühen da war, einen Vier-Parteien-Antrag zustande zu bringen, die Zustimmung zur Dringlichkeit und auch dem Inhalt entsprechend. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es gibt keine weitere Wortmeldung. Ich schließe somit diese Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1876/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ich darf der Frau Kollegin Eisenriegler den Vorsitz übergeben. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen der Beilage 1878/2009 vor, diese Beilage keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1878/2009 handelt es sich um den Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend die Vermeidung von Verkehrslärm. Der Initiativantrag mit der Beilagenummer 1873/2009 wird von den Antragstellern und Antragstellerinnen zurückgezogen. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich, wobei ich feststelle, dass die heute stattgefundene Obmännerkonferenz einstimmig der dringlichen Behandlung dieses Initiativantrags zugestimmt hat.

Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1878/2009 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pilsner.

Abg. Pilsner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die SPÖ-Fraktion macht sich schon seit Jahren stark für einen wirksamen Lärmschutz in Oberösterreich, und ich möchte aber auch von dieser Stelle mich bei allen Fraktionen bedanken, dass diese Initiative heute auch die Dringlichkeit bekommt. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, tausende Menschen in Oberösterreich werden durch Verkehrslärm in der Nacht und auch tagsüber gestört. Viele Menschen werden durch Lkw oder laute Pkw, aber ab und zu auch von den Mopeds aus dem Schlaf gerissen. Der Verkehr hat sich in den letzten Jahren massiv vermehrt bzw. hat zugenommen. Nicht nur Ärger ist die Folge. Mediziner warnen schon lange vor den Gesundheitsgefahren des Verkehrslärms. Erhöhter Blutdruck, Stresssymptome, Herz- und Kreislauferkrankungen sind nur einige wenige gesundheitseinschränkende Folgen von dauerhafter Lärmbelastung. Schlichtweg, meine sehr geschätzten Damen und Herren, Verkehrslärm macht die Menschen krank.

Dazu haben wir in unserem Antrag gemeinsam drei Punkte an die Bundesregierung gerichtet. Wir ersuchen daher diese Bundesregierung, im Rahmen der angekündigten Forschungs- und Innovationsoffensive für die Entwicklung neuer Technologien schwerpunktmäßig zur Vermeidung des Lärms an der Quelle im Bereich des Straßen-, Schienen- und Flugverkehrs mehr Budgetmittel und Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Der zweite Punkt: Die von der Europäischen Union angestrebte Senkung der Geräuschgrenzwerte durch eine beschleunigte Umstellung auf neue Pkw- und Lkw-Reifen muss weiter vorangetrieben werden, indem die Reifenindustrie und auch natürlich der –handel eine einheitliche und verkürzte Übergangsfrist für alle Reifendimensionen festlegt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, dazu gehören auch bewusstseinsbildende Maßnahmen und eine umfassende Information der Konsumentinnen und Konsumenten über lärmindernde bzw. –steigernde Produkteigenschaften beim Kauf von Reifen muss gewährleistet und damit die Verwendung lärmarmen Reifen schon vor dem Ende der in der neuen EU-Richtlinie normierten Übergangsfrist gefördert werden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, der von Straßen-, Schienen- und Flugverkehr verursachte Lärm ist in den letzten Jahren zu einer ernstesten Belastung für die Bevölkerung geworden. Die wirkungsvollste Maßnahme zur Vermeidung von Verkehrslärm ist die Minderung des Lärms an der Quelle; aktiver Lärmschutz bzw. Lärmvermeidung ist gefragt. Dass die EU-weit geltenden Grenzwerte für Reifenlärm von der Europäischen Union derzeit überarbeitet und um drei bis fünf Dezibel nach unten gesenkt werden, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, meine sehr geschätzten Damen und Herren.

Die Konsumentinnen und Konsumenten müssen aber niedrigere Grenzwerte nicht abwarten. Sie können schon jetzt mit der Wahl lärmarmen Reifen dazu beitragen, den Lärm im Straßenverkehr entscheidend zu verringern. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Konsumentinnen und Konsumenten beim Kauf neuer Reifen ausreichend über die Lärmeigenschaften der verschiedenen angebotenen Reifen informiert werden - mittels einer gesetzlich verankerten Kennzeichnungspflicht und einer Kampagne, die für die Verwendung lärmarmen Reifen auch entsprechend wirbt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, das Reifen-Fahrbahn-Geräusch wird weiters von der Art und dem Zustand der Fahrbahn beeinflusst. Ein Flüsterasphalt kann um bis zu

acht Dezibel, dennoch sehr viel, leiser als der herkömmlich verwendete Asphalt sein. Seine flächendeckende Verwendung, ein Vorziehen bereits geplanter Belagserneuerungen und andere bauliche Maßnahmen wie etwa Abschirmungsmaßnahmen, wie sie in einigen Fällen in Oberösterreich bereits durchgeführt wurden oder geplant bzw. geprüft werden, z.B. A7 Mühlkreisautobahn Linz-Bindermichl, auch an der S10 Mühlviertler Schnellstraße, führen nicht nur zu einer merklichen Lärmmentlastung der betroffenen Bevölkerung, sondern auch zu einer konjunkturellen Belebung der derzeit krisenhaften Wirtschaft. Ich meine auch und ergänze dazu, dass es auch wichtig wäre, an der A 8 Lärmschutz anzubringen, der auch wirklich die Menschen schützt. Und: Wir stehen nach wie vor zu Einhausungen.

Ähnliche Effekte bewirken Investitionen zur Lärminderung im Schienenverkehr. Gerade an stark befahrenen Bahnstrecken wie der Westbahn sind Lärmschutz-Sofortmaßnahmen dringend notwendig. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, Nachhaltigkeit und technischen Vorsprung verspricht auch die Offensive, die die österreichische Bundesregierung im Bereich von Forschung und Entwicklung setzt. Ein Teil des Forschungs- und Entwicklungsbudgets soll daher zweckgebunden zur Entwicklung neuer Technologien im Bereich des Straßen-, Schienen- und auch des Flugverkehrslärms bereitgestellt werden. Oberösterreich ist auf Grund seiner geographischen Lage und seines hohen Anteils an industrieller Produktion von Transit- und Güterverkehr und der damit verbundenen Lärmemissionen besonders stark betroffen. Handeln wir, setzen wir heute Initiativen, danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Frauscher.

Abg. Frauscher: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Oberösterreich ist ja, Gott sei Dank, ein starkes Wirtschaftsbundesland. Die Kehrseite der Medaille ist natürlich auch, dass wir sehr, sehr viel Verkehr haben. Wir haben auch zwei große Transitrouten, West-Ost und Nord-Süd, und das belastet natürlich die Menschen schon in einem erheblichen Ausmaß. Die Menschen sind sensibilisiert, empfinden Lärm als wirklich sehr belästigend und krank machend, und es ist trotzdem auch oft so, dass das subjektive Empfinden mit den objektiven Daten gar nicht übereinstimmt.

Wir haben in der Nähe von Ried eine Gemeinde, die betroffen ist vom Lkw-Verkehr, die aber jetzt eigentlich durch diese Wirtschaftskrise im letzten halben Jahr sehr, sehr viel an Lkw-Verkehr verloren hat. Subjektiv empfinden die Leute aber dort, und sie rufen uns jetzt dauernd an, dass der Lkw-Verkehr so zugenommen hat, die Verkehrszählung hat ergeben, dass die Daten von 525 auf ungefähr 200 Lkw zurückgegangen sind. Die Menschen sind einfach so sensibilisiert. Wir müssen das natürlich sehr, sehr ernst nehmen. Es gibt eben verschiedene Bereiche, den Lärm zu vermindern. Wir wissen, das Motorengeräusch ist nicht das ausschlaggebende unbedingt bei den Fahrzeugen. Da ist es sogar eher, wenn die Fahrzeuge langsam unterwegs sind, schlechter und lauter, wie wenn sie schnell unterwegs sind.

Sehr viel mehr hört man natürlich die Reifen. Es gibt ja jetzt Initiativen, wir haben es schon gehört, Absenkung jetzt zwei, drei, fünf Dezibel, ausgelöst von der Europäischen Union. Das muss natürlich jetzt weiter forciert und vorangetrieben werden. Es hat natürlich alles seine Grenzen, weil man einen Reifen nur bis zu einer gewissen Phase verändern kann, ohne dass die Fahreigenschaften total jetzt anders werden und zum Teil dann natürlich schlechter werden.

Wir müssen natürlich auch darauf achten, dass diese Reifen gekennzeichnet werden. Logischerweise lässt sich ja nicht von einem Polizisten zum Beispiel erkennen, ob das jetzt ein Lkw oder ein Fahrzeug mit lärmarmen Reifen ist. Das kann er beim Vorbeifahren nicht er-

kennen. Er kann es nur kontrollieren dann, wenn er das Fahrzeug anhält und diese Reifen gekennzeichnet sind. Das muss jetzt vorangetrieben werden. Es muss natürlich auch dann, wie es schon der Kollege Pilsner gesagt hat, die Bevölkerung informiert werden, dass es solche Reifen gibt und dass man diese zur Anwendung bringen soll.

Was die Fahrbahnen betrifft, Trennasphalt, Flüsterasphalt – natürlich zu befürworten. Es sind nur momentan halt die Erfahrungen noch nicht unbedingt die besten. Wir wissen, es ist ein sehr grobporiger Asphalt, der das Salz im Winter intensiv verschluckt, kann man sagen, und es dort immer natürlich zu größeren Glatteisbildungen kommt. Aber da sind neue Technologien auch jetzt in Bearbeitung, in Vorbereitung, und da wird sich sicherlich noch einiges tun.

Bahnlärm, auch natürlich ganz wichtig. Es gibt Maßnahmen dort. Es sind auch aufgeführt im Antrag Schienenschleifen, natürlich auch neue Bremssohlen. Da gibt es neue Technologien. Es gibt auch einen so genannten Low Noise Train, der allerdings eine sehr gute Wirkung hätte, eine Verringerung um zehn Dezibel, allerdings ist dieser Zug, diese Technologie etwa doppelt so teuer wie die herkömmliche Lärmschutzmaßnahme in jeder Hinsicht; werden ja auch durchgeführt, gerade jetzt auch auf der A 8.

Wir befürworten das natürlich auch. Wir wollen auch, dass, wie gefordert ist, ohne weiteres ein Teil dieser zusätzlichen Forschungsmittel, die jetzt ausgeschüttet werden, jeweils 50 Millionen Euro 2009 und 2010, zweckgebunden, teilweise zweckgebunden für solche Projekte hergenommen werden, um innovative Firmen, die in diesem Bereich tätig sind, zu unterstützen, Forschung hier voranzutreiben, weil es, glaube ich, eine sehr wichtige Sache ist, dass wir uns hier möglichst schnell weiterentwickeln.

Damit wir einen Teil dieser Forschungsgelder lukrieren können und dass wir auch natürlich durch Projekte im Lärmschutz durch Baumaßnahmen die Konjunktur stärken in diesen Zeiten der Wirtschaftskrise, erscheint uns dieser Antrag natürlich auch dringlich, Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trübswasser.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Ich glaube, aus den beiden Reden meiner Vorredner war deutlich zu erkennen, dass es dem Landtag sicher ein Anliegen ist, auf die Gesundheit der Menschen in Oberösterreich zu schauen und vor allem der Menschen, die entlang von stark befahrenen Straßen leben. Ich habe selbst 25 Jahre an einem der verkehrsreichsten Orte von Oberösterreich gelebt, nämlich am Bulgari-Platz, weiß aus eigener Erfahrung, wie krank machend Lärm sein kann und welchen Einfluss er auf die Lebensqualität hat.

Ich denke, es wäre zu billig zu sagen, entweder wollen wir die Gesundheit der Menschen oder wollen wir eine florierende Wirtschaft. Das wäre die billige, populistische Alternative, die wir hier setzen. So können wir das Problem nicht angehen. Es wäre unrichtig, den Grünen vorzuwerfen, dass sie wirtschaftsfeindlich sind und nicht wüssten, dass eine florierende Wirtschaft auch Gütertransporte braucht. Selbstverständlich braucht sie das, um das geht es überhaupt nicht, sondern es geht darum, wie wir diese Transporte bewältigen.

Wir kommen wahrscheinlich auch mit Lärmschutzmaßnahmen, also mit dem passiven Schutz irgendwo auch an die Grenzen, sei es finanziell, sei es auch, was die Sicherheit betrifft. Ich kenne noch und erinnere an die Diskussionen, die wir hatten, dass die Lärmschutzwände zu viel sind; zu hohe Lärmschutzwände bedeuten, die Rettung wird behindert, es be-

hindert Einsätze von Hubschraubern usw. Viel schwieriger ist noch jetzt eine Rettung und viel höher ist die Gefahr in langen Tunnelstrecken. Wir wissen ganz genau, dass Tunnelstrecken nicht nur erhöhte Kosten, sondern auch ein erhöhtes Risiko bedeuten.

Also, auf Seiten des passiven Lärmschutzes kommen wir irgendwann an die Grenzen, und wir können auch nicht die Emissionen verschwinden lassen, die im Tunnel genauso entstehen wie ohne Tunnel. Ich denke, was uns wirklich weiterbringt, ist ein Umdenken auf mehreren Ebenen. Ich sehe mit Bedauern, dass es in Oberösterreich eine ganze Reihe von interkommunalen Gewerbegebieten gibt, die keinen Gleisanschluss haben, ja. Das dürfte eigentlich in Zeiten wie diesen heute nicht mehr passieren.

Es darf nicht sein, dass Strecken keinen Güterverkehr mehr haben, weil sie, jetzt spreche ich von der Haager-Lies, womöglich von der ÖBB-Strecke abgekoppelt werden und zu Inselbahnen werden. Es darf nicht sein, dass wir nicht massiv von der Möglichkeit, von der Straße auf die Schiene umzusteigen, Gebrauch machen. Die Schweiz ist mit Sicherheit kein Land, das nicht nach wirtschaftlichen Kriterien geführt wird, dass die Politik der Schweiz nicht auf Wachstum, Prosperität, auf Wirtschaft usw. setzt. Und die Schweiz exerziert seit Jahren eindrucksvoll vor, was es heißt, Vorkehrungen zu treffen, dass massiv Güter von der Straße auf die Schiene verlagert werden, der Gütertransport von der Straße auf die Schiene verlagert wird.

Es geht vor allem, meine Damen und Herren, wir wissen das ganz genau, dass wir in der Entwicklung noch nicht am Ende sind, es geht vor allem darum, dass alle zusätzlichen Verkehre, und ich hoffe ja, dass die Wirtschaftskrise auch wieder einmal zu Ende ist und dass wieder mehr Güter transportiert werden müssen, aber dass dieses Mehr wirklich besser und umweltschonender und vor allem menschengenügender auf der Schiene transportiert wird. Dazu braucht es natürlich eine konkrete Politik. Das kann nicht dem Zufall überlassen werden. Die Verkehrslawine, die wir auf der Straße erlebt haben in den letzten Jahren, ist kein Tsunami, ist kein Naturereignis, dem wir nichts entgegensetzen haben. Wir müssen eine Politik machen, die ganz gezielt einen Gütertransport, der notwendig ist, in einer Art und Weise ermöglicht, dass die Menschen nicht darunter leiden.

Und lassen Sie mich noch etwas sagen, was die Reifen, den Zustand der Fahrzeuge betrifft und so weiter. Da ist es ganz wichtig, dass wir in Oberösterreich, nicht um die Transporteure zu sekkieren, nicht um die Fernfahrer zu sekkieren, weil die ohnehin sehr viel leisten müssen, nein, um eine Chancengleichheit zwischen inländischen und ausländischen Transporteuren herzustellen. Wir brauchen flächendeckend gute, ausreichende Prüfstellen für den Schwertransport, weil nur dadurch gewährleistet ist, dass Fahrzeuge bei uns auf den Straßen unterwegs sind, die den Bestimmungen entsprechen, die lärmarm sind und die auch der Sicherheit Genüge leisten.

Das sind die Forderungen, die wir stellen und die wir verbinden mit diesem Initiativantrag. Dem geben wir natürlich auch die Dringlichkeit und wir werden auch inhaltlich diesem Initiativantrag zustimmen. Ich danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Initiativantrag ja mitunterzeichnet, denn durch Anträge, die wir auch in der Vergangenheit bereits eingebracht haben, war ja erkennbar, dass die Freiheitlichen, wie zum Beispiel die Einhausung auf der A8, sich schon

längere Zeit mit dem Problem der Lärmbelastung und den damit verbundenen Problemen in der Bevölkerung befassen.

Ich glaube auch dass es wichtig und ein guter Ansatz ist, hier bei diesem Initiativantrag auch in Richtung Forschung neue Kompetenzen zu gehen. Denn ich glaube wir dürfen auch eines nicht machen, wir dürfen nicht einerseits, sage ich jetzt, den Straßenverkehr verdammen und sagen das Allheilmittel ist jetzt der Transport auf der Schiene. Auch der ist nicht unbedingt immer mit geringem Lärm verbunden. Wenn angesprochen worden ist der Flüsterasphalt, vielleicht kann man da auch Weiterentwicklungen oder vielleicht sind sie auch schon im Gang, ich weiß es nicht, anstreben, weil für das Fahrverhalten ist der Flüsterasphalt in den Wintermonaten auch nicht gut. Also es gibt eine Summe von Maßnahmen, die wir hier berücksichtigen sollten.

Und man hat sich natürlich, und Gunther (Anm.: Abg. Trübswasser) du hast das angesprochen, jahrelang darauf beschränkt zu sagen, überall wo wir gewisse Dezibel überschreiten, machen wir eine Lärmschutzwand hin. Ich glaube, dass das ein falscher Weg war. Weil wenn man durch Oberösterreich fährt, sage ich jetzt einmal, für Touristen, die in unser Land kommen, ist es sicher auch nicht angenehm nichts von der Landschaft zu sehen und dann vielleicht zu sagen, dort mache ich auch noch einen Ausflug hin, wenn sie zwischen Lärmschutzwänden dahinfahren. Und das Gefahrenpotenzial, das du angesprochen hast, das da draußen eben war mit den Lärmschutzwänden, das ist ja von der Feuerwehr, von der Rettung, von diesen Initiativen gekommen und wo man sehr wohl etwas macht.

Einen Gedanken möchte ich aber schon noch einbringen. Wir reden oft sehr leicht, bewusstseinsbildende Maßnahmen und eine umfassende Information der Konsumenten. Was meine ich denn damit? Wir sagen sehr oft, macht das, tut das, ich denke nur an den Austausch der Glühbirnen oder andere Maßnahmen, wo wir uns aber nicht fragen, sind sie für den Einzelnen auch finanzierbar, all diese Maßnahmen? Wenn ich mir jetzt anschau was Reifenpreise betrifft. Ich habe mir erst letzte Woche neue Sommerreifen gekauft. Ich bin jetzt informiert wie breit die Spanne ist. Wir werden uns auch überlegen müssen, ob wir in irgendeiner Form auch einmal, um etwas zu ändern, einen finanziellen Beitrag leisten. Ich sage das jetzt allgemein, weil ich möchte jetzt nicht, dass wir jetzt sagen für den Reifen zahlen wir so und so viel dazu oder wie auch immer.

Aber oft sind Maßnahmen zwar im Bewusstsein der Bevölkerung sehr wohl auch verankert, sie können es sich nur schlichtweg nicht finanzieren. Weil wenn ich mir überlege, was vier qualitätsvolle Reifen kosten, dann muss ich sagen, dann sind sehr viele Autofahrer damit überfordert. Wenn ich mir anschau, jetzt zahlen wir die Verschrottungsprämie für Autos, die, glaube ich, über acht Jahre alt sind, dann wissen wir auch welche Fahrzeuge unterwegs sind. Ich glaube zwar nicht, dass in Österreich der Markt so groß ist, aber wir haben halt jetzt diese Verschrottungsprämie.

Das heißt, eines darf uns nicht passieren: Dass wir mit guten Maßnahmen, wo wir uns auch parteiübergreifend in diesem hohen Haus finden, bei der Bevölkerung mehr oder weniger die Reaktion auslösen, ja ihr redet euch leicht, ihr könnt euch das und das leisten, aber wie soll ich mir das leisten? Ich glaube eben auch und ich habe es eingangs gesagt, dass es ein Bündel von Maßnahmen sein muss, die eben hier zusammentreffen. Und das ist eben bei dieser Resolution dieses Mal der Fall, dass nicht eine Idee bevorzugt oder in den Vordergrund gestellt wird, sondern dass wir drei verschiedene Maßnahmen haben. Einerseits die bei der Bundesregierung angekündigte Forschungs- und Innovationsoffensive, schwerpunktmäßig zur Vermeidung, dann in weiterer Folge die auch von der Europäischen Union

angestrebte Senkung der Grenzwerte und eben das Dritte durch bewusstseinsbildende Maßnahmen, Information. Und ich sage, ich hänge als vierten Punkt noch dran, im Weiteren, dass wir uns überlegen, wie wir Maßnahmen finanzieren können. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses die der Dringlichkeit zur Beilage 1878/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Ich teile mit, dass seit der letzten Sitzung wieder schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen Kopien der schriftlichen Anfragen und der zwischenzeitig eingelangten Beantwortungen auf Ihren Plätzen aufgelegt bzw. auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt.

Wir kommen nun zur Tagesordnung und somit zur Beilage 1851/2009, das ist der Bericht des Geschäftsordnungsausschusses betreffend das Landesgesetz über die Geschäftsordnung des Oberösterreichischen Landtags (Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009). Ich bitte Herrn Abgeordneten Mag. Strugl über die Beilage 1851/2009 zu berichten.

Abg. Mag. Strugl: Bericht des Geschäftsordnungsausschusses betreffend das Landesgesetz über die Geschäftsordnung des Oö. Landtags (Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 - Oö. LGO 2009). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1851/2009.)

Der Geschäftsordnungsausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz über die Geschäftsordnung des Oö. Landtags (Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 - Oö. LGO 2009) beschließen.

Dritte Präsidentin: Danke. Ich teile mit, dass zu diesem Verhandlungsgegenstand ein Abänderungsantrag eingelangt ist, den wir Ihnen als Beilage 1877/2009 auf Ihren Plätzen aufgelegt haben. Gemäß den Bestimmungen der Landtagsgeschäftsordnung ist dieser Abänderungsantrag in die Wechselrede mit einzubeziehen. Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Strugl.

Abg. Mag. Strugl: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auch als Vorsitzender des entsprechenden Unterausschusses heute sagen, dass es mich freut, dass wir heute diese Novelle beschließen können. Wir haben insgesamt in 15 Unterausschusssitzungen beraten, haben damit am 18. März 2004 begonnen und haben eine ganze Reihe von Änderungsvorschlägen, wie ich meine, sehr konstruktiv beraten. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang auch bedanken bei allen Fraktionen im Haus, die hier mitgewirkt haben mit ihren Vorschlägen aber auch für die Art der Diskussion. Es ist ja bekannt, dass eigentlich schon in der letzten Periode begonnen wurde über neue Instrumente zu diskutieren. Umso erfreulicher ist es, dass wir es noch geschafft haben in dieser Legislaturperiode, dass wir eine neue moderne und zeitgemäße Landtagsgeschäftsordnung heute beschließen können.

Ich möchte kurz eingehen auf die wesentlichen Neuerungen. Es sind eine ganze Reihe von Anpassungen, auch legistische Neufassungen. Aber die Kernpunkte sind neue Instrumente, von denen wir glauben, dass sie auch im Sinne eines lebendigen Parlamentarismus auch für unseren Landtag ein Fortschritt sind. Das sind vor allem der neue Paragraph 33, der die dringliche Anfrage regelt. Das heißt, das ist eine neue Möglichkeit damit das Haus auch an die Regierung hier in Form einer dringlichen Anfrage Fragen eben stellen kann. Wir haben

es auch so formuliert, dass es als Klubrecht gilt und dass drei dringliche Anfragen pro Klub und Kalenderjahr möglich sind. Das heißt, es ist auch eine Verbesserung vor allem für die kleinen Fraktionen, die wir auch insgesamt bei den Dringlichkeitsanträgen vorgenommen haben. Hier sind pro Klub und Jahr vier dringliche Anträge möglich. Das heißt, damit fällt auch diese Hürde der acht Unterschriften, da wie gesagt es für die kleineren Fraktionen sonst nicht die Möglichkeit gegeben hätte Dringlichkeitsanträge zu stellen. Und wie gesagt, auch hier gibt es ein Klubrecht durch den neuen Paragraphen, 25 Absatz 7.

Was glaube ich auch sinnvoll und fällig war, war, dass wir das Unterschriftserfordernis der 29 Unterschriften für Bundesresolutionen entsorgt haben. Nachdem es ohnedies umgangen wurde mit sogenannten Krückenanträgen, war es auch vernünftig davon abzusehen und es genügt, wenn diese Anträge von drei Mitgliedern unterstützt werden. Und schließlich gibt es auch ein neues Instrument einer gemeinsamen Erklärung, also immer dann wenn es wirklich zu einer bedeutenden Frage eine gemeinsame Erklärung des Landtags geben soll, dann besteht in Zukunft diese Möglichkeit, wobei wir gesagt haben, es soll ein gemeinsamer Beschluss die Voraussetzung für eine solche Erklärung sein, um eben dieser Entschließung ein besonderes Gewicht zu geben.

Und schließlich ist auch ein Schritt in Richtung Minderheitenrechte, dass wir jetzt auch festgelegt haben in der Landtagsgeschäftsordnung, dass nicht nur im Kontroll- und Petitionsausschuss, so wie das bisher schon der Fall war, sondern in allen Ausschüssen jeder Klub vertreten sein soll nach den tatsächlichen Stärkeverhältnissen. Wie gesagt, ich glaube ein Beitrag und eine Weiterentwicklung auch für einen modernen Landtag und einen lebendigen Parlamentarismus.

Der Abänderungsantrag, das hat die Frau Präsidentin schon angeführt, ist rein formaler Natur, weil auch Verfassungsbestimmungen mit geändert werden sollen. Und wie gesagt, ich möchte auch noch einmal der Freude Ausdruck verleihen, dass wir es in einem sehr gutem gemeinsamen Klima, und ich glaube eine Geschäftsordnung braucht diesen Konsens, gemeinsam zusammen gebracht haben.

Ich möchte die Gelegenheit noch nutzen um in einem Punkt zu replizieren zu einer Diskussion, die jetzt schon ein bisschen zurückliegt. Aber das ist in einer Dringlichkeitsdebatte sehr schwer möglich durch die zeitliche Beschränkung, aber es passt zu diesem Thema dazu. Weil wir auch darüber diskutiert haben, was sollen denn sozusagen auch Mindeststandards und Spielregeln sein in der Diskussion hier im hohen Haus und was wollen wir vermeiden, insbesondere dann wenn die Diskussion ein bisschen hitziger wird.

Und ich möchte mich beziehen auf eine Äußerung der Kollegin Schreiberhuber, wie gesagt ich sage es dazu, ich möchte auch nicht besonders empfindlich sein. Aber ich möchte es trotzdem dazu sagen. Du hast im Zusammenhang mit dieser Frage, Verbot von Spekulation oder Unterbindung von Spekulation mit Nahrungsmitteln, gemeint so quasi, warum wir da dagegen sind in einem Art Amoklauf, war die wörtliche Formulierung. Und ich bitte einfach, also in der Sache selber glaube ich haben wir es erklärt, wir sind nicht dagegen, Spekulationen in diesem Bereich zu verhindern, man muss nur auch überlegen wie das funktionieren kann, wenn man weiß, dass also Nahrungsmittel weltweit gehandelt werden und dass wir noch keine Weltregierung haben, die hier ein Regulativ erlassen wird. Weil immer dann wenn Angebot und Nachfrage sich dann an einem Schnittpunkt treffen müssen und dadurch Preise entstehen, gibt es halt Bewegung am Markt und dann muss man überlegen was das heißen soll.

Wenn es sozusagen eine weltweite amtliche Preisregulierung für Weizen ist, bezweifle ich ob das funktioniert. (Zwischenruf Abg. Schenner: Darf ich einen Zwischenruf machen, auch wenn es eine beschränkte Redezeit gibt?) Bitte! (Zwischenruf Abg. Schenner: "Geschäfte wo keine Warenbewegung zugrunde liegen, das heißt wo nur Gewinne ausgezahlt werden, zum Beispiel Termingeschäfte haben wir gesagt!") Das Problem ist ja, dass sich der Preis bewegt. (Zwischenruf Abg. Schenner: "Ja das stimmt, wenn ich Waren beziehe, aber wenn ich keine Waren habe?") Und daher ist aber die Frage, wie das technisch gehen soll, wie man das verhindern soll, dass Preisbewegungen dazu führen, dass man damit sozusagen auch spekulieren kann. Aber das ist eigentlich in der Sache die Diskussion gewesen und ich habe ja ausdrücklich dazu gesagt, wir verweigern uns dieser Diskussion nicht und es ist jetzt eigentlich in deiner Wortmeldung so rüber gekommen und ich möchte mich jetzt einfach verwehren gegen das Wort Amoklauf. (Zwischenruf Abg. Schreiberhuber: "Verbaler Amoklauf habe ich gesagt!") Na ja du hast gesagt Amoklauf und Amoklauf ist ganz einfach wenn man es definiert, eine psychische Extremsituation die durch absolute Gewaltbereitschaft gekennzeichnet ist, wenn ich es nur einmal nach Wikipedia definiere.

Und ich möchte es einfach hier sagen. Lassen wir das! Wie gesagt, wir haben auch in der Diskussion über die Landtagsgeschäftsordnung gesagt: Was ist, wenn so etwas passiert? Was sind Beleidigungen? Gilt es für Regierungsmitglieder? Gilt es nur für Abgeordnete? (Zwischenruf Abg. Schreiberhuber: "Verbaler Amoklauf habe ich gesagt!") Ich verwehere mich gegen Amoklauf. Ich sage es dir trotzdem noch einmal, weil es eine Ausdrucksweise ist, die das zum Ausdruck bringt, ob verbal oder physisch, wir sind nicht gewaltbereit, wir sind nicht psychisch beeinträchtigt, wir haben aber eine Meinung. Und deswegen möchte ich nicht, dass man das sagt in diesem Haus. (Beifall)

Und etwas Positives noch dazu, zu dem was du auch gesagt hast. Mir gefällt diese Überschrift "Der Gier muss nicht Neid folgen!" auch sehr gut. Also da treffen wir uns wieder. Ich glaube nur (Zwischenruf Abg. Schreiberhuber: "Der Zusammenhang passt vielleicht nicht!") ja, ich glaube wenn man nicht nur die Überschrift gelesen hat, sondern den gesamten Artikel, dann würde ich Folgendes empfehlen: Nimm dein Plastiklineal und unterstreiche in diesem Titel folgenden Satz: Sollte es noch ärger kommen, droht ein neuer Klassenkampf, der in der Neiddiskussion bereits genährt wird. Eine Diskussion über Gerechtigkeit kann in diesem Zusammenhang rasch in ein Feuerwerk aus Plattitüden über Sündenböcke und falsche Versprechungen münden. Das könnte man auch herausnehmen aus diesem Artikel.

Aber noch einmal zurück zur Geschäftsordnung. Ich sage das jetzt auch leidenschaftslos und nicht böse gemeint, das ist ein erfreulicher Beschluss, den wir heute treffen können. Ich sage noch einmal, danke an alle Fraktionen, die hier sich gemeinsam bemüht haben. Es hat sich ausgezahlt. Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Hirz.

Abg. **Hirz:** Meine sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als vom Geschäftsordnungsausschuss am 18. März 2004 ein Unterausschuss Geschäftsreform, Landtagsgeschäftsreform eingesetzt worden ist, war nicht ganz klar, wie lange die Verhandlungen über diese Novelle dauern werden und inzwischen wissen wir, dass sich diese Verhandlungen über eine gesamte Legislaturperiode, also sechsjährig durchgezogen haben und ich glaube, dass man am Ende dieses Prozesses sagen kann, das war es wert. Es war wert, dass diese intensiven Diskussionen geführt worden sind und auch die Auseinandersetzungen, die es dabei auch gegeben hat. Ich glaube, dass wir insgesamt heute ein umfassendes Gesamtpaket zusammengebracht und zu Stande gebracht haben.

Dazu war natürlich auch eine entsprechende Kompromissbereitschaft der einzelnen Fraktionen notwendig, die war auch gegeben. Auch im möchte mich dafür bedanken. Ich glaube, dass eine Landtagsgeschäftsordnung das Maß der Demokratie ist, wie mit den kleinen Fraktionen umgegangen wird und ich glaube, dass es da wirklich entsprechende Verbesserungen gibt. Es ist ja die alte Geschäftsordnung aus dem Jahr 1973 und es hat sich natürlich bis heute doch einiges geändert, eine der großen Änderungen in diesem hohen Haus war ja der Einzug der Grünen 1997 als vierte Fraktion, was es bis dato ja nicht gegeben hat und dadurch haben sich natürlich auch die Bedingungen geändert und es war meiner Meinung nach auch notwendig, dass man hier entsprechende Anpassungen vorgenommen hat.

Wir haben uns immer als Grüne sehr stark für die Kontrollrechte und natürlich auch die Minderheitenrechte eingesetzt. Es sind hier wirklich einige Bereiche hineingekommen, die sich sehr positiv auswirken werden. Ich möchte einige aufzählen. Also erstens einmal, dass es das Klubrecht gibt, dass jede Fraktion ein Mitglied mit Sitz und Stimme in jedem Ausschuss hat, ist ein meiner Meinung nach zutiefst demokratisches Grundrecht, aber es ist nicht überall so. Ich habe mich teilweise informiert, wie es denn in den anderen Landtagen aussieht und dass ist bei weitem nicht so, zum Beispiel in Niederösterreich kann man sehr wohl Klub sein und 4 oder 5 Mandate haben und trotzdem nicht in den Ausschüssen mit Stimmrecht drinnen sein.

Wir haben als zweites als Klubrecht eingeführt, vier Dringlichkeitsanträge pro Jahr zu Landes- und Bundesthemen einzubringen, das heißt, man ist als kleine Fraktion nicht mehr davon abhängig, dass man Unterschriften anderer Abgeordneter bekommt und was die Kontrollrechte betrifft und das ist mir besonders wichtig, die dringliche Anfrage mit einer anschließenden Wechselrede für jeden Klub dreimal im Jahr. Ich glaube, dass das wirklich den Parlamentarismus hier in diesem hohen Haus beleben wird. Also mir ist es oft so gegangen, dass ich eine Frage gestellt habe und dann kommt die Antwort und man möchte eigentlich noch was drauf sagen und konnte nicht. Also ich glaube, dass das sicherlich vor allen Dingen den Beginn der Landtagssitzung beleben wird und dass es auch ein wichtiges Kontrollrecht ist.

Und uns Grünen war das auch immer ein wichtiges Anliegen und das war auch der Grund, warum wir dieses Anliegen in das Schwarz-Grüne-Regierungsübereinkommen mithineingenommen haben und mit dem heutigen Beschluss können wir auch wieder ein Stück, ein Hackerl unter unser Regierungsübereinkommen setzen. Ich zitiere wörtlich „Gleichzeitig planen die Regierungspartner eine Modernisierung der Geschäftsordnung des Landtags mit mehr Minderheiten- und Kontrollrechten, unter anderem Dringlichkeitsantrag und dringliche Anfrage als Klubrecht mit zahlenmäßiger Beschränkung“. Genau das liegt heute vor und genau das haben wir auch im Unterausschuss verhandelt und besprochen.

Ich freue mich auch, dass es so etwas gibt wie eine Gleichstellung zwischen einem Landes- und Bundesantrag. Ich glaube ja, dass Generationen von Journalisten wahrscheinlich dieses hohe Haus für besonders wissenschaftsgläubig und studiengeil gehalten haben, nachdem die meisten Fraktionen ja dann die sogenannten Krückenanträge gemacht haben und gesagt haben, die Landesregierung soll eine Studie machen über ein Thema, das eigentlich gar nicht bei der Landesregierung, sondern bei der Bundesregierung liegt. Ich denke, man kann sich diese Floskel sparen und wir haben jetzt die Möglichkeit auch entsprechende Bundesanträge mit nur drei Unterschriften einzubringen.

Ich halte es auch für ein tolles demokratisches Recht, dass ohne Zustimmung der antragstellenden Fraktion in Zukunft ein Antrag nicht länger als sechs Monate zurückgestellt werden kann und ich halte es auch für wichtig, das sage ich auch dazu, dass ab jetzt endlich gleiches Recht für alle gilt, nämlich dass es auch Ordnungsrufe für die Regierungsmitglieder geben wird. Ja, richtig, ganz klar, ich habe immer die Position vertreten, dass die Regierungsmitglieder, nachdem sie ja vor uns sitzen, genauso Teilnehmer dieser Sitzung sind und sich meiner Meinung nach genau so an die Regeln und an die Geschäftsordnung zu halten haben, dass es in Zukunft die Möglichkeit gibt, dass die Präsidentinnen zur Ordnung rufen, wenn der parlamentarische Anstand verletzt wird und das ist ja doch in den letzten sechs Jahren das ein oder andere Mal vorgekommen.

Ein Meilenstein aus grüner Sicht ist auch, dass wir jetzt eine Landtagsgeschäftsordnung haben, die eine gendergerechte Formulierung hat. Sie werden es nicht glauben, die Geschäftsordnung kennt nun auch Landtagspräsidentinnen. Bisher ist zwar dieses hohe Haus von drei Frauen geführt worden, aber es hat nur Präsidenten gegeben. Also ich glaube, es ist wichtig, dass wir in diesem Bereich eine entsprechende Anpassung gemacht haben und im Zuge dieser Sitzung ist ja auch darüber gesprochen worden, wie kann man die Landespolitik auch ein Stück interessanter machen für die Menschen und daraus ist ja auch die Übertragung im Internet geworden, die ja auch heute stattfindet.

Jetzt ist natürlich klar, das sage ich auch dazu, dass man nicht alle Wünsche erfüllt bekommt, die man hätte. Wir hätten uns auch gewünscht und wir haben das auch eingebracht, dass es die Möglichkeit gibt, Untersuchungsausschüsse als Klubrecht zu definieren, genauso wie Sonderlandtage als Klubrecht zu definieren. Und wichtig war uns auch noch, dass in Zukunft der Landeshauptmann in die Landesregierung eingerechnet wird bei der Fraktion, von der er nominiert wird. Das ist von den beiden großen Parteien abgelehnt worden. Aber wir werden eine nächste Periode haben und wir werden das Ziel natürlich nicht aufgeben und werden versuchen auch hier weiter daran zu arbeiten.

Und jetzt kann man noch fragen, ja das ist vielleicht auch ein kleiner Wehrmutstropfen, wir hätten uns natürlich gewünscht, dass die Landtagsgeschäftsordnung etwas früher kommt. Das wäre sich jetzt so ausgegangen, dass halt gerade in der letzten Sitzung der Periode eine neue Landtagsgeschäftsordnung gegriffen hätte und ich muss dazu sagen, ich habe es auch nicht sinnvoll gehalten, in der letzten Sitzung einer Periode noch einmal die Geschäftsordnung zu ändern. Ich glaube, dass es jetzt gut und richtig ist, dass wir damit starten in der nächsten Periode. Ich möchte auch noch und das ist mir jetzt noch ein Anliegen, ich möchte abschließend auch noch einen besonderen Dank an den Gunther Trübswasser sagen, der ja die Verhandlungen für die Reform der Geschäftsordnung geführt hat als Klubobmann bis zum Jänner 2007, dann haben wir gewechselt und ich bin in diesen Unterausschuss eingezogen. Ich möchte mich bedanken für deinen wirklich großen Einsatz und auch für deine Hartnäckigkeit. Jeder weiß, wenn es um Minderheitenrechte und Kontrollrechte geht, wie authentisch du bist. In diesem Sinne möchte ich nicht alleine den Erfolg einheimen, sondern mich auch an dieser Stelle ganz herzlich bei dir bedanken. Danke! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Präsidentin Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich vielleicht als – im Gegensatz zu meinen Vorrednern – nicht als Klubobmann zu diesem Thema melden, sondern als einer der 56 Abgeordneten dieses Hauses und auf der anderen Seite vielleicht auch ein we-

nig von der Seite dahinter auch betrachtend, was diese neue Geschäftsordnung tatsächlich bringt.

Zum Klubobmann Hirz möchte ich gerne sagen, Gottfried du hast erwähnt, dass unsere Geschäftsordnung aus 1973 stammt. Ich möchte das klarstellen. Die Urfassung unserer Geschäftsordnung stammt aus dem Jahre 1930. Wir sind aber auch nicht mit den Novellen im Jahr 1973 stehen geblieben, sondern Sie werden sicherlich, wenn Sie ihr Buch der Geschäftsordnung zur Hand nehmen feststellen, dass es mit Stand 1.10.2003 ist und ich kann mich zurück erinnern, seit ich im Landtag bin und das sind jetzt schon einige, mehrere Perioden, dass wir eigentlich jede Periode versucht haben, die aktuellen Gepflogenheiten, das was sich einfach als richtiger heraus gestellt hat, zu dem was wir uns zu Beginn einer Periode gedacht haben, dass das das einzig gültige wäre oder handhabbare ist, auch entsprechend wieder mitaufzunehmen und entsprechend auch die Arbeit des Landtags hilfreicher zu gestalten. Ich denke, dass mit der neuen Geschäftsordnung sicherlich einige spannende Effekte auch für die neue Periode gegeben sein werden.

Wir haben nicht nur das, was sich in der Vergangenheit sozusagen als richtiger bewährt hat, ich denke daran zurück, dass in dieser Fassung von 2003 immer noch die aktuelle Stunde ganz anders drinnen steht, als wir es tatsächlich handhaben, nämlich dass es einen Klubobmännerbeschluss gemeinsam mit der Ersten Präsidentin gegeben hat, wo wir gesagt haben, zehn Minuten Grundredezeit für jeden Klub plus je eine Minute pro Abgeordneten des Klubs, ja in dieser Fassung noch nicht drinnen gewesen ist. Aber es ergeben sich einfach laufend Veränderungen, die notwendig sind, die als richtig erkannt werden und die auch zwischenzeitlich durchaus als Abänderung, als Handhabe gedacht waren.

Was ich jetzt – und ich hoffe, ich musste es nicht so verstehen als Landtagspräsidentin – als vielleicht doch dann als kleine Kritik aufgenommen habe, war diese Möglichkeit des Ordnungsrufes, denn den Ordnungsruf gibt es eigentlich schon immer und wir hatten bis dato auch die Möglichkeit auch hier im Oö. Landtag diesen Ordnungsruf durchzuführen, gebe aber nur zu bedenken, dass ist vielleicht so etwas, was man zwischen was tut sich tatsächlich im Landtag und dem was da drinnen steht, auch ausgemacht hat und den Konsens, den stillschweigenden Konsens aller gefunden hat, dass es einfach die Klubs oder das Recht der Klubobmänner ist und sie sich entsprechend einschalten und wir das ja auch als Präsidentin, obwohl es nicht in der Geschäftsordnung explizit gestanden ist, immer – und da hat sich keine von uns ausgenommen – dem zugestimmt haben, wenn um Sitzungsunterbrechung ersucht worden ist, diese Sitzungsunterbrechung auch tatsächlich durchgeführt haben und das hat auch in der Vergangenheit gut funktioniert. Der Ordnungsruf würde ich mir persönlich nicht wünschen, dass es unbedingt sein muss, insofern der Appell an alle, uns 56 und auch an die, die da noch kommen werden dann in der neuen Periode, dass das vielleicht durchaus ja ein gutes Qualitätskriterium trotz allem im Oö. Landtag sein kann, auch wenn die Diskussionen heftiger sein müssen in machen Fällen und auch heftiger werden, dass wir uns aber doch alle gemeinsam auf einem kommunikativen Niveau bewegen können, das die Möglichkeit gibt, dass wir in Freundschaft am Abend dann nach einer Sitzung auch wieder hinausgehen.

Es wurden einige Dinge angesprochen, die ich für sehr wertvoll halte, nämlich einerseits, dass endlich – so wie wir es in vielen Gesetzesnovellen schon durchgeführt haben oder auch in neuen Gesetzen – endlich dieser Gendergerechtigkeit, das heißt also die geschlechtergerechte Formulierung, die wir uns ja am Beginn der Periode wirklich als eine Aufgabe gestellt haben, auch mitangeführt wurde. Vielleicht ein kurzes Bonmot am Rande dazu, weil ja am Samstag der „Tag der offenen Tür“ war, wo ich doch das eine oder andere Mal von Männern

angesprochen worden bin, wie es denn sein kann, dass also dieser Oö. Landtag aus drei Präsidentinnen besteht oder das Präsidium aus drei Präsidentinnen besteht, es ist für mich sehr spannend, diese Formulierung dürfte eigentlich keine Angst mehr hervorrufen, denn obwohl der Herr Präsident drinnen gestanden ist, hat es funktioniert mit drei Frauen und ich bin mir ganz sicher, dass das auch in Zukunft bestens funktionieren kann.

Was ich für wichtig auch halte ist, obwohl mir das Wort nicht gefällt, ich sage es ganz bewusst dazu, es steht hier bewusst drinnen, die Stärkung der Minderheitenrechte. Ich denke, dass wir es in einer sehr demokratischen Weise geschafft haben und das muss ja auch unser Anspruch sein als oberösterreichischer Landtag, mehr Demokratie in dieses Haus hereinzubringen und in unsere gemeinsame Arbeit zu bringen. Die Rechte der kleineren Klubs, so würde ich es eher nennen, als Minderheitenrechte, entsprechend auszubauen und es wurde ja auch von Herrn Klubobmann Hirz bzw. von Herrn Kollegen Strugl, den ich für seine Vorsitzführung wirklich danke und der das ausgezeichnet gemacht hat, hier entsprechend angeführt.

Ich denke, was auch sehr wichtig ist, sind diese gemeinsamen Erklärungen des Landtags, denn das soll also auch das nötige Gewicht noch einmal aufzeigen, dass auch eine gemeinsame Erklärung, die wir hier herinnen machen, auch gegenüber dem Bund, also gegenüber Dritten sozusagen, entsprechend ein anderes Gewicht gibt, als wir es vielleicht dann doch manches Mal gewohnt sind, wenn sie doch die eine oder andere Anfragebeantwortung von Anträgen an den Bund entsprechend auch kennen und vielleicht doch das eine oder andere mehr noch darüber hinausgeht.

Ich glaube, es wird in der neuen Landtagsperiode aber auch eines sein, für jede und jeden einzelnen noch wesentlich verantwortungsvoller. Es wird eine größere Herausforderung sein, denn gerade etwas, was wir als SPÖ-Fraktion auch gefordert haben, nämlich die dringlichen Anfragen, werden sicherlich eine völlig neue Herangehensweise an eine Diskussion, an eine Auseinandersetzung werden, die von uns noch niemand kennt und die sowohl in der Vorsitzführung, sage ich bewusst dazu, eine Herausforderung wird, aber auch in der Debatte und in der Kommunikation zwischen zwei Parteien selbst. Aber ich denke, das wird sicherlich auch gut funktionieren können und insofern werden wir eine Geschäftsordnung haben, wo wir alle bestmöglich auch weiterarbeiten können.

Ich denke, eine Geschäftsordnung ist das, was sie aussagt, sie soll Ordnung in unsere Geschäfte bringen und in unsere gemeinsame Arbeit. Ich betrachte es aber auch als so etwas wie ein Knigge des Oö. Landtags, das heißt zumindest auch ein Mindestmaß an einem Verhaltenskodex, wie wir miteinander umgehen. Danke! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Was verbindet den Amoklauf mit dem Weizenpreis, mit Sitte und Anstand? Die Landtagsgeschäftsordnung, denn alles läuft im Rahmen dieser Geschäftsordnung hier ab. Und ich kann mich erinnern, als ich zum ersten Mal hier an diesem Rednerpult stand, das war im Jahr 1991, saß vor mir der Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grüner und bei einer etwas emotionalisierten Wortmeldung tätigte er Zwischenrufe, darauf drehte ich mich um zur Präsidentin und frage sie, „ist es in diesem Haus üblich, dass die Exekutive die Legislative bei den Ausführungen unterbricht“. Ich kam ja gerade aus dem Parlament, Rudi Anschober lächelt, denn er weiß, dass natürlich das im Parlament unüblich ist, wenn Regierungsmitglieder hinter (Zwischenruf Abg. Schenner: "Eh bei uns auch.") dem Nationalrat sich befinden, dass

natürlich dann die Unterbrechung und der Zwischenruf im Parlament nicht gut möglich ist, weil sonst würde sich der Redner umgedreht zur Kamera mit dem Regierungsmitglied hinter ihm unterhalten, und genau das gleiche Problem wäre mit dem Mikro. Darauf hat der Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grüner hinübergerufen zu meinem Parteiobmann Dr. Achatz, "Hans, der Junge will dir das Wort verbieten". Das alles steht in der Landtagsgeschäftsordnung, das war meine erste Wortmeldung.

Damals im Jahr 1991 war es für mich undenkbar aus dem Parlament kommend, als damaliger Klubsekretär, der im Übrigen auch den Namenswechsel zum Klubdirektor, genau so wie jetzt, ich gratuliere den zukünftigen Klubdirektoren zur neuen Bezeichnung, durchgemacht hat, war es unüblich, dass es keine dringliche Anfrage gibt. Es ist so richtig nach oben, man steht auf als Fragesteller in der Opposition, fragt das Regierungsmitglied eine kurze Frage, nicht zu lange und wartet die Antwort ab, bedankt sich und setzt sich wieder nieder. Das ist nicht so im Selbstverständnis des Parlamentarismus, wie Kontrolle wirklich laufen sollte, deswegen ist es einfach eine Sternstunde, dass man endlich eine dringliche Anfrage bewirken kann und ich bedanke mich bei allen Mitstreitern und jetzt Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses, dass wir heute diese Beschlussfassung herbeiführen. Für mich sind es beinahe 18 Jahre, ich war selbst über fünf Jahre lang Obmann des Geschäftsordnungsausschusses und Unterausschusses und habe also viele Vorbereitungen in der vorhergehenden Periode noch für diese Änderung quasi entriert. Es ist halt dann nicht mehr zustande gekommen und es kommt jetzt zustande, mir tun nur zum Beispiel Präsidentin Orthner oder auch Kollege Trübswasser leid, die an dem ganzen Gericht mitgekocht haben, aber jetzt nicht mehr davon naschen dürfen, weil die Inkrafttretung erst in der nächsten Periode passiert. Aber sie können es ja dann einmal beobachten, ob das, was hier gekocht und zusammen gebraut wurde, auch wirklich gut ankommt. Ich bin davon überzeugt, weil es einfach einen modernen, lebendigen Parlamentarismus erlaubt.

Allerdings befürchte ich, dass die Wissensbeschaffung natürlich dieses Oberösterreichischen Landtags kräftig leiden wird, weil die vielen Studien, die wir in den letzten Jahren beantragt und beschlossen haben, die wird es wahrscheinlich nicht mehr geben, weil Gott sei Dank können wir jetzt endlich auch hier sagen, was wir wollen, und müssen nicht für jedes Problem, welches wir ansprechen wollen, irgendwelche Studien beantragen. Also, ich bin überzeugt, diese Periode wird die Periode der Studien gewesen sein, weil so viele Studien wir nie wieder brauchen werden, wie es in Umgehung und Dehnung der Landtagsgeschäftsordnung in irgendeiner Form möglich war. Es ist ja auch eine wesentliche Erleichterung für den Verfassungsdienst und für die Landtagsdirektion, ist das noch eine Studie, oder verlässt man damit bereits sozusagen die Kompetenz. Ich sagte damals bereits im Jahr 1991/92, wenn der kleinste Gemeinderat in Oberösterreich sich sehr wohl auch mit einem Europathema beschäftigen kann, warum verbietet man diese Diskussion im Oö. Landtag. Die nächsten Abgeordneten, die von Oberösterreichern und Oberösterreichern gewählt werden, haben die Möglichkeit, sie brauchen nicht 29 Unterschriften oder sie brauchen nicht Studie drauf schreiben, wenn sie ein Problem hier diskutieren wollen.

Es gibt ein minderheitenfreundliches Recht, Anträge einzubringen, es gibt Verbesserungen hinsichtlich der Absicherung, dass wirklich jede Fraktion mit Sitz, Stimme vertreten ist, es gibt klare Regelungen, dass man nicht mit Mehrheitsbeschlüssen, weil eine Entscheidung unangenehm ist, diese quasi immer nach hinten verschieben kann, das sind wirklich Verbesserungen, die uns allen in der Arbeit nützen werden, und ich denke, man sollte sich freuen, im nächsten Landtag dabei zu sein, um das Gericht zu kosten, welches jetzt gemeinsam mit einer Vorlaufzeit von über 2 Perioden zubereitet wurde, wenn ich an die dringliche Anfrage denke, wirklich genossen werden kann. Danke für diese einstimmige Beschlussfassung für

diese neue Landtagsgeschäftsordnung und viel Freude den zukünftigen Damen und Herren dieses Hauses im Umgang mit diesen neuen, auch minderheitenfreundlichen Möglichkeiten. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Dankeschön. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Chansri.

Abg. **Mag. Chansri:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hohes Haus! Nach über 5 Jahren können wir nun heute endlich die neue Geschäftsordnung des Oö. Landtags beschließen. Eine Geschäftsordnung spiegelt die Spielregeln und Verhaltensweisen eines Organs. Ich denke mir, das gegenständliche Werk kann sich sehen lassen, und es freut mich natürlich auch, dass viele SPÖ-Anträge darin berücksichtigt worden sind. Die Stärkung der Minderheitenrechte, und die explizite Einführung eines Klubrechtes waren uns immer ein wichtiges Anliegen, und finden sich nunmehr unter anderem im Paragraf 5, Absatz 1 und 2, dem Paragraf 22, Absatz 5 in Verbindung mit dem Paragraf 25, Absatz 7 und Absatz 8. Spannend wird, wie bereits von einigen Vorrednern schon erwähnt, der neue Paragraf 33. Dieser sieht die Einführung einer dringlichen Anfrage mit anschließender Debatte vor. Jedoch auch Paragraf 36, der nun gemeinsame Erklärungen des Landtags regelt, und sohin nicht mehr zwingend Wünsche der Landesvollziehung berücksichtigen muss, werden sicherlich für Vielfalt in der nächsten Legislaturperiode sorgen.

Erfreulich ist auch die Erfordernis der Zustimmung der Antragssteller zu Zusatz- und Abänderungsanträgen und zu Initiativanträgen, die keinem Ausschuss im Vorfeld zugewiesen worden sind. Auch die Einschränkung Verhandlungsgegenstände auf maximal sechs Monate zurück zu stellen sind unserer Meinung nach sehr begrüßenswert. Abschließend darf ich mich für die sehr konstruktive Zusammenarbeit im Unterausschuss bedanken, und möchte auch noch einmal unterstreichen, dass es meiner Meinung nach der richtige Entschluss war, die Geschäftsordnung erst mit Beginn der nächsten Legislaturperiode in Kraft treten zu lassen. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich sehe niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe diese Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung, wobei ich feststelle das gemäß Artikel 25 der Oö. Landes-Verfassung dieser Beschluss nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gefasst werden kann. Bei der Abstimmung werden wir so vorgehen, dass wir zunächst über den Abänderungsantrag Beschluss fassen werden. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Abänderungsantrag mit der Beilagennummer 1877/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Abänderungsantrag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen worden ist.

Durch die Annahme des Abänderungsantrages erübrigt sich die Abstimmung über den Hauptantrag. Ich stelle zusammenfassend fest, dass die Beilage 1851/2009 in der Fassung des beschlossenen Abänderungsantrages beschlossen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1852/2009, das ist der Bericht des Ausschusses für allgemeine innere Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Tanzschulgesetz geändert wird (Oö. Tanzschulgesetz-Novelle 2009). Ich bitte Herrn Abgeordneten Johann Affenzeller über die Beilage 1852/2009 zu berichten.

Abg. **Affenzeller:** Beilage 1852/2009. Bericht des Ausschusses für allgemeine innere Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Tanzschulgesetz geändert wird (Oö.

Tanzschulgesetz-Novelle 2009). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1852/2009.)

Der Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Tanzschulgesetz geändert wird (Oö. Tanzschulgesetz-Novelle 2009) beschließen.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede und der Herr Abgeordnete Affenzeller ist zu Wort gemeldet.

Abg. **Affenzeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Tanzschulgesetz ist der erwerbsmäßige Betrieb von Tanzschulen für Gesellschafts- und Volkstänze von einer Bewilligung der Landesregierung abhängig. Als persönliche Voraussetzung ist der Nachweis der Befähigung notwendig. Das derzeitige Tanzschulgesetz berücksichtigt das geltende Gemeinschaftsrecht derzeit nicht in der geforderten Weise. Daher müssen wir die Richtlinie vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, zwingt diese zu einer Novellierung des Tanzschulgesetzes. Gleichzeitig sollen auch die Richtlinien vom 29. April 2004 und 25. November 2003 umgesetzt werden. Es ist natürlich so, dass keine finanziellen Auswirkungen damit verbunden sind. Die ausdrückliche Aufzählung der antragsberechtigten Personen dient der Deutlichkeit der Gesetzesbestimmung und beinhaltet neben den schon bisher umfassten Angehörigen eines Staates, dessen Angehörige Österreich aufgrund von Staatsverträgen im Rahmen der europäischen Integration die selben Rechte zu gewähren hat wie Inländern, nun auch Familienangehörige von Unionsbürgern sowie langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen. Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht also nicht um Vorschriften, dass in Zukunft nur mehr der Linkswalzer erlaubt wird, sondern man kann dieser Richtlinie zustimmen. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Eisenrauch.

Abg. **Eisenrauch:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es stimmt schon, man muss beides können, den Linkswalzer und den Rechtswalzer. Und dieses Tanzschulgesetz heute - (Zwischenruf Abg. Schenner: "Regeln gibt es aber so auch!") - gebe ich Ihnen Recht. Das Tanzschulgesetz heute, haben wir schon gehört, wird an die EU-Richtlinien angepasst, und das ist auch gut so. Es ist aber sinnvoll, dass das Land Oberösterreich ein eigenes Tanzschulgesetz hat, mögen auch die einen oder die anderen sich darüber lustig machen, auch lästern darüber. Ein eigenes Tanzschulgesetz also, glaube ich, schließt den Wildwuchs aus, dass verschiedene Gruppen glauben, sie können also Tanzen lehren, können Menschen das Tanzen beibringen. Richtiges Tanzen lernt man wirklich nur von ausgebildeten Tanzlehrern, und eine Tanzschule zu besuchen ist für viele Menschen auch in unserem Land die Vorbereitung und auch das Werben dafür, dass das Tanzen auch zum Spitzensport gemacht wird. Es gibt Profis im Tanzsport und es gibt eine große Gruppe von Amateurtänzern. Und immer wieder gibt es diese wunderschönen Veranstaltungen, wo von der niedrigsten Klasse bis hin zur höchsten Klasse, zur S-Klasse, das Können gezeigt wird. Tanzschulen sind in den letzten Jahren aber auch dazu übergegangen, dass sie neben dem Tanzen den jungen Leuten auch ein bisschen ein Benehmen lehren.

Es werden Benimmkurse und Benimmseminare in den Tanzschulen gemacht, und diese werden von bis zu 90 Prozent von den jungen Leuten angenommen, die sehr gerne diese Benimmseminare besuchen. Die sind zum Teil sogar an einem Sonntagvormittag und das schon zeigt Disziplin, dass die jungen Leute dort hingehen und Freude daran haben, weil sie

vielleicht ja sogar die Nacht vorher durchgebummelt haben. Und es gibt, oder wie wichtig diese Benimmseminare sind, das merkt man erst, wenn man jungen Leuten begegnet, die einem das Gegenteil zeigen. Die jungen Leute bekommen dann auch von den Tanzschulen Zertifikate ausgeteilt. Und zu dieser Zertifikatsverleihung werden Leute aus der Wirtschaft eingeladen, Vertreter der Wirtschaft eingeladen, und auch der Politik, die sich sehr positiv über diese Benimmseminare der Tanzschulen äußern, weil die jungen Leute diese Zertifikate auch bei Bewerbungsschreiben zum Beispiel beilegen, und der eine oder der andere Chef sieht dann, also mein vielleicht zukünftiger Lehrling, der hat auch ein Benimmseminar besucht, und in diesem Benimmseminaren wird nicht nur gelehrt, wie man sich ordentlich kleidet, oder sich ordentlich zu kleiden hat, wenn man sich vorstellt, wie man umgeht, welche Anforderungen auf einen zukommen, Esskultur wird gelehrt, und wie gesagt, es ist sehr angenehm, wenn gut ausgebildete junge Leute im Benehmen und im Tanzen bei uns in Oberösterreich sind. Die Tanzschulen mit ihren Lehren, die sie bringen, bewirken sehr oft, dass junge Leute Belehrungen annehmen, die Eltern auf keinen Fall oder sehr oft nicht hinüberbringen, und ich glaube, jeder freut sich, wenn er junge Menschen trifft, die nicht nur gut tanzen können, sondern die auch ein gutes Benehmen haben. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegin! Du brauchst mich nicht noch so anlächeln, ich werde dich jetzt nicht auffordern, auch wenn wir beim Tanzschulgesetz sind. Es ist eine Neuregelung, Frau Kollegin, zur Gewerbeausübung, die im Wesentlichen die Gewerbeausübung für Drittstaatsangehörige regelt. Richtig? (Zwischenruf Abg. Eisenrauch: "Ja!") Danke. Und da ist es mitunter durchaus interessant, und das sollte man schon überdenken, dass es für Drittstaatsangehörige damit die Gewerbeausübung in diesem hier vorgelegten, diskutierten Gewerbe, möglicherweise in anderen Ländern nicht die gleichen Qualifikationsvoraussetzungen gegeben sein müssen wie bei uns in Österreich. Denn wenn es jemand bereits zu einer Tanzschule in einem Drittstaat gebracht hat, und er kommt mit der dortigen Befugnis ohne der entsprechenden Sitten- und Anstandslehren nach unseren Vorstellungen hierher, darf er sehr wohl die Tanzschule eröffnen, aber nachdem ich ja davon ausgehe, dass wir jetzt nur von unseren Tanzschulentwicklungen und eben der Anstandslehre, das war ja damals Sinn und Zweck dieses Gesetzes im Jahre 1951, und ich habe natürlich eine gewisse traditionelle und konservative Ader, und verstehe, dass man hier diesen Sitten- und Anstandsbereich erhalten möchte, deswegen werden wir da auch zustimmen, wie wohl man schon überlegen sollte, ob man es immer den österreichischen Gewerbebefugten erschweren sollte. Weil, wenn es leichter ist in Deutschland, Italien oder Portugal eine entsprechende Befugnis zu erwerben, um es dann bei uns auszuüben, dann weiß ich natürlich nicht, ob die gleichen, entsprechenden Sitten- und Anstandsvorstellungen, wie die Frau Kollegin Eisenrauch gerade ausgeführt hat, auch dort die gleichen sind.

Ich weiß es nicht, vielleicht sind die dort strenger, vielleicht liberaler, vielleicht anders, wie auch immer, will ich auch gar nicht werten. Es gibt Bundesländer, die haben es ersatzlos gestrichen, es gibt also hier durchaus Überlegungen, das Ganze etwas freier zu halten, denn wenn Tanzen unterrichtet wird, dann gibt es wohl die unterschiedlichsten Möglichkeiten, ich will keine erwähnen, da möge die Fantasie jedes Kollegen oder jeder Kollegin selbst die Tanzmöglichkeiten sich überlegen. Es steht aber zum Beispiel auch noch drinnen im Paragraph 3 in diesem Gesetz, über die Vertrauenswürdigkeit von Bewerbern wird beurteilt, so kann zum Beispiel eine Tanzschulgenehmigung nicht erlangt werden, wenn der Verdacht besteht, dass der Betrieb zur Förderung der Unsittlichkeit oder Trunksucht missbraucht werden kann. Wer, jetzt Hand aufs Herz, ist in die Tanzschule gegangen, und hat nicht auch in

manchen Dingen seine ersten Erfahrungen gesammelt, eigentlich habe ich mir gedacht, es wird dort durchaus auch gelehrt, wie man sich mit Anstand einer Dame nähert. Oder umgekehrt, wie auch immer, und ich weiß nicht, was hier im Paragraf 3 genau jetzt dann gedacht ist, dass keinesfalls ein Gläschen Sekt dann nachher vielleicht dazu gehört. Ich glaube, man sollte sich manche dieser Gesetze etwas gründlicher überlegen, wenn und wie man Anstand lehrt, dann sollte das auch ganz klar sein, welchen Anstand wir lehren, aber wir sollten vielleicht manche Drittstaatsregelungen überdenken, weil dieses Gesetz trifft eigentlich Drittstaatsangehörige. Wie auch immer, es wird konservatives Kulturgut weitergegeben, ich darf dich beruhigen, Herr Landesjägermeister, wir werden als Freiheitliche deswegen auch zustimmen, weil wir natürlich für Sitte und Anstand sind, deswegen unsere Zustimmung. Ob es ganz in dieses Jahrtausend passt, davon bin ich nicht überzeugt. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich sehe niemanden mehr zu Wort gemeldet, ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1852/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nur zur Beilage 1853/2009, das ist der Bericht des Ausschusses für allgemeine innere Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Gemeinde-Unfallfürsorgegesetz geändert wird (Oö. Gemeinde-Unfallfürsorgegesetz-Novelle 2009). Ich bitte Herrn Abgeordneten Ewald Lindinger über die Beilage 1853/2009 zu berichten.

Abg. Lindinger: Beilage 1853/2009, Bericht des Ausschusses für allgemeine innere Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Gemeinde-Unfallfürsorgegesetz geändert wird (Oö. Gemeinde-Unfallfürsorgegesetz-Novelle 2009). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1853/2009.)

Der Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Gemeinde-Unfallfürsorgegesetz geändert wird (Oö. Gemeinde-Unfallfürsorgegesetz-Novelle 2009) beschließen.

Dritte Präsidentin: Sind Sie zu Wort gemeldet? (Zwischenruf Abg. Lindinger: "Jawohl!") Ich eröffne die Wechselrede.

Abg. Lindinger: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier geht es um ein Landesgesetz, das schon sehr, sehr in das Alter gekommen ist. Das Gesetz stammt aus dem Jahre 1969 und hier geht es nicht jetzt um das Tanzen bei den Gemeindebediensteten, sondern hier geht es wirklich um jene Gemeindebediensteten, die auf Grund eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit hier in Genuss dieses Gesetzes kommen. Und es sind nach 40 Jahren einige Definitionen natürlich neu zu machen gewesen, und neu zu definieren, Leistungen und Verfahrensregelungen waren nicht mehr zeitgemäß, die Hinterbliebenen von Vertragsbediensteten hatten keine Regelungen in diesem Gesetz. Die Berufskrankheiten haben sich in den letzten 40 Jahren verändert, dass sie neu definiert werden mussten. Und was ganz wichtig ist, dass auch die Vergütungssätze dem heutigen Standard angepasst werden, insbesondere bei der Benutzung der Sonderklasse von 80 auf 90 Prozent. Bei der Festsetzung, Neufestsetzung einer Rente ist man zu einer Lösung gekommen, dass bei Erwerbsminderung, dass sich wenn sich das mindestens um 10 Prozent mindert für die Dauer einer Erwerbsminderung bei einer Verbesserung oder Verschlechterung durch mehr als drei Monate kann sich auch die Rente verändern. Und es wurde auch der Ausdruck vorläufige Rente und Dauerrente vereinheitlicht. Neuregelung gab es auch beim Bestattungskostenbeitrag bei Dienstunfall

und Berufskrankheit. Die Hinterbliebenenrente wurde mit der Höhe der Versehrtenrente gedeckelt.

Geschätzte Damen und Herren, viele wesentliche Änderungen für eine moderne Gestaltung auch der Sozialgesetzgebung und ich bedanke mich hier auch für die Vorlage des zuständigen Regierungsmitgliedes Landesrat Josef Acknerl und auch dem Obmann des Ausschusses für allgemeine innere Angelegenheiten Arnold Schenner, der diesen Bericht also gleich in den Landtag gebracht hat und den Ausschuss überzeugen konnte, dass kein Unterausschuss eingerichtet wird und noch in dieser Legislaturperiode beschlossen wurde und auch bei allen anderen Fraktionen, die dem zugestimmt haben, damit eine moderne Gesetzgebung gleich hier im Oberösterreichischen Landtag beschlossen werden kann. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weinberger.

Abg. Weinberger: Sehr geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer, lieber Direktor Lumplecker! Mit der zu beschließenden Oberösterreichischen Gemeinde-Unfallfürsorgegesetz-Novelle 2009 wird sozusagen der Geburtstag dieses Gesetzes gefeiert. Fast auf den Tag genau vor 40 Jahren wurde dieses Gesetz aus der Taufe gehoben, sowohl hinsichtlich des Leistungs- als auch der Verfahrensregelungen war es nicht mehr zeitgemäß. Die Begrifflichkeiten dieses Landesgesetzes werden daher mit jenen anderer Unfallfürsorgeregelungen und des Sozialversicherungswesens harmonisiert und als Vorbild für dieses Gesetz diente vorwiegend das Gesetz über die Kranken- und Unfallfürsorge für die oberösterreichischen Landesbediensteten.

Diese Novelle trägt den Gegebenheiten der heutigen Zeit Praxis. Die wesentlichen Punkte aus der Novelle, Kollege Lindinger hat schon einiges darüber berichtet, eben die formelle Übernahme der Hinterbliebenen von Vertragsbediensteten, weiters die Aufnahme der Definition von Berufskrankheiten. Wichtig erscheint mir auch der teilweise Entfall der Regelung über den Verlust von Ansprüchen bei nichtzeitgerechter Geltendmachung. Der Angehörigenbegriff wird inhaltlich im Wesentlichen unverändert an jene der anderen Sozialgesetzgebungs- oder der anderen Sozialversicherungsgesetze und jenen des oberösterreichischen Krankenfürsorgelandesgesetzes angepasst. Das jährliche Beibringen einer amtlichen Lebens- beziehungsweise Witwenschaftsbestätigung ist nur mehr über Verlangen der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes beizubringen. Die Regelung der Bemessungsgrundlage für die Höhe der Leistungen aus der Unfallfürsorge wurde zeitgemäßer formuliert.

Die Erhöhung des Vergütungssatzes bei der Sonderklasse von 80 auf 90 Prozent ist sicher im Sinne der Versicherten der Betroffenen, die das benötigen. Die Voraussetzung einer Rente erfolgt dann, wenn sich die Erwerbsminderung um mindestens 10 Prozent verändert. Im Paragraph 30 wird eben die Zusatzrente für Schwerversehrte zeitgemäß erfasst. Eine Zusatzrente in der Höhe von 50 Prozent gebührt Schwerversehrten dann, wenn die Erwerbsminderung von zumindest 70 Prozent vorliegt. Weiters wird eben in der Novelle auch auf die Bestattungskosten hingewiesen, diese neu geregelt und in jener Höhe geleistet, die tatsächlich eintreten und auch jene/r Person oder Personen, die diese Kosten zu tragen hatten. Das Höchstausmaß der Hinterbliebenenrente wird mit der Höhe der Versehrtenrente gedeckelt. Ich glaube im Sinne der Gemeindebediensteten und Gemeindefunktionäre ist diese Novelle sehr zu begrüßen. Mein Dank gilt allen, die daran mitgewirkt haben, dass diese Überarbeitung des Gesetzes stattfand und dass wir zeitgemäße Regelungen gefunden haben. Daher wird die ÖVP-Fraktion dieser Gesetznovelle selbstverständlich zustimmen. Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich sehe keine Wortmeldung mehr. Ich schließe daher die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1853/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1854/2009, das ist der Bericht des Ausschusses für Umweltangelegenheiten betreffend das Landesgesetz über die Abfallwirtschaft im Land Oberösterreich (Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009 – Oö. AWG 2009). Ich bitte Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz über die Beilage 1854/2009 zu berichten.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bericht des Ausschusses für Umweltangelegenheiten betreffend das Landesgesetz über die Abfallwirtschaft im Land Oberösterreich (Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009 – Oö. AWG 2009). Ich darf Ihnen zuerst den Bericht des Umweltausschusses, des Unterausschusses zum Abfallwirtschaftsgesetz 2009 übermitteln und darf nur ganz kurz berichten über das lange Gesetz. Wir haben in vielen Unterausschusssitzungen eine Novelle des Abfallwirtschaftsgesetzes erarbeitet und haben hier wesentliche Punkte verbessert, wesentliche Paragraphen durchgearbeitet, die möchte ich dann in meiner Rede einzeln hervorheben.

Der Ausschuss für Umweltangelegenheiten beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz über die Abfallwirtschaft im Land Oberösterreich (Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009 – Oö. AWG 2009) beschließen.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede und erteile Frau Abgeordnete Schwarz das Wort.

Abg. **Schwarz:** Ein Bericht über ein Gesetz, das so lang ist, ist ganz schwierig. Erlauben Sie mir vorweg einmal gleich zu Beginn danke zu sagen, danke an die gute Zusammenarbeit aller Fraktionen im Oberösterreichischen Landtag, zur Weiterentwicklung dieses Abfallwirtschaftsgesetzes. Wir sind in Oberösterreich eigentlich, nicht nur eigentlich, sondern federführend und vorbildhaft wie auch der Bundesrechnungshof bestätigt hat in der Abfallwirtschaft gewesen und werden es mit diesem Gesetz noch viel, viel weiter sein. Genau das war auch die Basis zur Erarbeitung eines Gesetzes, das 1997 im Landtag beschlossen worden ist, das eben jahrelang nicht reformiert wurde und jetzt wirklich schon dringend einer Reform, einer Weiterentwicklung, einer Verbesserung, bedurft hat.

Auf Basis des Rechnungshofberichtes, aber auch auf Basis der Economics Studie wurden Verbesserungen, Weiterentwicklungen in diesen Bereichen erarbeitet in Zusammenarbeit, und auch hier gleich vorweg ein großes Dankeschön an die Partner und FachexpertInnen von auswärts, sprich Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Gemeinde- und Städtebund aber natürlich federführend der Landesabfallverband plus die Fachexpertinnen und -experten auf Landesebene. Da möchte ich mich ganz persönlich bedanken bei der guten Zusammenarbeit und vor allem bei der guten fachlichen Begleitung des Unterausschusses aber auch der Gesetzesvorlage bei Dr. Rössler, bei Dr. Leitgeb, bei Frau Mag. Hörzing, bei Dipl.-Ing. Haidinger und bei Dipl.-Ing. Anderer vom Landesabfallverband. Genau mit diesen Experten und Expertinnen wurde wirklich eine fundierte Unterlage erarbeitet und dann gemeinsam diskutiert. Und auch in den Beratungen haben genau diese Experten und Expertinnen immer wieder ihre Fachpositionen eingebracht und das war, glaube ich, sehr wichtig, um eben hier wirklich ein Gesetz zu schaffen, das den wesentlichen Kriterien dient. Wesentliche Kriterien einer Abfallwirtschaftspolitik heißt, der Umweltschutz ist im Vordergrund. Wir wollen hier wirklich auch weiterhin Vorreiter sein und die Abfallwirtschaft hat die Vorgaben der CO₂-

Einsparungen schon erfüllt in Oberösterreich. Und ich glaube, da können wir stolz sein. Aber wir haben noch Verbesserungspotenzial und das Verbesserungspotential wurde eben festgestellt im Bereich Biomasse, im Bereich biologische Abfälle und im Bereich Baurestmassen. Hier haben wir noch Bedarf uns weiterzuentwickeln, aber ein bisschen später zu diesen Punkten.

Wichtig war aber auch, dass für die Bürgerinnen und Bürger in Zeiten wie diesen aber auch zukünftig keine Erhöhung der Abfallgebühren kommt, dass eine Qualitätsverbesserung kommt, eine Serviceverbesserung, weil das ist ja auch Teil einer Grundleistung, die wir alle brauchen, wenn wir konsumieren. Leider Gottes geht es nicht abfallfrei, das heißt, hier eine Verbesserung der Serviceleistung für die Menschen, für die Bürgerinnen und Bürger in Oberösterreich zu erreichen und keine Verteuerung per se zu erreichen. Wieso keine Verteuerung? Weil wir gerade mit den Maßnahmen und einer verstärkten Kooperationszusammenarbeit gemeindeübergreifend hier auch Synergiepotentiale nutzen können und so Einsparungen in vielen Bereichen auch erreichen können.

Ich möchte einige Punkte herausgreifen, die mir wichtig erscheinen, dass man sie wirklich noch einmal in Erinnerung ruft. Das Gesetz ist sehr umfangreich und die Betonung, und das war uns alle ganz, ganz wichtig, war, dass wir als Land Oberösterreich eine Vorbildwirkung haben, eine Vorbildwirkung bei Abfallvermeidung und Abfallverwertung. Und was braucht es dazu? Da braucht es nicht nur den Willen, dass wir herinnen alles sauber trennen, das gehört dazu, aber auch dass wir Förderungen, dass wir Strukturen fördern, die eben genau diese Vorbildwirkung auch unterstreichen, also wir Förderungen ausschütten, dass eben zum Beispiel der Ausbau der ASZ, der Altstoffsammelzentren flächendeckend, einfach das Service für die Bürgerinnen und Bürger ist und hier auch die Möglichkeit einer sinnvollen Abfallverwertung, einer Wiederverwendung auch zugeführt werden kann.

Wir haben es auch geschafft gemeinsam wirklich zu schauen klare Definitionen und Abgrenzungen zwischen Aufgaben der Gemeinden, der Abfallbesitzer und -besitzerinnen, der Bezirksabfallverbände und der Landesabfallverbände. Wir haben in vielen Diskussionen und es war nicht immer ganz einfach, weil der Gemeindebund, die Wirtschaftskammer oder auch die politischen Parteien in einigen Punkten unterschiedliche Zugänge gehabt haben, hier gemeinsam Definitionen zu finden. Und die Hoheit der Gemeinden und der Gemeinderäte, jeder und jede von euch, die im Gemeinderat sitzt, weiß, da sind wir ganz nahe bei den Menschen, wenn es darum geht eine Abfallverordnung festzulegen, wenn es darum geht Abfallgebühren festzulegen, hier zu schauen, wie können die Gemeinden unterstützt werden, aber gleichzeitig auch ihre freien Entscheidungen haben im Rahmen, den wir als Landespolitik vorgeben, mit welchen Kriterien wollen wir Abfallpolitik haben, unter welchen ökologischen Bedingungen und unter welcher Qualitätsbedingungen wollen wir das in Oberösterreich gestalten? Hier haben wir versucht, und ich glaube, da sind wir sehr gut zusammengekommen und es ist am Ende eine sehr gute Lösung herausgekommen gerade auch bei der Definition wo wird Bioabfall geholt, dass wir hier gemeinsam schauen, jede Gemeinde ist etwas anders strukturiert, jede Gemeinde hat andere Grundbedingungen, hier zu schauen, dass die Gemeinde die Hoheit hat festzulegen, ja in dem Gebiet ist für uns dicht besiedeltes Gebiet, dort holen wir die Biotonne, dort bieten wir es an außer die Menschen kompostieren ordnungsgemäß den Biomüll selbst, einfach hier wirklich gemeinsam zu schauen was braucht es.

Genau so auch bei den Gebühren, dass wir sagen, wir wollen klare Kriterien für die Bürgerinnen und Bürger haben, vergleichbare Kriterien und eine Transparenz der Gemeindegebühren. Das ist, glaube ich, ganz entscheidend, dass wir auch wissen, jeder Einzelne von uns weiß, wie setzt sich das zusammen und dass ich gewisse Angebote habe, ob ich jetzt in

Berg bei Rohrbach wohne, ob ich jetzt in Bezirk Urfahr in Puchenau oder ob ich in Linz wohne. Und ich glaube, das war einfach wichtig auch zu sagen, es gibt ein fixes Angebot, das ist überall da und das kostet eben und da gibt es gewisse Pauschalgebühren und dann individuelle Gebühren je nach dem wie die Menge ist, wie die Frequenz ist und so weiter. Und ich glaube, das war einfach ein wesentlicher Beitrag, nämlich gerade auch zur Sicherung unserer guten Struktur der ASZs in ganz Oberösterreich. Ich glaube, wenn ich es vergleiche mit anderen Bundesländern, es haben sehr viele Altstoffsammelzentren, aber wir können auch stolz sein, weil bei uns wirklich 80 Prozent des anfallenden Restmülls, Entschuldigung der anfallenden Altstoffe, wieder verwertet werden. Ich glaube, das ist ein sehr hoher Anteil und auf das können wir stolz sein.

Wir haben auch versucht zu schauen, wo können die Aufgaben der Gemeinde in den Bezirksabfallverband oder den Landesabfallverband weitergegeben werden. Wo macht es einen Sinn, dass gemeindeübergreifend gearbeitet wird, wo macht es Sinn die Unterstützung des BAVs zu haben, ob das bei der Beratung ist, ob das bei der Beratung auch bei Baurestmassen ist und so weiter. Hier haben wir wirklich versucht, wo gibt es eben diese Synergieeffekte, wo ist die Fachkompetenz des Bezirksabfallverbandes der Mitarbeiterinnen und der Mitarbeitern dort wichtig und gefragt.

Ein ganz wesentlicher Punkt war uns natürlich die verstärkte Sammlung biogener Abfälle. Wir haben immer noch viel zu viel Bioabfall in der Restmülltonne. Das wollen wir herausheben. Warum? Weil genau aus diesem Bioabfall wertvoller Kompost gemacht wird. Und ich war gestern bei einer Bodenbündnisverleihung, Manifestunterzeichnung in Gallneukirchen. Und da haben Schülerinnen und Schüler erarbeitet was alles im Boden ist und was alles im Humus ist und wie wichtig Humus ist. Wie wir dann gesprochen haben, wie macht man Humus, haben einige es gewusst vom Komposthaufen im eigenen Garten, aber sehr viele Schülerinnen und Schüler nicht. Und dann haben wir diskutiert und wie geht das mit dem Bioabfall, was kommt da alles hinein und wo kommt dann der Humus her, wo kommt der Kompost her, der Dünger, das beste Düngemittel, das wir eigentlich haben. Und genau hier, glaube ich, müssen wir ansetzen und hier braucht es noch verstärkte Einbindung gerade der Jugendlichen, weil das sind die, die was uns da ein bisschen treiben, dass wir wirklich gut trennen, dass wir auch den restlichen Biomüll aus der Restmülltonne herausbringen. Das spart Kosten, das spart Kosten der Entsorgung des Restmülls. Der ist wesentlich teurer als der Biomüll und gleichzeitig schafft es auch Wertschöpfung in der Region. Die Transportwege von Biomüll von der Gemeinde hin zum Kompostierer sind sicher kürzer als wie zu einer anderen Anlage, ob einer Deponie oder einer Verbrennungsanlage. Und genau diese kurzen Wege müssen wir nutzen, um diese Verwertung in der Region und wenn ich im Bezirk Gmunden schaue, wie das einfach toll funktioniert, wo der Bioabfall abgeholt wird, wo es die großen Tonnen gibt mit dem Strauchschnitt drinnen, für die Bürgerinnen und Bürger ein gutes System ist, und dort ein Bauer, ein riesengroßer Bauer, sich seinen eigenen Dünger erarbeitet und kompostiert und bei dem letzten Preisanstieg in den letzten Jahren gesehen hat, auch wo er vorher belächelt worden ist, dass er in eine riesengroße Kompostanlage investiert hat, dann hat er die anderen ausgelacht, weil er hat sich viele Kosten erspart, weil er nicht teure Düngemittel einkaufen hat müssen. Und ich glaube, da sieht man einfach diesen Kreislauf, diesen Zusammenhang, und das ist ganz wichtig.

Wir haben uns auch verständigt und in guter Absprache von der fachlichen Seite her, aber auch von rein ökonomischen Seite der einzelnen Bürgerinnen und Bürger die Abfallintervalle zu lassen, beizubehalten, weil es funktioniert gut und wir können hier wirklich sicher gehen, dass eben der Restmüll, der noch vorhanden ist, bestmöglich dann entsorgt wird und so keine zusätzlichen Verteuerungen auf die Bürgerinnen und Bürger zukommt. Wir waren auch

bestrebt und in vielen Gesprächen und manche Kolleginnen und Kollegen im Landtag wissen auch davon ein Lied zu singen, dass es natürlich in diversen Bezirken die wachsenden Strukturen gibt, die wachsenden Strukturen gibt aus unterschiedlichen Begründungen heraus, die nicht mit einem neuen Gesetz jetzt einfach mit einem Strich ausgewischt werden sollen. Genau da haben wir geschaut, dass man in den Bezirken mit den Gemeinden, mit den Gemeindevertreterinnen und –vertretern schaut, wie können wir dieses System in ein Rechtssystem einpacken. Was heißt es und wie können wir das auch wirklich unterstützen und sagen, das ist gut eingeführt, aber das ist nicht unbedingt das Ziel einer jeder anderen Gemeinde, eines jeden anderen Bezirkes. Und ich glaube, da war es sehr wichtig, dass man immer wieder das Gespräch gesucht hat. Und da bedanke ich mich auch bei der Kollegin Jachs, beim Kollegen Steinkogler, Bürgermeister Schillhuber, die immer wieder gemeinsam geschaut haben, wie können wir gerade mit diesen Gemeinden reden, dass es auch verstanden wird, dass wir nicht etwas aufsetzen wollen, sondern wir gemeinsam eine Lösung finden. War ein bisschen mühsam, aber ich glaube, es hat sich gelohnt, weil ich glaube, es müssen alle Gemeinden dahinterstehen bei einem neuen Abfallwirtschaftsgesetz, weil sonst wird es wieder nicht so gut umgesetzt. Das haben wir ja beim letzten Abwasserentsorgungsgesetz gesehen, wenn man die Gemeinden nicht von Haus aus im Boot hat, dann wird das einfach nicht so umgesetzt wie wir es wollen.

Und zur Umsetzung, auch da war es uns wichtig hier einen langen Rahmen zu lassen. Wir haben heuer Wahlen, das ist ganz etwas Neues was ich uns jetzt da sage, heuer am 27. September. Und da werden auch neue Gemeinderäte definiert und die neuen Gemeinderäte sollen auch die Chance haben, sich mit der neuen Abfallordnung intensiv auseinanderzusetzen, zu schauen, was braucht es, was können wir für unsere Bürgerinnen und Bürger in der neuen Legislaturperiode umsetzen. Und darum war es uns wichtig, hier wirklich Zeit zu geben, genau dieses Gesetz in Abfallordnung umzusetzen, in Abfallgebühren zu berechnen, das eben da Zeit ist, dass sich ein neuer Gemeinderat auch dann wirklich einarbeiten kann, eine neue Gemeinderätin.

Ganz wichtig war uns auch noch die Stärkung der bedeutenden regionalen Abfallwirtschaftsprogramme. Ich glaube, ganz wichtig ist in Zeiten des Ressourcenmangels auch zu schauen, welche Ressourcen können wir denn wieder verwerten, welche können wir sinnvoll wieder verwerten und was braucht es dann zu einer Weiterentwicklung? Und da haben wir einfach geschaut, wie können Gemeinde und regionale Abfallwirtschaftsprogramme in Zusammenarbeit mit dem Landesabfallprogramm hier eine Ergänzung bieten und wirklich ökologisch für den Umweltschutz, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger hier Verbesserungen schaffen.

Ein Punkt war auch noch wichtig, das Prinzip der Nähe. Wir wehren uns gegen Mülltransport über alle Ecken und Enden. Da hat es auch Diskussionen gegeben natürlich auch von den Betreiberinnen und Betreibern zum Beispiel der Verbrennungsanlagen. Und hier haben wir versucht oder die Beseitigungsanlagen, hier haben wir wirklich versucht von den bisherigen Genehmigungsverfahren, die eher länger waren, zu Anzeigeverfahren zu kommen, das Intervall so kurz wie möglich zu halten, dass es wirklich für die Betriebe leicht ist, auch ein Angebot zu stellen und sie nicht behindert werden durch irgendwelche langen Fristen und Auflagen.

Hier sind wir zusammengekommen, nicht ganz das, und Kollege Frauscher ist gerade rausgegangen, vielleicht gerade deswegen, nicht was sich die Wirtschaftskammer in letzter Konsequenz gewünscht hat. Aber ich glaube, wir haben hier auch gemeinsam mit der Wirtschaftskammer sehr vieles erarbeitet und sehr viel Verständnis auch hoffentlich geweckt, dass wir in vielen Bereichen Forderungen der Wirtschaftskammer natürlich nachgekommen

sind, aber in erster Linie war uns immer wichtig, für die Bürgerinnen und Bürger das beste Gesetz zu haben und hier aber nicht die Wirtschaft auszubremsen, nicht die Gemeinden auszubremsen, sondern wirklich zu schauen, was heißt das für uns gemeinsam? Und wir haben viele Anregungen der Wirtschaftskammer auch aufgenommen. Die wurden schon in den Entwurf eingearbeitet.

Es wurden zum Beispiel gerade bei den Behältern, welche Behälter werden da genommen, da haben wir auch auf die Wünsche der Entsorger Rücksicht genommen, weil wir gesagt haben, es macht ja keinen Sinn irgendwie von oben herunter eine Definition vorzugeben und hier müssen sich alle Gemeinden, alle Entsorger danach richten. Hier braucht es auch diese Vielfalt. Die soll aber kein Wildwuchs sein, sondern soll auch wirklich händlbar sein und vergleichbar sein.

Ganz wichtig war auch, dass der BAV keine operativen Tätigkeiten übernimmt. Das es nicht ein Wirtschaftsbetrieb wird, der gefördert wird von öffentlichen Geldern, das war uns auch ganz klar. Es gibt halt oft nur Einzelfälle und jetzt die Diskussion haben wir im Bezirk Rohrbach gehabt. Wir haben sehr lange gesucht, dass es einen Deponiebetreiber gibt für Baurestmassen. Wir haben keinen gefunden. Somit haben die Gemeinden, sprich der BAV, dann gemeinsam eine Deponie gemacht und wird jetzt vom BAV betrieben. Das ist aber nicht das Hauptziel des BAVs, aber es ist wichtig, genau hier auch eine richtige Entsorgung dieser Baurestmassen sicherzustellen und das ist auch eine Aufgabe, eine Forderung des BAVs.

Wir haben viele Bereiche herausgestrichen, die vielleicht auch missverstanden werden können in der Zukunft. Die BAVs bleiben das, was sie bis jetzt sind, wirklich Kompetenzzentren im Bereich Abfallwirtschaft und nicht in einem allgemeinen globalen Zusammenhang, Kompetenzzentrum für Umweltschutz, wo man nicht weiß, was es genau ist. Ich bin der Überzeugung, wenn sie die Kompetenzzentren für Abfallwirtschaft sind und bleiben und weiterentwickeln, dann sind sie ein wesentlicher Bereich, ein sehr wesentlicher Bereich für den Umweltschutz sowieso. Und hier glaube ich sind wir auf einen guten Weg gemeinsam gekommen.

Ganz wichtig war es uns auch, wirklich diese Intervalle zu verkürzen und was man auch nicht vergessen darf, durch eine erhöhte Sammlung auch des Bioabfalls kommt es zu anderen Verteilungen. Es werden genau die kleinen regionalen Entsorger, die vor Ort den Biomüll abholen und die regionalen Kompostieranlagen teilweise noch landwirtschaftlich, aber immer mehr auch so Kleingewerbe, weil die Bauern, die früher das mit dem Sackl mit dem Traktor abgeholt haben, das wollen wir nimmer haben. Das war uns allen wirklich klar. Dass es wirklich auch hier eine gesundheitspolizeiliche richtige Abholung passiert, dass nicht irgendwo der Biomüll auf der Straße oder irgendwo herumliegt, sondern dass wir wirklich hier eine Entsorgung haben, die auch wirklich von der Qualität her passt, die für die Bürgerinnen und Bürger passt, die aber auch für die Entsorger passt.

Hier haben wir versucht und damit bedanke ich mich nochmals, auch für die sehr oft kontroverse Diskussion. Aber genau diese Diskussion hat es auch ermöglicht, dass wir jetzt ein Gesetz haben, das für alle sehr gut umsetzbar ist, was vom Gemeindebund, vom Städtebund und von allen auch entsprechend angenommen wird und wurde und wir gesagt haben, ja das umsetzbar, das ist für uns ein wichtiger wesentlicher Fortschritt. Wir haben die Zeit, das umzusetzen.

Dafür bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich und möchte einfach hervorheben die Sprecher der einzelnen Klubs. Das war Christian Makor-

Winkelbauer, das war der Sepp Steinkogler, das war der Klubobmann Steinkellner. Weil es hier wirklich eine angenehme Zusammenarbeit war, auch wenn wir oft unterschiedliche Positionen gehabt haben. Ich glaube, das zeigt auch, trotz der Diskussionen oft im Landtag, dass wir wenn es um Sachen geht, wenn es um Inhalte geht, gut zusammenarbeiten und ich wünsche mir auch, dass gemeinsam dieses Gesetz dann beschlossen wird, dass wir gemeinsam bei den Gemeinden hier und bei den Bürgerinnen und Bürgern eine Weiterentwicklung auch beraten können und hier gemeinsam was fordern. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Steinkogler.

Abg. **Steinkogler:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Unverständlicher Zwischenruf) Oberösterreich hat seit, was? (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Ich hab den Landesrat vergessen zu loben!") Das mach ich. Die Kollegin Schwarz hat bei den sieben Ausschusssrunden, Unterausschusssrunden so ein Intus von der gesamten Gesetzesmaterie gekriegt, dass sie das ganze Gesetz, alle Paragraphen hat sie uns auswendig gesagt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit 1991 hat Oberösterreich ein sehr fortschrittliches und modernes Abfallwirtschaftsgesetz. Auf Initiative des damaligen Landesrates Dr. Josef Pühringer wurde am 6. Dezember 1990 hier in diesem Haus das erste oberösterreichische Abfallwirtschaftsgesetz einstimmig beschlossen. Ich erinnere mich nur deshalb so genau, weil wir am 6. Dezember, Viktor Sigl, Karl Lauss, Werner Zimmerberger und ich hier angelobt wurden. Und unter Punkt 5 wurde damals das erste Abfallwirtschaftsgesetz beschlossen. Und ich behaupte, dass es ein sehr bürgernahes, bürgerfreundliches und weitreichend gutes Gesetz war und ist. Und es hat sich in Oberösterreich gut entwickelt. Das wurde schon gesagt. Die Entwicklung der Bezirksabfallverbände, die praktisch die Profession für die Gemeinden machen, der Landesabfallverband, das dichte Netz und gute Netz der Abfallsammelzentren und Abfallsammelinseln, der LAVU-AG, die in der Zwischenzeit von einem Zuschussbetrieb zu einem hoch professionellen Betrieb wurde. Hier ist sehr, sehr viel in Oberösterreich geschehen.

Und auch die Oberösterreichlösung beim Restmüll dürfen wir nicht vergessen, wo die Verwertung gemeinsam, gezielt, in der AVE in Wels durchgeführt wird. Hier ist sicherlich einer der größten Teile des Klimaschutzes von Oberösterreich verwirklicht.

Und ich glaube auch, dass die Novelle in sicherlich wirtschaftlich nicht leichten Zeiten möglich war ohne Gebührenerhöhungen, wie es die Vorrednerin schon gesagt hat, und trotzdem eine dementsprechende Fortentwicklung des Systems mit entsprechenden Qualitätssprüngen, das heißt eine Weiterentwicklung ohne steigende Kosten möglich war. Es werden nicht nur Anpassungen an das Bundes-AVEG vorgenommen, sondern auch die Rechnungshofkriterienpunkte, gerade beim Biomüll, wir haben noch 24 Prozent im Restmüll drinnen, und auch bei der Baurestmassenerfassung wird hier Rechnung getragen.

Und behaupte, auch wenn immer wieder in den Raum gestellt wird, durch die Biotonneneinführung werden die Gebühren höher, das kann und stimmt einfach nicht. Vergleichen Sie nur, eine Tonne Restmüllverwertung kostet 157 Euro, eine Tonne Biomüllverwertung, -kompostierung kostet 43 Euro. Hier kann sich jeder ausrechnen, dass das nur zu Gunsten der Bürger und der Umwelt in Oberösterreich ausgehen kann. Es wird auch in Zukunft das Prinzip der Nähe beibehalten und auch die Gemeindeautonomie ist gewährleistet.

Ich möchte mich auch dem Dank, den unsere Vorsitzende sehr ausführlich schon gesagt hat, anschließen, ausweiten noch auf den Dank an den Landesrat Rudi Anschöber und auch auf die Vorsitzende Uli Schwarz. Uli Schwarz, wir dürfen das zurückgeben. Du hast uns auch bei den sieben Unterausschusssitzungen immer reden lassen, öfter hab ich zwar das Gefühl gehabt, du kannst uns nimmer alle einfangen, aber es ist Gott sei Dank heute gelungen, dass wir ein gutes Gesetz zusammengebracht haben. Ich bin überzeugt, dass wir durch diese Novelle heute einen dementsprechenden Qualitätssprung ohne Belastung der Bevölkerung zusammengebracht haben. Danke schön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vorerst erlaube ich mir, einige Korrekturen anzubringen.

Es heißt im Gesetz, dass es sehr wohl für den Bürger teurer wird. Kollegin Schwarz hat gesagt, es wird nicht teurer. Kollegin Schwarz hat gesagt, es ändert sich auch nichts bei den Abfallgebühren. Deswegen muss ich jetzt kurz das Papier zur Hand nehmen. Ich lese vor, Seite Zwei: Für die oberösterreichischen Bürgerinnen und Bürger können eventuell Mehrkosten durch eine Erhöhung der Abfallgebühren entstehen, weil in einigen Gemeinden ein kürzeres Intervall bei der Abfuhr von Hausabfällen vorgeschrieben, in anderen Gemeinden die Biotonne verpflichtend eingeführt bzw. bei Abbruchvorhaben Meldungen an den BAV erstattet werden müssen. Es steht weiters: Diese Kostenerhöhung könnte durch Verbesserung bei der Sammellogistik und durch eine höhere Verwertungsquote ausgeglichen werden. (Unverständlicher Zwischenruf)

Also, es wird zuerst einmal der Bürger belastet, allerdings der Kostenausgleich wäre dann durchaus möglich, wenn das andere eintritt. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Nein!") Das ist aber nur dann gegeben, wenn das andere dazu gemacht wird. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Es kommt auf das Wie an!") Ich bin ja deswegen auch überrascht, warum das jetzt so seitens der Kollegin Schwarz angezogen wurde, hat doch in dieser Gesamtdiskussion und ich zitiere Landesrat Anschöber, der meint in einer Sitzung: Landesrat Anschöber gibt bekannt, dass aus ökologischer Sicht die vorgeschlagene Abholfrist sinnvoll erscheint, jedoch würde die Intervallverkürzung wahrscheinlich eine Erhöhung der Abfallgebühr bedeuten. Aufgrund dessen sollten die bisherigen Bestimmungen aufrecht bleiben. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Genau!") Sagtest du. Warum habt ihr es dann geändert? (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Nein, deshalb ist es ja dabei geblieben. Du warst bei der letzten Sitzung nicht dabei!") Seite 36, Absatz 2! (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Du warst bei der letzten Sitzung nicht dabei!") Habt ihr den Absatz 2 gestrichen? Bitte komm dann raus und lese vor, Paragraph 5, Absatz 2: Die Sammlung der Hausabfälle im Abholbereich hat durch die Gemeinde in regelmäßigen vierwöchigen Abständen zu erfolgen. (Unverständlicher Zwischenruf) Dann müssen wir uns jetzt über die Fassung, die uns zugrunde liegt, einmal unterhalten. (Unverständlicher Zwischenruf)

Ich glaube ja, dass wir hier eine offizielle Vorlage haben. Die lese ich gerade vor. (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Lies weiter!") Ja. Ist das Konsens, was ich vorgelesen habe, dass das die Vorlage ist? (Unverständlicher Zwischenruf) Ja. Hast du eine andere Fassung? (Unverständlicher Zwischenruf) Was steht bei dir? Sechs Wochen? (Zwischenruf Abg. Steinkogler: "Ja, steht herinnen!") Im jetzigen Gesetz ist unter Paragraph 8 sechs Wochen gestanden. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Einfach weiterlesen!") Ich glaube, ihr werdet ja das Gesetz so weit kennen, dass ich euch das jetzt wirklich vorlesen kann. Also im Paragraph 8 war die ursprüngliche Regelung sechs Wochen. (Unverständlicher Zwischenruf) Aber wir schauen

uns das, nein es sind ja genug da. Es geht ja darum, bitte wenn ein Fehler in einem Gesetz drinnen ist oder in einer Vorlage drinnen liegt, dann müssen wir es auch ausgleichen. So weit verstehen wir uns, oder? Überhaupt kein Thema.

Aber es geht ja weiter. Weitere Ablehnungsgründe von uns sind - (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Die FPÖ stimmt dem Gesetz zu!") Die FPÖ stimmt dem Gesetz nicht zu. (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Ist aber schon schade!", Zwischenruf Abg. Moser: "Ich hoffe, du hältst das aus! Keine persönliche Kränkung!") Meine Güte Uli. Die Abfallgebühren in doppelter Höhe können weiter eingehoben werden. Ist das sozial? Jetzt in einer Zeit einer Wirtschaftskrise, dass man nicht die Chance nützt, jetzt wirklich endlich einmal Kostenwahrheit hier einzuführen. Die Transparenz der Gebühren bleibt so intransparent, wie sie jetzt waren, weiterhin keine Aufschlüsselung, wofür genau die Kosten vom jeweiligen Bürger bezahlt werden, keine Änderung möglich. Nicht einmal bei der Rechnungslegung war eine Änderung möglich. Die Besetzung der Organe ist ineffizient, aufgebläht und zu groß und zu teuer. Es gab weder eine Effizienzuntersuchung des LAVs, noch der BAVs, noch der jeweiligen genauen Kosten. Auch das hätte ich immer wieder gefordert und eingemahnt. Ist nicht erfolgt.

Und was bleibt über? Eine Zusammensetzung der jeweiligen Verbände, die den demokratischen Wahrheiten nicht entsprechen. Das ist übrig geblieben. Und das ist ein gutes Gesetz? Es tut mir leid, Uli Schwarz, das ist kein gutes Gesetz. Ich bin auch enttäuscht über die Grünen, dass sie Mehrheitsverhältnisse in BAVs zulassen, die der demokratischen Wirklichkeit bei Wahlen nicht entsprechen. Gerade von euch Grünen hätte ich wenigstens eines erwartet, dass das, was demokratisch an Ergebnissen wirklich gewählt wird, auch in der Abfallwirtschaft entsprechend Rücksicht findet. Genau das ist nicht (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Aber wir haben die Mehrheit gehabt!"), naja, genau das ist nicht passiert und ich bedauere es, dass ihr diese Chance ausgelassen habt, hier eine Verbesserung herbeizuführen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Makor-Winkelbauer.

Abg. **Makor-Winkelbauer:** (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Alles richtig stellen!") Nein. Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! In der Tat war dieses Abfallwirtschaftsgesetz eines, das sehr umfassend, sehr ausführlich, sehr eingehend in den zuständigen Unterausschüssen diskutiert wurde. Ich glaube, in diesen sieben Unterausschusssitzungen wurde auch über die allerweitesten Strecken, dass sehr konstruktiv, sehr fachlich fundiert auch gut zusammengearbeitet. Und es war auch insofern gut, dass das passiert ist, weil es tatsächlich eine sensible Materie ist, nicht nur was die Umweltrelevanz eines Abfallwirtschaftsgesetzes betrifft. Da geht es um die Sammlung, um die Vermeidung, um die Deponierung. Nicht umsonst sind mehrstellige Millionenbeträge in Zeiten wie diesen zu reservieren, um Altlasten aus den vergangenen Jahrzehnten auszumerzen, sodass jedes Problem, das wir heute durch ein vernünftiges Abfallwirtschaftsgesetz verhindern können, zukünftige Generationen sich ersparen auszumerzen.

Aber auch, es wurde mehrfach angesprochen, die Kosten, die den einzelnen Bürger betreffen, sind durchaus relevant, was das Abfallwirtschaftsgesetz betrifft. Und hier wurde, glaube ich, wirklich fundiert und gut in sieben Sitzungen, und es war eine sehr lebendige Auseinandersetzung und glaube ich, wirklich eine positive Auseinandersetzung auch für den Parlamentarismus in diesem Haus, weil es ein Gesetz war, das zwar gut vorbereitet war, eine gute Vorlage gegeben hat, aber durchaus auch in entscheidenden Punkten, glaube ich, noch Anpassungen und Änderungen durchgeführt worden sind, die so denke ich, im Sinne der Zusammenfassung dann durchaus weitgehend von allen positiv gesehen werden.

Die wesentlichsten Punkte aus unserer Sicht, auch im Vergleich mit der ursprünglichen Fassung sind auf der einen Seite jene, dass man auch in der sprachlichen Endfassung der Abfallvermeidung nun mehr Nachdruck verliehen hat durch das, dass man auch die Vermeidung tatsächlich in den textlichen Teil vermehrt auch eingebracht hat. Der Punkt Abfallintervalle und der Kollege Steinkellner ist eh noch da, der Punkt Abfuhrintervalle ist mit Sicherheit jener, denke ich mir, wo es zu keinen Verschlechterungen gekommen ist, Verschlechterungen im Sinne, dass es kürzere Intervalle gibt bitte. Das heißt nicht, dass es eine Verschlechterung ist. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Natürlich!") Wart ein wenig, musst einmal abwarten. Man hat den Gemeinden die Autonomie gelassen und auch weiter gegeben, selbst zu bestimmen, mit den Rahmen, die vorgegeben sind, wie es in ihren Gemeindegebieten die sinnvollsten Lösungen sind und was die Abfuhr des Hausmülls betrifft. (Zwischenruf Abg. Moser: "Zwei bis maximal vier Wochen!") Genau und lies halt noch einmal einen Satz weiter. Ihr dürft nicht immer dort aufhören zum Lesen, wenn eure Meinung fundiert ist und dann nicht mehr weiter. Weil wenn du weiter liest, und wir können es jetzt gemeinsam lesen, weil ich habe es mir eh mit heraus genommen. Das ist der Paragraf 5, wenn ich das jetzt noch richtig im Kopf habe, Absatz 2 bitte, wo es dann weitergeht, nach dem von dir: In Gemeindegebieten, in denen die Abholung der Biotonnenabfälle erfolgt oder eine ordnungsgemäße Eigenkompostierung erfolgt, verlängert sich dieser Zeitraum auf höchstens sechs Wochen. Das heißt, überall dort, wo es die Möglichkeiten einer ordnungsgemäßen Eigenkompostierung gibt, bzw. wo es Biotonnensammlung gibt, kann weiterhin, kann weiterhin eine Sechs-Wochen-Frist aufrecht erhalten bleiben. Und dass es sinnvoll ist, dort auch eine Biotonnenentsorgung vorzuschreiben, bzw. zu schauen, dass es eine vernünftige Eigenkompostierung gibt, glaube ich, ist bei einem Sechs-Wochen-Rhythmus ohnehin selbstredend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch was die Festlegung der Zonen betrifft, die eine verpflichtende Abholung der Biotonne betrifft, glaube ich, dass man in der Endfassung wirklich zu einer besseren Variante gekommen ist als in der ursprünglichen Version. Ursprünglich hat man sich sehr an Raumordnungsgesetz und an den Widmungskategorien Dorfgebiet und Wohngebiet orientiert. Das hätte in vielen vielen Bereichen zu Ungerechtigkeiten geführt, weil überall dort, wo sich die Gemeinden und Bürgermeister darauf zurückziehen, dass drinnen gestanden wäre – und so hätte man es verstehen können, nicht müssen – dass es halt im Wohngebiet vorgeschrieben wird und im Dorfgebiet nicht vorgeschrieben werden muss. Da wäre das nicht sinnvoll gewesen, weil die Widmungen in Wirklichkeit fließend sind. Viele der Dorfgebiete, viele der Ortszentren sind in ländlichen Gebieten als Dorfgebiete gewidmet, wo es in Wirklichkeit schon Sinn macht, auch die Biotonne vorzuschreiben.

Für uns der Knackpunkt schlechthin, der aber letztendlich auch zufriedenstellend aus unserer Sicht gelöst worden ist, war der Paragraf 5 Absatz 5. Die Anbindungspflicht des hausmüllähnlichen Gewerbeabfalls, wo es – um es vorsichtig zu formulieren – Tendenzen gegeben hat, das etwas aufzuweichen und so unter dem Motto einer Rosinentheorie, dort wo es ein Geschäft ist, man es auch Privaten ermöglicht hätte, während die öffentlichen und gemeindeeigenen Entsorgungsbetriebe auf den Entsorgungen sitzenbleiben hätten müssen und diese entsorgen müssen, wo es kein Geschäft ist. Das wäre aus unserer Sicht nicht denkbar gewesen und wäre sicher zum Nachteil auch der Gemeinden und ihrer Abfallentsorger gewesen.

Ein bisschen kritisch, nicht so ein heftiger Punkt und ganz unterschiedlich, Günther zu dir, sehe ich die Zusammensetzung der Abfallgebühren. Da sage ich sogar das Gegenteil. Er ist mir etwas zu kompliziert, durch diese Aufteilung in diese drei Kategorien, ist glaube ich der Paragraf 18, in diese drei Kategorien, die wiederum jeweils Unterkategorien haben. Also der

Abfallsammlungsbeitrag, der Abfallwirtschaftsbeitrag, der Abfallbehandlungsbeitrag mit den jeweiligen Unterkapiteln, die bis zu sieben Literas haben, ist es aus meiner Sicht so, dass es doch eher eine kompliziertere Variante ist, als das einfacher zu machen und es auch nicht transparenter macht, nur deswegen, weil viele Unterpunkte sind. Also uns hätte da eine durchaus einfache Variante, auch vor dem Hintergrund, dass Gesetze dem Grunde nach lesbar sein sollten, durchaus besser gefallen. Ist vielleicht eine Geschmacks- und Schönheitsfrage, aber es war auch Teil der Debatte und sei in diesem Zusammenhang auch erwähnt. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Aber es geht ja grundsätzlich um die Bürger, nicht ums Geld!") Naja, aber du kannst aus dieser Aufzählung ja durchaus auch herauslesen, dass der einzelne Bürger sich ja durchaus das Recht herausleiten könnte, dass man ihm das vorrechnet, nicht? Und da wären einige Gemeinden, vor allem die kleineren, würden dabei überfordert sein. Aber nichts gegen Transparenz und nichts gegen Nachvollziehbarkeit, aber ich kann es sehr kompliziert durchaus auch machen.

Was die Zusammensetzung des Bezirksabfallverbandes betrifft, da gebe ich dir aber doch Recht, Günther. Ich will dir mal wo Recht geben auch, (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Nein, was ist los?") was die Zusammensetzung der Bezirksabfallverbände und überhaupt der Abfallverbände betrifft, ist es in der Tat so, dass sie nicht den Wahlergebnissen, der Summe der Wahlergebnisse der Gemeinden entsprechen. Durch dieses Delegierungssystem der einzelnen Gemeinden kommt es zu absoluten Verzerrungen der politischen Zusammensetzung. Und man würde es nicht glauben, Günther, wenn du nur rechnest, wie weit jede Fraktion vom tatsächlichen Ergebnis weg ist, da sind wir sogar noch viel mehr benachteiligt als ihr, wenn du es in Prozenten rechnest. Und trotzdem, es gibt Bezirksabfallverbände und Gemeindeverbände, wo Parteien mit unter fünfzig Prozent der Summe der Stimmen, neunzig Prozent des Stimmrechts in den jeweiligen Verbänden haben. Und andere, die zehn Prozent haben, nicht einmal oft vertreten sind in den jeweiligen Verbänden. Und da war unser Zugang der, und hätten wir uns auch wirklich bemüht und wir haben viele Modelle im Klub bei uns durchgerechnet. Das bitte mir zu glauben! Aber es hätte in Wirklichkeit dazu geführt, dass wir eine Verzögerung beim Abfallwirtschaftsgesetz zusammengebracht hätten, weil wir eine Einigung in dieser sehr diffizilen Materie mit vier Parteien wahrscheinlich in der Geschwindigkeit nicht zusammengebracht hätte. Darum erneuere ich und wiederhole ich das Angebot, nicht nur das Angebot, sondern unsere Forderung, dass wir uns im Herbst dieses Jahres das Gemeindeverbändegesetz gemeinsam noch einmal anschauen und schauen, ob wir da nicht eine sinnvollere Lösung, eine bessere Lösung, eine demokratischere Lösung zusammenbringen, als jene, wie wir es jetzt haben.

Eine offene Wunde, meine sehr geehrten Damen und Herren, war in der Umweltpolitik und ist in der Umweltpolitik die Entsorgung, die ordnungsgemäße Entsorgung der Baurestmassen. Da gibt es diesen Rechnungshofbericht, wo klar dokumentiert wurde, dass mehrere hunderttausend – oder waren es eine halbe Million glaube ich sogar? (Zwischenruf Abg. Steinkogler: "300.000 oder so?") – hunderttausende Tonnen Baurestmassen ungeklärt in Oberösterreich in der Landschaft – und das wird so sein – verschwinden. Da war eine lange Debatte, ob jener Passus, was jetzt die Nachvollziehbarkeit, die Meldung, die Kontrolle der Baurestmassen betrifft, tatsächlich eine wirkungsvolle Lösung bringen wird oder ob das nur, und das befürchten wir ein bisschen, eine Scheinlösung ist. Auch da ist es so, dass ich mir denke, wir werden uns das jetzt mit aller Kritik, die auch unsererseits vorgebracht worden ist, die nächsten zwei, drei Jahre anschauen, ob es da zu einer Verbesserung gekommen ist. Und gegebenenfalls muss man dann tatsächlich Nachbesserungen machen. Wir befürchten, dass diese Lösung nicht die glücklichste ist, wie man dieses Problem in den Griff hätte bekommen können. (Die Erste Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte mich ebenfalls im Namen der SPÖ-Fraktion bei der Landtagsdirektion für die wirklich sehr gute Begleitung der Gesetzwerdung bedanken, bei den Expertinnen und Experten der Fachabteilungen, beim Städtebund, beim Gemeindebund, bei den Sozialpartnern für die wichtigen Inputs, die auch gebracht worden sind. Ein Kompromiss ist immer – und dieses Gesetz ist ein Kompromiss, dem wir zustimmen werden – ein Kompromiss ist immer einer, wo jeder Schritte entgegen macht. Man kann bei einem Kompromiss nicht mit jedem Detail einverstanden sein. Ich habe die Kritikpunkte auch vorgebracht. Ich denke mir aber im Summe, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir mit diesem Gesetz sicher einen Schritt nach vor machen. Wir werden, was die Auswirkungen betrifft, gemeinsam dieses Gesetz kritisch in der Umsetzung beobachten und gegebenenfalls in zwei, drei Jahren dann, vor allem was die Baurestmassen betrifft, dann Änderungsvorschläge machen.

In diesem Sinne stimmen wir diesem Gesetz zu und ich bedanke mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schillhuber.

Abg. **Schillhuber:** Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Mitglieder des Landtags, geschätzter Umweltlandesrat! Die Gemeinde ist die Nähe zum Bürger. Die Gemeinde ist verantwortlich für das Umsetzen der Entsorgung der Abfälle. Meines Erachtens ist es in dem Gesetz gelungen, die Bedürfnisse der Bürger in den Gemeinden zu erfüllen. Für mich gibt es zwei Dinge: Die Müllabfuhr kann vierzehntägig, vierwöchentlich, sechswöchentlich durchgeführt werden, nur kommt dazu, dass die Biotonne auch abgeführt werden muss. Und aus meiner Gemeinde, lieber Günther, ich weiß, dass wir seit wir Biotonnen eingeführt haben, billiger fahren, als wie wenn wir alles in einen Kübel hineingehaut haben. (Unverständlicher Zwischenruf) Daher bin ich der Meinung, dass das sicherlich funktioniert.

Eine entscheidende Aufgabe ist, dass die Gemeinde die Gebührenhoheit hat und damit der Gemeinderat, der am nächsten beim Bürger ist, darüber entscheidet, wie hoch die Gebühr ist, wie sie kostendeckend ist und gemeinsam im Gemeinderat darüber Klarheit geschaffen wird. Die Abfallordnung ist die Regelung dafür, wie vom Haushalt abgeholt wird, wie die Sammlung durchgeführt wird und der Gemeinderat legt fest, in welchem Gebiet die Biotonne, die Kompostierung durchgeführt wird.

Zu dem Thema Bezirksabfallverbände gibt es für mich zwei Zugänge: Die Gemeinderäte, lieber Makor-Winkelbauer, entscheiden, wen sie dort hinein entsenden. Und ich glaube, dass man nur zwei Möglichkeiten hat. Entweder man macht ein Bezirkswahlergebnis oder man lässt das die Gemeinderäte machen, weil die treffen die Entscheidung, wer in ihrer Gemeinde der Müllpapst ist, sag ich. (Unverständlicher Zwischenruf) Naja, das ist politisch, aber das kann einer aus der Partei sein oder derer Partei sein und der Gemeinderat soll entscheiden, wer im Bezirksabfallverband ist. Die Baurestmassen sind sicherlich ein Thema, wo es darum geht, das Aufkommen zu kontrollieren. Abbruchbewilligung wird in Zukunft an den Bezirksabfallverband weitergeleitet. Ob es wirklich der Stein der Weisen ist, bin ich persönlich noch nicht ganz überzeugt, weil Abbruchbewilligung alleine nicht die gesamten Baurestmassen erfüllen wird. Die Wirtschaft hat sich darum bemüht, die Abfuhr auch für mittlere und Kleinbetriebe in Zukunft aufrecht zu erhalten. Das heißt, dass das Unternehmen so nahe wie möglich in der Gemeinde und beim Bürger ist. Und ich glaube, dass wir dazu Rechnung getragen haben, dass kleine Unternehmen die Kundennähe zeigen und die Regionen stärken in der Müllabfuhr auch weiterhin beschäftigt sind.

Ich bin der Meinung, dass dieses Gesetz auf unsere Bürger, auf unsere Anliegen Rücksicht nimmt und daher begrüße ich es sehr. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schenner.

Abg. **Schenner:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich konzedieren, dass ich schon den Eindruck hatte, dass die Verhandlungen in den Unterausschüssen mit dem Willen geführt wurden, zu einem Konsens zu kommen. Und alles in allem betrachtet, ist das Ergebnis der Verhandlungen auch so, dass wir und auch ich zustimmen kann. Ich bedanke mich auch für die Geduld, mit der meine Ausführungen insbesondere zu den Baurestmassen zur Kenntnis genommen wurden. Auch wenn die Vorsitzende manchmal leicht nervös geworden ist, aber ich bin da eben etwas hartnäckig und sage jetzt, aber nicht boshafter Weise, ich bitte noch einmal kurz um Geduld, damit ich meine Argumente wirklich da noch einmal bringen kann.

Vorher möchte ich aber noch zum Ablauf etwas sagen: Wir hatten uns im Unterausschuss über eine Formulierung einer Bestimmung im Zusammenhang mit der Beifügung von Strauchschnitt zu Biotonnen in den Erläuterungen geeinigt. Im nächsten Entwurf war diese Formulierung auch enthalten und im übernächsten Entwurf war sie nicht mehr drinnen. Wir sind darauf auch nicht aufmerksam gemacht worden, sondern selbst draufgekommen und es hat sich herausgestellt, dass die Verwaltung – sage ich jetzt einmal – der Meinung war, den Abgeordneten ist da kein vernünftiger Wortlaut eingefallen, das ändern wir jetzt selbständig ab. Also ich muss sagen, das ist mir in den vierzehn Jahren, wo ich jetzt im Landtag bin und in Unterausschüssen, eigentlich noch nicht vorgekommen. Und die Gewaltenteilung zwischen Gesetzgebung und Vollziehung, die sollen auch Beamte kennen, auch wenn sie Spitzenbeamte sind. Das hat mich etwas gestört, weil man dann gezwungen ist, jede Vorlage doppelt genau zu lesen und das kostet ja Zeit, weil es könnte ja wieder etwas geändert worden sein.

Ja, dann jetzt ganz kurz zu dem Punkt, zu meinen Einwendungen zu den Baurestmassen: Also bis jetzt war es eigentlich so, dass die Gemeinden an das Land hätten melden müssen, wenn solche Abbruchvorhaben stattfinden. Außer Linz und einzelnen anderen haben die Gemeinden das – sage mal das unter Anführungszeichen – übersehen. Die Lösung für die Landesverwaltung ist, wir beschäftigen uns mit dem Problem nicht. Wir verlagern es auf die Bezirksabfallverbände, sollen sich die mit den Gemeinden herumschlagen. Jetzt sagt man, naja, der Bürger ist ja nicht informiert, wie er entsorgen soll? Wie passiert das jetzt? Also, der Bürger geht zur Gemeinde, wird dort über die rechtlichen Rahmenbedingungen des Abbruchs beraten, erhält einen Bescheid. Punkt. Dieser Bescheid wird dann an den Bezirksabfallverband geschickt und der Bezirksabfallverband schickt dann, weil er weiß, dass da ein Abbruchsunternehmen ist, an den Abbruchbescheidempfänger einen Folder, wo drinnen steht, wie man die Baurestmassen entsorgt. Als hätte es nie einen One-Stop-Shop gegeben. Das ist ja wirklich ein Umweg, der überhaupt nicht nötig ist. Den Folder, den kann ihm die Gemeinde auch gleich geben und das andere erübrigt sich damit. Ja, sagt man aber, eigentlich will man ja etwas gegen die illegalen Ablagerungen unternehmen. Das heißt, die Gemeinde schickt den Bescheid und beim Bezirksabfallverband liegt der Bescheid jetzt einmal. Und der Bürger ist verpflichtet, unmittelbar nach Vollendung des Abbruchs eine Meldung an den Bezirksabfallverband zu machen, wie viel er wo entsorgt hat. Jetzt nehmen wir einmal an, dass der Bürger das macht, weil er ja auch eine Strafbestimmung draufsteht. Was macht dann der Bezirksabfallverband? Er prüft auf Plausibilität. Ja, was ist das? Er schaut, ob das ungefähr stimmen kann. Wenn es ungefähr stimmen kann, passt es, meldet er dann vielleicht einmal die Mengen am Jahresende an das Land. Was ist, wenn es nicht genau

stimmt? Soll er dann gleich eine Verwaltungsstrafanzeige machen an die Bezirksverwaltungsbehörde, weil da vielleicht etwas nicht stimmen kann? Weil irgendeinen Lokalaugenschein, den macht er ja nicht, und der, der es wissen könnte, nämlich die Gemeinde, die ist ja nicht beteiligt, weil die hat ja mit dem nichts mehr zu tun. Aber was ist, wenn der Bürger das nicht meldet? Dann wird es ja noch viel lustiger! Weil, das steht zwar unter Strafe, aber es kontrolliert niemand. Wie soll der Bezirksabfallverband wissen, ob jemand das schon abgebrochen hat - das Objekt oder nicht? Also, er weiß es nicht! Es ist nicht vorgesehen, dass er hinausgeht, dass er es überprüft. Das ist alles nicht vorgesehen! Warum haben wir dann eine Strafbestimmung drinnen, die niemand kontrolliert? Ich finde, das ist einfach, wenn man das Leitbild für die Schaffung von Normen betrachtet, eine Norm, die das Ziel nicht erreicht, weil einfach derjenige, der das machen soll, weder die Kapazitäten noch die Kompetenz hat, das wirklich auch umzusetzen. Und wie gesagt, ich kann mit der Lösung leben, schauen wir es uns einmal zwei, drei Jahre an und ändern wir es dann. Und deswegen alleine, kann man ja nicht gegen das Gesetz sein. Aber sehr vernünftig – erlaube ich mir zum allerletzten Mal zu sagen – ist das sicher nicht und ich hoffe in den nächsten Unterausschuss werde ich nicht mehr delegiert, obwohl ich gerne mit dem Sepp im Bezirksabfallverband Gmunden sitze. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Landesrat Anschober. Er ist der vorläufig letzte Redner auf der Rednerliste. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Anschober:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Genauso wie der Herr Kollege Schenner die Wortmeldung beendet hat, genauso war eigentlich die Stimmung in diesem Ausschuss. Eine nachhaltig konsequente auf der einen Seite, aber dann trotzdem eine flexible, wenn es ums Finden von gemeinsamen Positionen im Wesentlichen gegangen ist. Und ich muss sagen aus meiner Sicht, und ich habe jetzt doch auch schon einige Jährchen Erfahrung mit Unterausschüssen, Gesetzeswerdungen, war das einer der ganz besonders guten Unterausschüsse, was die Qualität der Arbeit, das miteinander Arbeiten, das auch Wettstreiten um Ideen, auch das Aufgeben von Positionen, wenn man überzeugt wurde, gewesen. Denn, das was wir eingebracht haben und das was wir jetzt beschließen, das ist schon unterschiedlich. Das muss man ehrlich sagen und da zeigt sich Qualität der Arbeit eines parlamentarischen Gremiums.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hätten wir diese Diskussion über ein neues Abfallwirtschaftsgesetz vor zwanzig Jahren geführt, dann wäre sie anders verlaufen. Denken sie mit mir vielleicht kurz zurück - vor zwanzig Jahren Oberösterreich das Land im Müllnotstand! Da hätte es nicht eine derartig konstruktive Debatte wahrscheinlich gegeben, sondern eine extrem emotionale. (Zwischenruf Abg. Lindinger: "Da war der Landeshauptmann zuständig!") Ich will jetzt nicht sagen, dass die zuständigen Politiker dafür verantwortlich sind. Das hast jetzt du gesagt. Ist nicht mein Wille und mein Ziel, das hier auszudrücken, sondern Tatsache war, dass wir damals in einer Situation in Oberösterreich waren, wo nichts mehr gegangen ist. Damaliges Konzept: Bezirksmülldeponien! Damalige Realsituation: de facto ist keine einzige Bezirksmülldeponie verwirklicht gewesen, weil es jeweils Versammlungen, Demonstrationen mit hunderten Menschen gegeben hat. Und ich kann mich an den einen oder anderen oberösterreichischen Regierungspolitiker erinnern, der keine große Freude hatte mit diesen Veranstaltungen. Und ich muss sagen, aus heutiger Sicht können wir uns auch bei denen bedanken, die damals demonstriert haben. Warum? Weil sie nicht die Schleusen geöffnet haben, weil sie dazu geführt haben mit unserem, ihrem Widerstand – "unserem" freudscher Versprecher – okay wir waren auch dabei in der Situation – kann ich ja sagen und dazu stehe ich auch. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: " Die Opposition ist zu konstruktiv!") Kollege Steinkellner, konstruktiv sein – dazu stehe ich auch, dazu stehe ich

auch. Und dass damals die Schleusen nicht geöffnet wurden, hat dazu geführt, dass wir jetzt zwei Prioritäten haben, nämlich erstens Vermeidung. Denn jeder Abfall, der nicht anfällt zur Restablagerung, ist positiv zu sehen. Das ist ökologisch wie ökonomisch die beste Option. Und zweitens das Trennen, Sammeln und Wiederverwerten, wo wir in Oberösterreich mittlerweile fast Europameister sind. Ja? Der Rechnungshof sagt mittlerweile zu uns, wir sind im Vergleich der Bundesländer, auch im europäischen Vergleich, eine Vorzeigeland einer umweltorientierten Abfallwirtschaftspolitik. Und das ist auch tatsächlich so, das lässt sich mit Zahlen belegen. Denn die zwei großen Indikatoren, wie entwickeln sich einerseits die Beseitigungsmengen, wie entwickeln sich die Sammelmengen als Grundindikatoren zeigen es sehr deutlich und sprechen eine eindeutige Sprache. Die Beseitigungsmengen sind seit Jahren stabil. Mit diesem Gesetz werden sie sinken. Und gleichzeitig haben sich die Sammelmengen seit dem Jahr 2000, und das ist eine kurze Zeit, in Oberösterreich verdoppelt. Verdoppelt mittlerweile – 154 Kilogramm Altstoffe, die jede Bürgerin, jeder Bürger in Oberösterreich pro Jahr sammelt. Ist eigentlich eine unglaubliche Menge, was hier an Altpapier, Altglas et cetera unter anderem durch eine hervorragende Struktur von 185 Altstoffsammelzentren in Oberösterreich gesammelt wird, aber vor allem deswegen, weil die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land ein hohes Bewusstsein haben und mitmachen bei dieser Politik.

Wir haben in zwei Bereichen allerdings Probleme. Der eine Bereich ist der Vermeidungsbereich, hauptsächlich in der Kompetenzart des Bundes. Stichwort Verpackungsverordnung, da haben wir eine offene Baustelle, da muss sich einiges verbessern, denn da geht die Entwicklung voll und ganz in die falsche Richtung. Denken Sie mit mir zurück, was haben Sie vor zehn Jahren in Glasbehältern an Getränken einkaufen können, wie hat sich das jetzt in Richtung Pet-Behälter oder ähnlichem verschoben? Das ist keine gute Entwicklung. Die zweite offene Problemzone war bisher der Bio-Abfall, denn 24 Prozent des Restmülls, die aus Bio-Abfall bestehen, das ist eindeutig zu viel, auch aus ökonomischen Gründen, denn die Entsorgung von Restabfall ist ungefähr doppelt so teuer wie Bio-Müll zu sammeln und Kompost daraus zu machen. Das heißt, je mehr wir den Bio-Abfall aus dem Restmüll herauskriegen, desto stärker stabilisieren wir, jetzt ist er weg der Kollege Steinkellner, das wäre nämlich das Entscheidende, was die Kostensituation betrifft, desto mehr stabilisieren wir die Tarife in unserer Abfallwirtschaft, das ist gerade in Zeiten wie diesen ganz entscheidend. Wir gehen davon aus, dass wir bis zu 45.000 Tonnen Bio-Abfälle aus dem Restabfall herauskriegen mit diesen Maßnahmen, wenn die Gemeinden mitmachen, davon gehe ich aus. Es gibt hohe Gestaltungsspielräume für die Gemeinden, ich glaube, das war auch ein wesentlicher Schritt in den Unterausschusssitzungen, dass wir in diese Richtung gegangen sind von den Kosten her, teilweise wurde ja richtig zitiert, nämlich sie könnten eventuell steigen die Kosten. So steht es tatsächlich im Gesetz, aber die Frage ist, wie umgesetzt wird? Wir haben ja im Unterausschuss jede Menge positiver Beispiele von Gemeinden, die es richtig machen, kennengelernt und die zu einer Stabilisierung, teilweise zu einer Absenkung der Kosten für den einzelnen Bürger, für den einzelnen Haushalt geführt haben.

Zweiter Bereich, der sich damit drastisch verbessern wird, ist der Klimaschutz, die Abfallwirtschaft ist eigentlich der erfolgreichste Bereich im Bereich Klimaschutz, wir haben seit 1990 minus 40 Prozent CO_2 -Emissionen, das wird weiter nach unten gehen, also wenn alle Bereiche so erfolgreich wären, wären wir längst auf Kyoto-Kurs und mehr noch.

Ich möchte mich am Ende auch bedanken, wir haben, auch wenn es jetzt einmal Kritik gegeben hat, an einem Fehler, der passiert ist, von dem ich auch nicht begeistert war, das muss ich auch ganz offen und ehrlich sagen. Aber wir haben eine hochkompetente Begleitung durch unsere Fachabteilung gehabt, herzlichen Dank dafür, eine ausgezeichnete Arbeit von Verfassungsdienst und Landtagsdirektion. Wir haben auch gemerkt, dass wir im Landes-

Abfallverband ein wirklich hochkompetentes Gremium haben, eine Organisation, die weiß, wohin es gehen soll, Sozialpartner haben sich umfassend eingebracht, dass am Ende des Tages bei einem Kompromiss, jeder ein paar Schritte macht, ist, glaube ich selbstverständlich, nur deswegen haben wir es geschafft, weil wir diese Bereitschaft auch gehabt haben, danke auch dafür, ausdrücklich, auch das ist nicht selbstverständlich. Auch der Gemeindebund, der sich sehr offensiv eingebracht hat, gerade diese Flexibilität für die Gemeinden erreicht hat, so wie der Städtebund und ich stehe dazu, ich halte es für richtig. Ich möchte mich auch bedanken bei unseren beiden Mitarbeiterinnen, bei der Petra Leitner im Landtagsklub und andererseits der Birgit Reiner bei mir im Ressort.

Ich möchte mich ganz besonders bedanken bei der Vorsitzenden dieses Unterausschusses, die hochkompetent, wirklich hochkompetent, dynamisch wie sie halt ist, dieses manchmal fast am Rande des Auseinanderlaufens befindliche Gremien zusammen gehalten hat und wie mit Zauberhand zu einer wunderbaren Lösung geführt hat. Herzliche Gratulation. Also danke, ich bin sehr froh über diesen Prozess, wir haben nach langer Arbeit, wie ich meine, ein sehr gutes Gesetz geschaffen. Herzlichen Dank. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede, ich lasse über den Antrag abstimmen und bitte Sie, wenn Sie dem Antrag zur Beilage 1854/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wir behandeln die Beilage 1860/2009. Das ist die Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend nahverkehrsgerechter Ausbau der Verkehrsstationen auf der Donauuferbahn und der Almtalbahnen einschließlich Umbau der im Bereich der Verkehrsstationen liegenden Eisenbahnkreuzungen. Ich bitte den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider darüber zu berichten.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend nahverkehrsgerechter Ausbau der Verkehrsstationen auf der Donauuferbahn und der Almtalbahnen einschließlich Umbau der im Bereich der Verkehrsstationen liegenden Eisenbahnkreuzungen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1860/2009.)

Die Oö. Landesregierung beantragt, der hohe Landtag möge, da es sich um eine Maßnahme des im Namen aller Fraktionen vereinbarten Konjunkturprogrammes handelt, sowie auf Grund der Tatsache, dass ein Realisierungsbeginn seitens der ÖBB für unmittelbar nach Vertragsabschluss in Aussicht gestellt wurde, beschließen:

1. Diese Regierungsvorlage wird gemäß § 26 Abs. 5 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen.
2. Der Bericht der Oö. Landesregierung wird zur Kenntnis genommen.
3. Der Oö. Landtag genehmigt gemäß § 26 Abs. 8 Haushaltsordnung des Landes Oberösterreich die Bereitstellung eines Betrages von max. 6,4 Millionen Euro in den Jahren 2010 und 2011 für die Bezuschussung des nahverkehrsgerechten Ausbaus der Verkehrsstationen auf der Donauuferbahn und der Almtalbahnen.

Erste Präsidentin: Ich bedanke mich, ich eröffne die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen, ich bitte die Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1860/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir behandeln die Beilage 1866/2009. Das ist die Vorlage der Landesregierung betreffend das Konjunkturpaket Oberösterreich, Aufstockung der Drittmittelfinanzierung für Investitionen der Ordenskrankenanstalten. Ich bitte die Frau Landesrätin Dr. Stöger darüber zu berichten.

Landesrätin Dr. Stöger: Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend Konjunkturpaket Oberösterreich, Aufstockung der Drittmittelfinanzierung für Investitionen der Ordenskrankenanstalten. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1866/2009.)

Die Oö. Landesregierung beantragt, der hohe Landtag möge beschließen:

1. Gemäß § 26 Absatz 5 der Landtagsgeschäftsordnung wird davon abgesehen, diese Regierungsvorlage einem Ausschuss zuzuweisen.
2. Der Bericht der Oö. Landesregierung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
3. Der voraussichtliche Mittelbedarf zur Finanzierung der Investitionen der Ordensspitäler in den Jahren 2009 und 2010 im Rahmen des Konjunkturpakets sowie der sich daraus ableitende Mittelbedarf für das Land Oberösterreich (Beilage) wird zur Kenntnis genommen und die Oö. Landesregierung ermächtigt: a) hinsichtlich eines maximalen Drittmittelrahmens in Höhe von 50,7 Millionen Euro weitere Verträge in analoger Weise wie beim bereits bestehenden Bauprogramm der Ordensspitäler mit den Rechtsträgern der Ordenskrankenanstalten mit Mehrjahresverpflichtungen für das Land Oberösterreich abzuschließen und b) in diesem Rahmen Haftungserklärungen nach § 1357 ABGB für das Land Oberösterreich abzugeben.

Erste Präsidentin: Danke, Frau Landesrätin. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, dann lasse ich über den Antrag abstimmen, ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1866/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 1870/2009. Initiativantrag betreffend die Rücknahme des Regierungsbeschlusses über die Streichung von Finanzmitteln für Abgangsgemeinden, welche kostenloses Mittagessen in Kinderbetreuungseinrichtungen anbieten. Frau Abgeordnete Kraler ist gebeten darüber zu berichten.

Abg. Kraler: Initiativantrag betreffend die Rücknahme des Regierungsbeschlusses über die Streichung von Finanzmitteln für Abgangsgemeinden, welche kostenloses Mittagessen in Kinderbetreuungseinrichtungen anbieten. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1870/2009.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, ihren Beschluss vom 27. April 2009 über die Streichung von Finanzmitteln für Abgangsgemeinden, welche kostenloses Mittagessen in Kinderbetreuungseinrichtungen anbieten, aufzuheben.

Erste Präsidentin: Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, dann lasse ich über den Antrag abstimmen, und ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1870/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Wir behandeln die Beilage 1871/2009. Das ist der Initiativantrag betreffend die Einführung eines kostenlosen warmen Mittagessens in Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Frau Abgeordnete Schreiberhuber bitte ich darüber zu berichten.

Abg. **Schreiberhuber**: Initiativantrag betreffend die Einführung eines kostenlosen warmen Mittagessens in Kinderbetreuungseinrichtungen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1871/2009.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Das Oö. Kinderbetreuungsgesetz, LGBl. Nr. 39/2007, wird wie folgt geändert: Nach § 27 wird folgender § 27a eingefügt: "§ 27a Mittagessen

1. Der Rechtsträger einer Kinderbetreuungseinrichtung nach diesem Gesetz hat an den Betreuungstagen ein warmes Mittagessen anzubieten.

2. Für die Inanspruchnahme dieses warmen Mittagessens ist kein Kostenbeitrag der Eltern einzuheben.

3. Das Land hat für die dadurch entstehenden Kosten einen pauschalen Kostenersatz an die Rechtsträger zu leisten. Die Höhe dieses Kostenersatzes ist von der Landesregierung durch Verordnung unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kosten festzusetzen."

Erste Präsidentin: Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, ich lasse über den Antrag abstimmen, ich bitte die Damen und Herren des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1871/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Dann behandeln wir die Beilage 1874/2009. Das ist der Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Jagdgesetz geändert wird. Da ist der Herr Abgeordnete Brandmayr gebeten darüber zu berichten.

Abg. **Brandmayr**: Initiativantrag des Oberösterreichischen Landtags betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Jagdgesetz geändert wird. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1874/2009.)

Die unterzeichneten Abgeordneten beantragen, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Jagdgesetz geändert wird, beschließen.

Erste Präsidentin: Danke für die Berichterstattung. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nein, dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wenn Sie der Beilage 1874/2009, wenn Sie diesem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 1875/2009. Das ist der Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderpornografie. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Mag. Strugl darüber zu berichten.

Abg. **Mag. Strugl**: Initiativantrag des Oberösterreichischen Landtags betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderpornografie. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1875/2009.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass mit österreichischen Internetserviceprovidern im Verhandlungswege eine Vereinbarung mit

der Zielsetzung angestrebt wird, dass sich diese dazu verpflichten, den Zugang ihrer Kunden auf Seiten mit kinderpornografischem Inhalt zu sperren. In einem weiteren Schritt sollen die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen für verpflichtende Zugangssperren dieser Internetseiten geschaffen werden. Zudem sollen die Strafausmaße für Straftatbestände im Zusammenhang mit kinderpornografischen Darstellungen überdacht werden.

Erste Präsidentin: Danke für die Berichterstattung. Gibt es dazu noch ein Wortmeldung? Nein, ich lasse abstimmen und bitte jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Antrag zur Beilage 1875/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 1876/2009. Das ist der Initiativantrag betreffend ein atomkraftfreies Europa. Ich bitte die Frau Abgeordnete Schwarz darüber zu berichten.

Abg. **Schwarz:** Initiativantrag des Oberösterreichischen Landtags betreffend ein atomkraftfreies Europa. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1876/2009.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, im Sinne einer aktiven und glaubwürdigen Antiatompolitik, folgende Maßnahmen zu setzen und einzuleiten:

1. Sofortiger Stopp der Zahlungen an die EU-Atomindustrie und stattdessen Einsatz der Mittel für den konjunkturbelebenden Ausbau von Ökoenergie
2. Europaweit einheitliche Sicherheitsstandards
3. Auflösung von EURATOM und gleichzeitige
4. Gründung einer europäischen Gemeinschaft für erneuerbare Energie als Motor für den Umstieg in eine zukunftsfähige und nachhaltige Energiepolitik.

Erste Präsidentin: Danke für die Berichterstattung. Gibt es eine Wortmeldung? Bitte, Herr Klubobmann Dr. Fraiss.

Abg. **Dr. Fraiss:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe es ja heute bereits anlässlich der Dringlichkeitsdiskussion sehr bedauert, dass wir bei dem gemeinsamen Ziel, bei der gemeinsamen Anti-Atom-Politik heute ein Stück nicht miteinander gehen werden können. Ich begründe es auch noch einmal. Für den Landtag ist es im Grund wirklich nicht vereinbar, dass man eine Bundesregierung auffordert, in einem Vertragszustand die vorgeschriebenen bzw. verpflichtenden Beiträge zu bezahlen. Das ist in dieser Form so nicht denkbar, ich sage ausdrücklich, unsere Linie ist der Austritt aus einem Vertragsverhältnis, das ist ohnedies nicht so leicht, aber unser Ziel ist eben der Austritt aus EURATOM. Daraufhin habe ich die Möglichkeit die Geldmittel auch zu sparen. Ich kann sie dann, das ist der zweite Punkt, in eine neue Gemeinschaftseinrichtung – es gilt zu trachten dafür auch Verbündete zu bekommen - die ökologischen Mittel für alternative Energien dort letztendlich einzubringen. Weil ich aber heute gesehen habe, dass es dazu offensichtlich keine Bereitschaft gibt, noch einmal das zurückzustellen und gemeinsam bei der nächsten Sitzung zu beschließen, sage ich ausdrücklich, wir werden diesen Punkt heute auch nicht so beschließen. Ich zeige aber unseren guten Willen, wir werden bei der nächsten Sitzung einen Antrag einbringen, wo wir unsere Position im Grund zusammenschreiben, was auch realisierbar ist, wo ich auch erwarte, dass man sie gegenüber der Bundesregierung vertreten kann. Wir können Raubrittertum spielen, meine Damen und Herren, das sage ich schon da herinnen, jetzt habe ich ein bisschen Zeit zum Reden. Wir können im Grund sagen, wir stehen zwar alle zur EU, nicht alle, aber viele waren dafür, dass wir zur EU gehen, wir haben dort Gemeinschaftsverträge unterzeichnet, das habe ich heute gemeint damit, das ist nicht

Jux und Tollerei. Nur wenn ich darauf komme, dass EURATOM für uns eine schlechte Sache ist, weil wir wohin Mittel zahlen, wo wir eigentlich ja gar nicht die Atom-Philosophie verfolgen, dann ist es sicherlich eine Angelegenheit des Nationalstaates zu trachten, aus diesem EURATOM herauszukommen. Das ist auch das, was Professor Geistlinger untersucht hat. Dieser Schritt, meine Damen und Herren, geht so nicht, wenn die Bundesregierung sagt, sie zahlt das nicht. Ich habe heute bereits ausdrücklich darauf hingewiesen, es gibt ja keine direkte Bezahlung, Österreich zahlt so und so viele Millionen an die EU, wir zahlen den Gesamtbeitrag, der wird dann Jahr für Jahr im Grund in Brüssel neu und anders verteilt. Ich bin absolut der Meinung, dass jener Teil, der auf EURATOM entfällt, mit allen Bestrebungen Österreichs letztendlich angegangen werden soll, ich stehe überhaupt nicht an, von der Zielsetzung her wollen wir das Gleiche. Es ist aus meiner Sicht heraus im Grund ein Justamentstandpunkt heute gewesen. Es war auch die Antwort, die Gottfried Hirz zuerst gesagt hat, meines Erachtens schon ein bisschen flapsig, wenn wir sagen, wir sollen ein paar Dinge ändern, und wir kriegen als Antwort, die ÖVP hat ohnedies unterschrieben. Man kann es natürlich so haben, ich sage es dazu, ich bin ihm nicht böse, ich nehme es nicht persönlich, ich habe es so mitgeteilt bekommen. Aber ich sage ausdrücklich dazu, ich habe nicht das Gefühl gehabt, dass es eine Vier-Fraktionen-Erklärung geben soll dazu, sondern man hat halt mit zwei Fraktionen die entsprechende Anzahl der Unterschriften gehabt. Ich hätte mich aber an dem auch nicht gestoßen, wenn ich inhaltlich mit dem mitgehen könnte. Aber ich sage, das sind diese zwei Punkte: meines Erachtens im Grund a) einen Stopp von Zahlungen kann ich erst machen, wenn ich aus einem Gemeinschaftsvertrag ausgestiegen bin. Das steht nicht da. Und der Punkt 2) ist die Auflösung von Euratom von der Regierung als Schritt zu verlangen, wie es da herinnen steht, wird bestenfalls nicht ganz ernst zu nehmen sein, sondern es kann nur um die Bestrebung gehen, durch unseren Austritt letztendlich parallel dazu eine andere Gemeinschaft zu forcieren. In dem Sinn ersuche ich halt um Verständnis. Wir weichen von unserem Ziel nicht ab. Wir werden deshalb bei der nächsten Sitzung einen Antrag bringen, der meines Erachtens auch strategisch Richtung EU vertretbar sein wird. Wir werden aber heute diesem Antrag aus den von mir genannten Gründen nicht zustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Daher schließe ich die Wechselrede und lasse abstimmen und bitte die Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1876/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 1878/2009, das ist der Initiativantrag betreffend die Vermeidung von Verkehrslärm. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Pilsner zu berichten.

Abg. **Pilsner:** Beilage 1878/2009, Initiativantrag betreffend die Vermeidung von Verkehrslärm. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1878/2009.)

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Aufbauend auf die am 26. Jänner und 6. Juli 2006 vom Oö. Landtag einstimmig beschlossenen Resolutionen betreffend Lärmvermeidung (Beilagen 810/2006 und 955/2006) und das im letzten Jahr verabschiedete Gesamtverkehrskonzept Oberösterreich 2008, das sich in einigen Kapiteln ebenfalls mit der Lärmproblematik beschäftigt, wird die Oö. Landesregierung aufgefordert, zur Reduzierung des Lärms an der Quelle und nicht nur durch in manchen Fällen unbefriedigend wirksamen passiven Lärmschutzmaßnahmen, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

erstens im Rahmen der von der Bundesregierung angekündigten Forschungs- und Innovationsoffensive für die Entwicklung neuer Technologien schwerpunktmäßig zur Vermeidung des Lärms an der Quelle im Bereich des Straßen-, Schienen- und Flugverkehrs mehr Budgetmittel und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, zweitens die von der Europäischen Union angestrebte Senkung der Geräuschgrenzwerte durch eine beschleunigte Umstellung auf neue Pkw- und Lkw-Reifen weiter vorangetrieben wird, indem für Reifenindustrie und -handel eine einheitliche und verkürzte Übergangsfrist für alle Reifendimensionen festgelegt wird, und drittens durch bewusstseinsbildende Maßnahmen eine umfassende Information der KonsumentInnen über lärmindernde bzw. -steigernde Produkteigenschaften beim Kauf von Reifen gewährleistet und damit die Verwendung lärmarmere Reifen schon vor dem Ende der in der neuen EU-Richtlinie normierten Übergangsfrist gefördert wird.

Erste Präsidentin: Danke. Ich eröffne die Wechselrede. Gibt es eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen und bitte die Damen und Herren Abgeordneten, die dem Antrag zur Beilage 1878/2009 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Ich habe mehrere Beilagen Ausschüssen zugewiesen: Und zwar die Beilage 1879/2009, Initiativantrag betreffend Einführung einer "Reichensteuer", Beilage 1880/2009, Initiativantrag betreffend Änderungen bei der Besteuerung von Privatstiftungen. Diese Beilagen werden dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1881/2009, Initiativantrag betreffend Änderung des Oö. Landes-Personalvertretungsgesetzes sowie des Oö. Gemeinde-Personalvertretungsgesetzes (Oö. Personalvertretungswahl-Novelle 2009), wird dem gemischten Ausschuss, und zwar dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung und dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten, zur Vorberatung zugewiesen.

Die Tagesordnung ist abgearbeitet. Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 16.43 Uhr)